



Stiftung
Asienhaus



philippinenbüro e.V.
im Asienhaus



Stiftung Asienhaus und philippinenbüro e.V. (Hg.)

Asia First! Autoritarismen und das Ringen um Demokratie

Impressum

Titel:

Asia First! Autoritarismen und das Ringen um Demokratie

Herausgegeben von:

Stiftung Asienhaus und philippinenbüro e. V.

Hohenzollernring 52

50672 Köln

Tel.: +49-(0)221-71 61 21-11

Fax: +49-(0)221-71 61 21-10

www.asienhaus.de

asienhaus@asienhaus.de;

philippinenbuero@asienhaus.de

Redaktion:

Timo Duile, Raphael Göpel, Christina Grein, Joanna Klabisch, Mirjam Overhoff, Monika Schlicher, Hannah Wolf

Die Herausgeber*innen sind für den Inhalt allein verantwortlich.

Titelfoto:

© Raffy Lerma

Polizist*innen sichern die Demonstrationen zum 46. Jahrestag der Erklärung des Kriegsrechts durch Ex-Diktator Marcos

Konzeption und Gestaltung:

Zaadstra Design

(www.zaadstra.design)

Dieses Werk steht unter der Creative Commons Lizenz CC BY-SA 4.0

Der Text der Lizenz ist unter <http://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/de/legalcode> abrufbar.

© Stiftung Asienhaus und philippinenbüro e. V., Dezember 2019

ISBN 978-3-933341-84-1

Diese Broschüre wurde mit finanzieller Unterstützung durch ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie MISEREOR erstellt. Die darin vertretenen Meinungen geben ausschließlich die Positionen der Autor*innen wieder



Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

MISEREOR
IHR HILFSWERK

Inhalt

Editorial

Asia First! Autoritarismen und das Ringen um Demokratie 4

Shrinking Civic Space: Entwicklungshemmnis und bedrohliche Realität

von Elmar Noe 5

Repressionen gegen die philippinische Zivilgesellschaft: Shrinking Spaces und die Internationalisierung des Red-Baiting

von Hannah Wolf und Mirjam Overhoff 10

Hongkong im Kampf um eine eigene Identität

von Vivienne Chow 14

Autoritärer Staat vs. solidarische Zivilgesellschaft: Reaktionen auf Umweltproteste in Vietnam

von Su Pham Thi und Julia Behrens 20

„Die militärische Tradition in Myanmar durchdringt noch immer alles“

von Judith Kunze 24

Indien und Indonesien: Antifeminismus als autoritäre Agenda in den größten Demokratien Asiens

von Nadya Kalima Melati, Christa Wichterich und Timo Duile (Übersetzer) 28

Kambodscha: „LGBTIQ erfahren immer wieder Diskriminierung“

von Ali Al-Nasani 33

Gewalt. Macht. Widerstand – Gewalt gegen Frauen auf den Philippinen

von Kathrin Spenna und Hannah Wolf 35

Thailand: Wenn gute Menschen Hilfssheriff spielen – Ein Beispiel für Autoritarismus von unten

von Praphakorn Wongratanawin 39

Indien: Kapital und Hindunationalismus Hand in Hand

von Dominik Müller 43

„Kerzenlicht-Revolution in Südkorea

Erinnerungen an die vergessene Vielfalt in postfaktischen Zeiten“

von Do Youngwon 47

Alles beim Alten im „Neuen Malaysia“?

von Boon Kia Meng 49

Indonesien: Journalist*innen als Religionswächter oder: Wer definiert ‚Gotteslästerung‘?

von Andreas Harsono 54

Timor-Leste: 20 Jahre in Freiheit

von Monika Schlicher und Maria Tschanz 59



Nicht nur im Westen beherrschen Nachrichten von Wahlsiegen rechter, autoritärer und populistischer Parteien die Medienlandschaft. Auch in vielen Ländern Asiens ist der Autoritarismus auf dem Vormarsch. Militante Royalist*innen in Thailand und reaktionäre islamistische Bewegungen in Indonesien und Malaysia sind mittlerweile ebenso Bestandteil der politischen Landschaft Südostasiens wie der Populismus Dutertes oder die fest etablierten Einparteienherrschaften in Vietnam und Kambodscha. Der Spielraum progressiver Akteur*innen aus Politik und Zivilgesellschaft bleibt klein oder wird in einigen Ländern nach Jahren der Öffnung und Hoffnung wieder eingeengt. Dies geschieht – vermeintlich – im Namen ‚des Islams‘, ‚des Kommunismus‘ oder des ‚Kampfes gegen Drogen‘. Nicht zuletzt die ‚Riesen‘ China und Indien verstärken den autoritären Trend. China propagiert im Rahmen der Belt-and-Road Initiative ihr autoritäres Entwicklungsmodell. In Hongkong geht man gewaltsam gegen Protestierenden vor, die auf den Erhalt von demokratischen Strukturen pochen. In Indien konnten Hindu-Nationalist*innen erst kürzlich ihre Macht ausbauen.

Unter die Räder kommen dabei nicht nur die Rechte von Minderheiten, die für autoritäre Akteure dankbare Sündenböcke darstellen. In Indonesien polarisieren religiöse Gruppen gegen angeblich abtrünnige Sekten und die LGBTIQ+-Gemeinschaft. In den Philippinen richtet sich Duterte Rhetorik gegen politische Gegner*innen und in Myanmar stehen muslimische Gruppen im Fadenkreuz fanatischer Nationalist*innen. Generell werden fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf Meinungsäußerung im Zuge autoritärer Politiken eingeschränkt – Autoritarismus betrifft somit alle. Daher widmen sich einige Beiträge in dieser Broschüre den Folgen autoritärer Politik und Ideologie in verschiedenen Ländern Asiens. So wirft beispielsweise Praphakorn Wongratanawin einen Blick auf vigilante Monarchist*innen in Thailand, und Kia Meng Boon analysiert in seinem Kommentar die autoritären Tendenzen in Malaysia seit den letzten Wahlen. Andreas Harsono, eine prominente Stimme der Menschenrechte in Indonesien, wirft einen kritischen Blick auf die Rolle von Journalist*innen in einer immer konservativer werdenden Gesellschaft.

Auf der anderen Seite gibt es in Asien viele Menschen, die autoritäre Politik nicht einfach hinnehmen und Widerstand organisieren. In dieser Broschüre widmen wir uns daher nicht nur der Analyse von autoritären Bewegungen, sondern auch der Gegenbewegungen: Umweltschützer*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Minderheiten und Oppositionelle, die sich mutig für den Ausbau und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards engagieren, sollen vor allem im Fokus stehen. So haben wir eine Reihe von Beiträgen zusammengetragen, die sich besonders den progressiven Akteuren widmen. Es kommen beispielsweise LGBTIQ+-Aktivist*innen aus Kambodscha zu Wort, Frauenrechtlerinnen aus Timor-Leste und Pro-Demokratiekämpfer*innen aus Hongkong und Süd Korea. Su Pham Thi und Julia Behrens erläutern, wie Umweltaktivist*innen den autoritären Staatsapparat in Vietnam herausfordern.

*Wir wünschen allen Leser*innen eine informative Lektüre und danken allen an dieser Ausgabe Beteiligten!*

Timo Duile, Raphael Göpel, Christina Grein, Joanna Klabisch, Mirjam Overhoff, Monika Schlicher, Hannah Wolf

Shrinking Civic Space: Entwicklungshemmnis und bedrohliche Realität

Von Elmar Noé

Shrinking Civic Space, die Einschränkung der Handlungsräume zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, klingt für viele Menschen in Deutschland abstrakt. Für zivilgesellschaftliche Akteur*innen in den Ländern Asiens wirken sich diese Einschränkungen direkt auf ihre Arbeit, ihr Leben und Überleben aus.

Entwicklungszusammenarbeit, die Nachhaltigkeit und Inklusivität im Blick hat und ein Leben in Würde für alle Menschen einer Gesellschaft anstrebt, braucht zivilgesellschaftliche Akteur*innen, die sich für am Gemeinwohl orientierte Anliegen einsetzen. Die notwendigen Voraussetzungen hierfür wurden vor 70 Jahren in der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte* beschrieben: Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Partizipation. Allerdings gibt es immer mehr Länder weltweit, in denen gerade diese Rechte stark eingeschränkt sind.

Daten von CIVICUS (2018), der Weltallianz für Bürgerbeteiligung, zufolge leben 27 Prozent der Menschen weltweit in Staaten, deren zivilgesellschaftlicher Raum in rechtlicher und praktischer Hinsicht komplett geschlossen ist.¹ Diese 27 Prozent leben in 23 Ländern in denen jegliche Kritik am herrschenden Regime schwer bestraft wird. Staatliche und mächtige nicht-staatliche Akteur*innen bleiben straffrei, wenn sie Menschen für die Wahrnehmung ihrer Vereinigungs-, Versammlungs- und Meinungsfreiheiten inhaftieren, körperlich misshandeln oder töten. Es gibt keine Medienfreiheit. Das Internet ist stark zensiert, und die meisten Webseiten sind geblockt. In weiteren 35 Staaten ist der zivilgesellschaftliche Raum stark eingeschränkt.²

Zivilgesellschaftlicher Raum gilt in nur drei Ländern Asiens als „offen“

In Asien sind es nur drei Länder, deren zivilgesellschaftlicher Raum als „offen“ oder nur „beeinträchtigt“ beschrieben wird: Taiwan, Japan und Südkorea. Ein Großteil der

Menschen in Afrika, mit Ausnahme von nur vier Ländern leben in Staaten die als „geschlossen“ charakterisiert werden oder in denen zivilgesellschaftliches Handeln „unterdrückt“ oder „beschränkt“ wird. In Lateinamerika wird nur Kuba als „geschlossene“ Gesellschaft eingestuft aber auch dort ist in der Mehrheit der Staaten der Raum für Zivilgesellschaft beschränkt oder unterdrückt.

Nur vier Prozent der Menschen weltweit leben in Ländern, in denen der Staat zivilgesellschaftliche Freiheiten für alle Menschen garantiert, in denen es ohne signifikante rechtliche oder praktische Hürden möglich ist, Vereinigungen zu bilden, im öffentlichen Raum Demonstrationen abzuhalten und Informationen zu erhalten und zu verbreiten. Diese als „offen“ bezeichneten zivilgesellschaftlichen Räume sind dadurch gekennzeichnet, dass Autoritäten weitestgehend offen für Kritik von zivilgesellschaftlichen Organisationen sind und Plattformen für einen konstruktiven Dialog mit Bürger*innen bieten. Dazu gehört auch, dass Regierungsinformationen leicht zugänglich sind und Medien frei berichten können. Ebenso werden dort Demonstrierende von der Polizei grundsätzlich geschützt und Gesetze zur Regelung des Versammlungsrechts entsprechen internationalen Standards.

Wir in Deutschland zählen zu dieser kleinen Minderheit von Menschen, die in einer offenen Gesellschaft leben. Doch auch hier gibt es vereinzelt Bestrebungen, unbequeme Meinung zu unterdrücken, wie man an der Diskussion um das Gemeinnützigkeitsrecht mit Blick auf Organisationen wie *attac* sieht oder an den Bemühungen einiger Parteien, politisch darauf hinzuwirken, dass der Deutschen Umwelthilfe die Gemeinnützigkeit entzogen wird.

Wer sich für Landrechte, Umweltrechte und indigene Rechte einsetzt, lebt gefährlich

Was in globalen Berichten und Statistiken abstrakt klingt, wird auf dramatische Weise greifbar, wenn zivilgesellschaftliche Akteur*innen davon berichten, was diese Trends



Polizist*innen sichern die Demonstration zum 46. Jahrestag der Erklärung des Kriegsrechts durch Ex-Diktator Marcos (Foto: Raffy Lerma)

für ihre Arbeit und für den Alltag ihrer Mitarbeitenden und der Menschen bedeutet, für die und mit denen sie arbeiten.

Aktivist*innen, die sich beispielsweise für die Rechte von Menschen einsetzen, deren Lebensgrundlagen von Staudamm-, Plantagen- oder Bergbauprojekten bedroht sind, werden als anti-national und entwicklungsfeindlich diffamiert. Die Verteidigung gegen willkürliche Anklagen bindet Ressourcen, die dann für die eigentliche Arbeit fehlen. Viele müssen sich regelmäßig mit Einschüchterungsversuchen bis hin zu Verhaftungen und Morddrohungen auseinandersetzen. Immer wieder kommt es auch zur Ermordung von Menschenrechtsaktivist*innen, die sich nicht hatten einschüchtern lassen.

Die Menschenrechtsorganisation Frontline Defenders hat in der Global Analysis 2018 insgesamt 321 Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen weltweit dokumentiert; neun Morde mehr als im Vorjahr.³ Ein Trend, der sich schon seit Jahren fortsetzt. Frontline Defenders weist dabei ausdrücklich auf eine extrem hohe Dunkelziffer hin. Bei genauerer Betrachtung der Zahlen wird deutlich, dass Menschen, die sich für Landrechte, Umweltrechte und indigene Rechte einsetzen, besonders gefährdet sind. Die gefährlichsten Länder, gemessen an der Anzahl ermordeter Menschenrechtsverteidiger*innen, waren demnach im letzten Jahr

Kolumbien, Mexiko, die Philippinen, Guatemala, Brasilien und Indien.

In Menschenrechtsberichten wie dem World Report on the Situation of Human Rights Defenders, den der Sonderberichterstatter der Vereinten Nationen (VN) für den Schutz von Menschenrechtsverteidiger*innen, Michel Forst, 2018 der VN Generalversammlung vorgelegt hat, werden die Einschränkungen und Gefährdungen dokumentiert, mit denen Menschenrechtsverteidiger*innen konfrontiert sind: Herabwürdigende Rhetorik und Diffamierung, Schmähekampagnen, Bedrohungen, willkürliche Verhaftungen und psychische, sexualisierte und physische Gewalt, bis hin zu Mord sind ebenso Realität in vielen Staaten, wie rechtliche und bürokratische Behinderungen und Schikanen oder repressive Gesetzgebungen und Regularien für NGOs.⁴

Asien: Geschwächte Demokratien, gestärkte Autokratien?

Die Bertelsmann-Stiftung überschreibt das Asienkapitel ihres aktuellen Transformationsindex 2018 mit der Frage „Geschwächte Demokratien, gestärkte Autokratien?“⁵ Viele Partnerorganisationen von MISEREOR beantworten diese

Frage mit einem klaren Ja. Der oben erwähnte Bericht von CIVICUS unterstreicht dies.

Selbstverständlich sind die politischen Kontexte in den Ländern Asiens sehr unterschiedlich, aber Berichte zeigen viele Parallelen: Insbesondere aus Indien, Kambodscha, China und Bangladesch, aber teils auch aus Indonesien wird von Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem Empfang ausländischer Finanzmittel und von einschränkenden Registrierungs- und Berichtspflichten oder der Überwachung durch staatliche Stellen berichtet. Von Einschränkungen der Versammlungsfreiheit, der Diffamierung, willkürlichen Anklagen und Verhaftungen, bis hin zu Morddrohungen und Mord berichten vor allem Organisationen aus Bangladesch, Kambodscha, Indien, Myanmar und den Philippinen.

Kambodscha vor den Wahlen 2018: Verhaftungen, Einschüchterungen, Medienzensur

Schaut man sich zum Beispiel die Situation in Kambodscha im Vorfeld der Wahlen im Juli 2018 an, wird das sehr deutlich: Um die eigene Macht zu sichern, war die Regierung bestrebt, Aktivitäten zu unterbinden, die geeignet schienen, politische Opposition zu organisieren. Anklagen und Verhaftungen von Oppositionspolitiker*innen und von führenden NGO-Mitarbeitenden, ein restriktives NGO-Gesetz, Verschärfungen im Strafrecht, hatten eine Atmosphäre der Angst geschaffen, die gemeindebasierte Entwicklungsarbeit fast unmöglich gemacht hat. Gleichzeitig wurden Medienhäuser geschlossen oder durch den Staat oder regierungnahe Familien übernommen. Die Ermordung des Menschenrechtsaktivisten und Politikers Kem Ley und die Inhaftierung der Landrechtsaktivistin Tep Vanny, waren klare Signale des Staates, um kritische Stimmen einzuschüchtern.

In einem solchen Umfeld wird die Zusammenarbeit mit lokalen Organisationen extrem schwierig. Kommunikation über E-Mails und offene Telefonleitungen kann Projektpartner*innen gefährden, kritischen Analysen können nur persönlich mitgeteilt werden, Projektbesuche und Treffen mit Zielgruppen werden fast unmöglich. Lokale Organisationen müssen viel in Selbstschutz und Sicherheit investieren. Der psychologische Druck ist sehr hoch. NGO-Mitarbeiter*innen sind teils gezwungen, zu ihrem Schutz das Land zu verlassen. Im Ergebnis stehen immer weniger Ressourcen zur Verfügung, um grundlegende Entwicklungshemmnisse, wie Fragen der Regierungsführung und des Klientelismus zu thematisieren, aber auch, um ganz allgemein dialogorientierte, gemeindebasierte Entwicklungsarbeit zu machen.

Polarisierende Politik, gespaltene Gesellschaften, Ausgrenzung und Abschottung

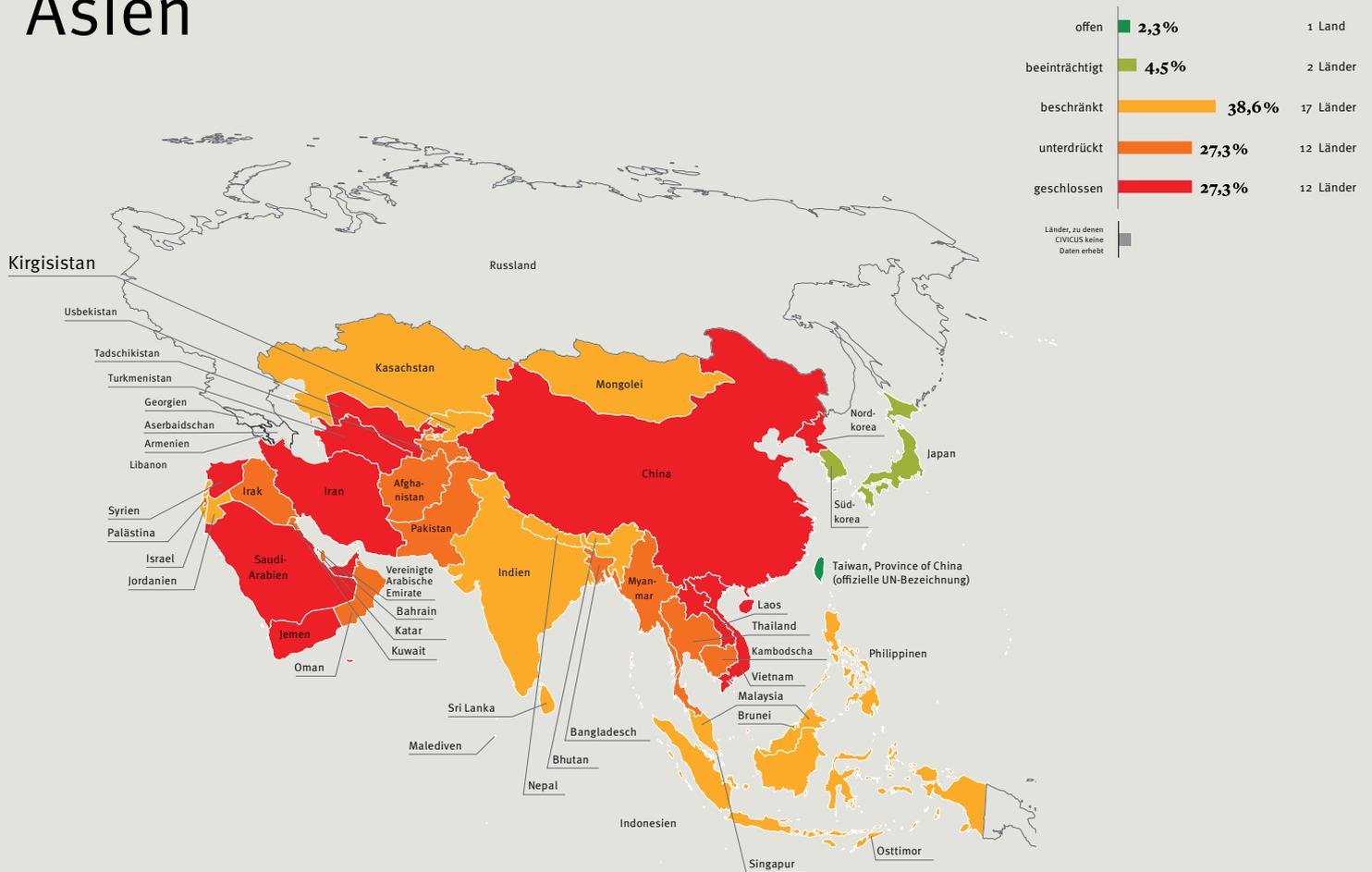
Die Erfahrungen asiatischer Organisationen stehen im Kontext gesellschaftspolitischer Trends, die in Asien, wie auch global beobachtbar sind. In den letzten beiden CIVICUS Jahresberichten (2018 State of Civil Society Report und 2019 State of Civil Society Report) wurde darauf hingewiesen, dass in vielen Ländern eine auf Ausgrenzung und Abschottung ausgerichtete, polarisierende Politik zu Spaltungen in der Gesellschaft führt. Insbesondere soziale Randgruppen geraten immer stärker unter Druck und werden verunglimpft. Dabei werden gezielte Strategien angewendet, um eine enge und künstlich homogene Version einer nationalen Identität zu verbreiten.⁶

Besonders besorgniserregend erscheint der Trend, dass in vielen Ländern die so genannte „unzivile“ Gesellschaft immer stärker wird. Gegen Menschenrechte gerichtete zivilgesellschaftliche Akteur*innen verschaffen sich Einfluss im Land und in nationalen und internationalen Gremien und Foren. Personalisierte Herrschaftssysteme und die Unterwanderung oder Kooptation demokratischer Institutionen nehmen zu. Es scheint, dass politische Legitimation durch fehlerhafte oder manipulierte Wahlen zur Normalität wird. Es ist beobachtbar, dass Proteste immer häufiger durch gefühlten oder tatsächlichen Mangel an Basisgütern, oder zu hohe Kosten dafür, ausgelöst werden. Diese Proteste werden leicht durch Kräfte, die auf Ausgrenzung und Abschottung gerichtet sind, instrumentalisiert. In vielen Kontexten ist zu beobachten, dass unabhängige Medien zunehmend unter Druck geraten. Gleichzeitig muss man feststellen, dass sich online- und soziale Medien von hoffnungsvollen Lösungen zu Problemfaktoren mit hohem Gefährdungspotential entwickeln. Möglichkeiten zu Kommunikation und Information treffen auf Überwachung, Diffamierung und Fake News.

Als hoch problematisch beschreibt CIVICUS auch, dass so genannte „Schurkenmärkte“ (*Rogue Markets*), wie das chinesische Wirtschaftsmodell, von Regierungen als interessante Optionen angesehen und als Vorbild genommen werden. Es scheint, dass sich progressive, zivilgesellschaftliche Kräfte damit beschäftigen müssen glaubhafte, alternative Modelle zu entwickeln und zu fördern.

Vor allem im Jahr 2018 wurde immer klarer, wie wichtig es ist den nationalistisch-populistischen Narrativen glaubhafte alternative Narrative von progressiven, Rechte-basierten zivilgesellschaftlichen Gruppen entgegenzusetzen. Besorgniserregend ist auch die Beobachtung, dass der Multilateralismus immer stärker unter Druck gerät. Internationale Institutionen wie der Internationale Strafgerichtshof, der internationale Gerichtshof der Vereinten

Asien



Einschränkung der Zivilgesellschaft in Asien, Graphik entnommen aus: Atlas Zivilgesellschaft, S. 28 (Graphik: Brot für die Welt)

Nationen oder der VN Menschenrechtsrat sind häufig die letzte verbleibende Instanz für Menschen, deren Rechte verletzt werden, um Gehör zu finden, wenn dies im eigenen Land nicht mehr möglich oder zu gefährlich ist.

Zivilgesellschaftliches Handeln stärken und schützen

Mit Blick auf diese Trends und die Herausforderungen, die sich bereits jetzt aus dem Shrinking Space-Phänomen ergeben, gilt es Strategien zu finden, um zivilgesellschaftliches Handeln zu stärken und zu schützen. Dabei kann man einerseits an Maßnahmen denken, die darauf ausgerichtet sind, sich gegen die Verringerung von Handlungsräumen einzusetzen und Rahmenbedingungen für zivilgesellschaftliches Handeln zu verbessern, also Resistenz zu stärken. Andererseits erscheint es wichtig die Resilienz von Akteur*innen zu stärken, die mit Repressionen konfrontiert sind, also Strategien zu entwickeln, um ihre Handlungsfähigkeit auch unter restriktiven Bedingungen zu erhalten.⁷ Letzteres betrifft vor allem akute und prä-

ventive Maßnahmen zum persönlichen wie auch zum institutionellen und digitalen Schutz. Die Aufklärung über rechtliche- und Verwaltungsvorschriften z.B. zum Empfang ausländischer Mittel und zu Registrierungsfragen erscheint wichtig, um institutionell weniger angreifbar zu sein. Da willkürliche Anklagen ein immer häufigeres Mittel der Repression werden, ist der Zugang zu Rechts-hilfe wichtig. Die Förderung von lokalem Fundraising hilft Organisationen und lokalen Initiativen, sich unabhängiger aufzustellen, wenn staatliche Regelungen den Zugang zu ausländischen Mitteln erschweren oder unterbinden.

Um Handlungsräume zu erhalten und wo möglich wieder auszuweiten setzt man auf Einflussnahme und Advocacyarbeit - in den Ländern des globalen Südens, im Norden, wie auch auf internationaler Ebene. Die Beeinflussung der öffentlichen Meinung, des öffentlichen Diskurses und die Entwicklung neuer Narrative sind Herausforderungen, die auch einen konstruktiven Dialog mit Gesellschaftsgruppen, die normalerweise keine so genannten Zielgruppen der klassischen Projektarbeit sind, notwendig machen, da sie die öffentliche Meinung und die Politik in ihrem Land stark beeinflussen.⁸

Einflussnahme auf Wirtschaftsakteure ist von zentraler Bedeutung

Da es oft Unternehmen sind, die entweder direkt Repression ausüben oder Staaten dazu bringen repressiv zu agieren, ist die Einflussnahme auf Wirtschaftsakteure von zentraler Bedeutung. Damit verbunden sind auch Klageverfahren und andere rechtliche Strategien, um der Straflosigkeit entgegenzuwirken, die oft ein Katalysator für Repression ist.

Internationale Regelungen zur Terrorismusbekämpfung, wie die Empfehlungen der *Financial Action Task Force* (FATF) führen in vielen Fällen zu Einschränkungen für zivilgesellschaftliche Akteur*innen, da sie beispielsweise als Rechtfertigung für restriktive NGO-Gesetze dienen oder Finanztransfers zur Finanzierung von Projekten, insbesondere in Konfliktregionen, erschweren. Es erscheint daher wichtig diese Dynamiken im Blick zu behalten, negative Wirkungen zu dokumentieren und auf Kohärenz zwischen Maßnahmen zur Terrorbekämpfung und beispielsweise Maßnahmen zum Schutz von Menschenrechten hinzuwirken.⁹

Mut und neue Allianzen

Ermutigend ist die Zahl der Menschen weltweit, die sich trotz oder gerade wegen der zunehmenden Bedrohung zivilgesellschaftlicher Handlungsräume für die Idee offener und inklusiver Gesellschaften einsetzen. Neue Allianzen von gemeinwohlorientierten zivilgesellschaftlichen Akteuren, die Zusammenarbeit von Künstlerinitiativen, entwicklungspolitischen NGOs und Menschenrechtsaktivist*innen machen Mut und sind Motivation, sich weiterhin und verstärkt dafür einzusetzen, dass am Gemeinwohl orientierte zivilgesellschaftliche Akteure ohne Gefahr arbeiten und leben können.

Endnoten

- 1 CIVICUS (2018): Monitor Tracking Civic Space (<https://monitor.civicus.org/>)
- 2 Brot für die Welt (2019): Atlas Zivilgesellschaft 2019 (<https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/>)
- 3 Front Line Defenders (2019): Global Analysis 2018. 07.01.2019 (<https://www.frontlinedefenders.org/en/resource-publication/global-analysis-2018>)
- 4 Forst, Michel (2018): World Report on the Situation of Human Rights Defenders (<https://www.protecting-defenders.org/sites/protecting-defenders.org/files/UNSR%20HRDs-%20World%20report%202018.pdf>)
- 5 Bertelsmann Stiftung (2018): Transformationsindex 2018 (<https://www.bti-project.org/de/ergebnisse/regional/asien-und-ozeanien/>)
- 6 CIVICUS (2019): State of Civil Society Reports (<https://civicus.org/index.php/media-center/reports-publications/socs-reports>)

- 7 What is closing space grant-making? und Go big or...? Trends in closing space grant-making, Funders Initiative for Civil Society. FICS: Global Dialogue (<http://global-dialogue.eu/projects/funders-initiative-for-civil-society>)
- 8 VENRO Positionspapier 2/2018: Demokratie braucht eine starke Zivilgesellschaft (https://venro.org/fileadmin/user_upload/Dateien/Daten/Publikationen/Positionspapiere/Positionspapier2018_ShinkingSpace_Final_01.pdf)
- 9 Hayes, Ben (2017): The impact of international counterterrorism on CSOs. Herausgegeben von Brot für die Welt (https://www.brot-fuer-die-welt.de/fileadmin/mediapool/2_Downloads/Fachinformationen/Analyse/Analysis_68_The_impact_of_international_counterterrorism_on_CSOs.pdf)

Der Autor

Elmar Noé ist beim bischöflichen Hilfswerk MISEREOR e. V. als Fachreferent zuständig für den Themenbereich Schutz und Förderung zivilgesellschaftlichen Engagements mit Schwerpunkt Asien.

Repressionen gegen die philippinische Zivilgesellschaft: Shrinking Spaces und die Internationalisierung des Red-Baiting

Von Hannah Wolf und Mirjam Overhoff

Präsident Rodrigo Duterte reagierte schon zu Beginn seiner Amtszeit empfindlich auf Kritik gegen seinen ‚Anti-Drogen-Krieg‘, doch zeigte er sich zunächst offen für zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Anliegen. Das Blatt wendete sich vollkommen: Ende 2019 stehen zivilgesellschaftliche Organisationen unter extremen Druck staatlicher Repressionen, die nicht nur ihre Arbeit, sondern auch die Sicherheit und das Leben ihrer Mitarbeiter*innen gefährden.

Die Illusion eines neuen Anfangs

Der Enthusiasmus einiger zivilgesellschaftlicher Akteur*innen war groß, als Präsident Duterte im Juli 2016 nach seiner ersten *State of the Nation Address* (SONA) die Protestierenden in Manila, darunter Lumads (Indigene) und Muslime aus Mindanao, zu sich lud und sich mit ihnen über ihre Situation und den Frieden in Mindanao unterhielt.¹ Die Benennung führender Kräfte der Linken in sein Kabinett, wie die Benennung der Anti-Bergbau Aktivistin, Gina Lopez, ins Umweltamt und die durch sie forcierte Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie eine strikte Haltung gegenüber ausbeuterischen Bergbau-Konzernen waren ein weiterer Hoffnungsschimmer, der zivilgesellschaftliche Akteur*innen zu Beginn von Dutertes Amtszeit zuversichtlich stimmte. Doch den anfänglichen Hoffnungen folgten bald dunkle Schatten. Die Zahlen der vermeintlichen Drogennutzer*innen und Dealer*innen, die dem ‚Anti-Drogen-Krieg‘ zum Opfer fielen und mittlerweile Schätzungen zufolge rund 27.000 Tote zählen, stiegen radikal an.² Die progressiven Minister*innen, die anfänglich ins Kabinett berufen worden waren und die Ministerien für Soziales, Umwelt, Agrarreform besetzten, wurden allesamt bis zum 6. September 2017 von der Benennungskommission abgesetzt. Für die Wiederbesetzung der Posten wählte Präsident Duterte ehemalige Militärgeneräle. Auch weitere Resorts wie Wohnen und städtische Entwicklung oder Information und Kommunikationstechnologien, sowie das Amt für Berufsausbildung wurden nach und nach mit ehemaligen Militärs und hochrangigen

Polizeibeamt*innen besetzt. Mittlerweile arbeiten über 50 ehemalige Militär- und Polizeibeamt*innen in Regierungsbehörden.³ Präsident Duterte machte aus der schleichenden Militarisierung kein Geheimnis und begründete sie damit, dass Militärs absoluten Gehorsam gewöhnt seien und Aufgaben schnell, verlässlich und ohne Korruption durchführen würden. Ganz entsprechend dem Bild des Alleinherrschers, der absoluten Gehorsam fordert und jegliche Einschränkung seiner Macht nach und nach aus dem Wege räumt. Exempel statuierte er seit seinem Regierungsantritt auf höchster politischer Ebene und ‚entledigte‘ sich seiner Kritiker*innen, wie beispielsweise der früheren Leiterin der Menschenrechtskommission und Justizministerin unter Präsident Aquino, Senatorin Leila de Lima. Diese hatte Präsident Duterte wiederholt wegen seines ‚Anti-Drogen-Krieges‘ scharf kritisiert und wurde damit zur Zielscheibe einer beispiellosen Hetzkampagne, die sie bezichtigte als Justizministerin in den Drogenhandel involviert gewesen zu sein. Im Februar 2017 wurde sie verhaftet und ist seither inhaftiert.

Das Ende der Friedensverhandlungen

Aber auch der Ton gegenüber der breiteren Zivilgesellschaft wurde schärfer. Spätestens nach dem formalen Ende der Friedensverhandlungen zwischen der philippinischen Regierung und der kommunistischen *National Democratic Front of the Philippines* (NDFP) im November 2017 wurde der Raum für zivilgesellschaftliche Organisationen und ihre Arbeit deutlich enger. Das *Red-Baiting*, d.h. die Verunglimpfung zivilgesellschaftlicher Akteur*innen als Teil des kommunistischen Aufstandes, richtete sich Ende 2017 zunehmend gegen regierungskritische NGOs. Im Februar 2018 beantragte das Justizministerium die Einstufung der CPP (*Communist Party of the Philippines*) und NPA (*New Peoples Army*, dem bewaffneten Arm der CPP) als Terrororganisationen. Zusätzlich enthielt der Antrag eine Petitionsliste mit 649 Personen, denen vorgeworfen wurde Mitglieder in einer der beiden Organisationen zu sein, darunter linkspolitische Politiker*innen und viele Menschenrechtverteidiger*innen

sowie die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte und den Schutz von Indigenen Vicky Tauli-Corpuz.⁴ Viele Personen, die auf der Petitionsliste standen, konnten erfolgreich die Streichung ihres Namens vor Gericht erkämpfen – doch die Vorurteile gegen die Zivilgesellschaft bleiben bestehen.

Eine weitere Taktik des *Red-Baitings* ist die Kriminalisierung von Menschenrechtsverteidiger*innen, indem konstruierte Anklagen gegen Personen mit Hilfe fingierter Beweise erhoben und Haftbefehle ausgestellt werden. Den Opfern wird oftmals die Mitgliedschaft in der NPA sowie Teilnahme an bewaffneten Auseinandersetzungen vorgeworfen, und so lautet die Anklage häufig Brandstiftung, illegaler Waffenbesitz oder Mord. 2.370 Menschenrechtsverteidiger*innen wurden während der ersten Hälfte von Präsident Duterte Amtszeit angeklagt, ein massiver Anstieg im Vergleich zu den vorigen Administrationen: unter Präsident Benigno Aquino III wurden im Laufe von sechs Jahren 1.817 Menschenrechtsverteidiger*innen angeklagt; unter Präsidentin Gloria Macapagal Arroyo waren es in neun Jahren ihrer Amtszeit 2.059 Menschenrechtsverteidiger*innen.⁵ Viele der angeklagten Menschenrechtsverteidiger*innen sitzen über Jahre in Untersuchungshaft.

Die Veröffentlichung verschiedener Erlasse und administrativer Restriktionen im Rahmen der staatlichen Aufstandsbekämpfung Ende des Jahres 2018 verschärfte die Lage noch. Wie auch vorherige Regierungen schaffte Duterte mit der *Executive Order No. 70* oder dem ‚*whole-of-the-nation approach*‘ eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Ziel, den 50 Jahre währenden kommunistischen Aufstand zu beenden, die *National Task Force to End Local Communist Armed Conflict (NTF-ELCAC)*.⁶ Die NTF-ELCAC untersteht dem Büro des Präsidenten und soll die Ursachen des Konflikts bekämpfen. Kritiker*innen befürchteten jedoch, dass sie stattdessen den Handlungsspielraum von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Regierungskritiker*innen mit militärischen, juristischen und administrativen Mitteln empfindlich einzuschränken. Im Sinne eines ganzheitlichen Ansatzes wird in Briefings und Präsentationen im öffentlichen Raum (z.B. Universitäten) zur interdisziplinären Unterstützung der Aufstandsbekämpfung aufgerufen, darunter auch Veranstaltungen mit oder für Medienvertreter*innen und dem *Integrated Bar of the Philippines (IBP)*.⁷

Im Kontext massiver Attacken gegen kritische Medien sowie zahlreichen Morden an Richter*innen und Anwalt*innen kommen diese Bemühungen einer impliziten Drohung gleich weder kritisch zu berichten noch Rechtsbeistand für Betroffene zu leisten.

Administrative Restriktionen

Ebenfalls im November 2018 veröffentlichte die *Securities and Exchange Commission (SEC)*, die zuständige Behörde für



Philippinische Menschenrechtsaktivist*innen demonstrieren 2018 vor der UN in Genf (Foto: Johannes Icking)

die Registrierung von NGOs, das *SEC Memorandum Circular No. 15*, welches NGOs dazu verpflichtete, detaillierte Angaben über die Höhe und Herkunft ihrer Fördergelder und über ihre Begünstigten an die SEC zu übermitteln.⁸ Dem Memorandum zufolge entscheidet ein Punktesystem über das Risiko, das NGOs bezüglich Geldwäsche und Terrorfinanzierung darstellen. Welche Kriterien der Einordnung in das Punktesystem zugrunde liegen, bleibt dabei unklar. Wird eine NGO als Sicherheitsrisiko eingeschätzt, so werden damit verschärfte Kontrollen und Überwachungen gerechtfertigt.

Im Mai 2019 wurden mehrere NGOs bezichtigt ohne SEC-Registrierung zu operieren, darunter die zwei führenden Menschenrechtsorganisationen des Landes: Karapatan und die *Philippine Alliance of Human Rights Advocates (PAHRA)*.⁹ Darüber hinaus wurden die Organisationen bezichtigt mit dem kommunistischen Aufstand zu sympathisieren und ihn zu unterstützen. Die Organisationen wiesen die Vorwürfe zurück. Beide Organisationen seien seit 2013 bzw. 2010 registriert.¹⁰ Damit bewahrheiteten sich Befürchtungen, dass sich das neue SEC Memorandum explizit gegen Organisationen richtet, die sich kritisch zur aktuellen Situation äußern und den Staat in seine Verantwortung nehmen.¹¹

Im gleichen Zuge bezichtigte die Regierung von Präsident Duterte im Februar 2019 die EU sowie die belgische Regierung, vermeintlich terroristische Organisationen in den Philippinen zu finanzieren, darunter die *Rural Missionaries of the Philippines*, Karapatan, die *IBON Foundation* und *Alcadev*.¹² Die EU berichtete im August nach einer externen Prüfung der Gelder, dass keine Unregelmäßigkeiten gefunden wurden.¹³ Diese Maßnahmen dienen der philippinischen Regierung dazu die Glaubwürdigkeit zivilgesellschaftlicher Organisationen gezielt zu untergraben, ihre Finanzierung zum Versiegen und ihre Arbeit zum Erliegen zu bringen.

Obwohl Duterte sich zu Beginn seiner Amtszeit offen für die Befriedung Mindanaos zeigte, hat sich die Situation



Im Gefängnis von Canlaon City sitzen mehrere politische Gefangene in Untersuchungshaft, deren Anklagen konstruiert wurden (Foto: Hannah Wolf)

der Lumad zunehmend verschärft. Dabei liegen die unabhängigen (weit abgelegenen) indigenen Schulen im Fokus der Repressionen, so ordnete das Ministerium für Bildung Anfang Oktober die Schließung von 55 Lumad-Schulen an. Das Ministerium begründete die Schließung mit dem vom nationalen Sicherheitsberater Hermogenes Esperon erhobenen Vorwurf, die Schulen lehrten kommunistische Ideologien und dienten als NPA-Ausbildungszentren. Die Schulen waren bereits in der Vergangenheit von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen durch staatliche und paramilitärische Sicherheitskräfte betroffen. Schüler*innen, Lehrer*innen, Nichtregierungsorganisationen, Kirchen und andere zivilgesellschaftliche Akteur*innen kritisierten die Schließungen.¹⁴

Internationalisierung der Repressionen

Das *Red-Baiting* ist in den Philippinen eine seit Jahrzehnten durchgeführte Praxis und Teil der staatlichen Aufstandsbekämpfung. Neu hingegen ist, dass philippinische Delegationen durch Europa reisen und europäische Staaten und Abgeordnete, sowie Vertreter*innen von Universitäten und philippinische Gemeinden davon überzeugen wollen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen in den Philippinen Teil des kommunistischen Aufstands seien. In Deutschland und umliegenden Ländern hat es im Jahr 2019 mindestens drei solcher Delegationen gegeben. Zuletzt besuchte eine Gruppe von Lumads staatliche und zivilgesellschaftliche Stellen. Die Lumads berichteten von Menschenrechtsverletzungen seitens der NPA, denen sie zum Opfer gefallen waren und bezichtigten zivilgesellschaftliche Organisationen und indigene Schulen der Rekrutierung sowie der Terrorunterstützung. Indigene und die Landbevölkerung stehen seit jeher zwischen den Fronten der staatlichen Sicherheitskräfte und der kommunistischen Guerilla und sind dadurch die maßgeblich Leidtragenden des über 50-jährigen Konfliktes. Im Rahmen der staatlichen *Red-Baiting* Praxis als Mittel der Aufstandsbekämpfung erwecken die Berichte der Lumads – trotz ihres Wahrheitsgehaltes – den Eindruck dafür instrumentalisiert zu

werden die Glaubwürdigkeit legitimer zivilgesellschaftlichen Organisationen zu untergraben und sie von Spenden- und Projektgeldern aus dem Ausland abzuschneiden.

Den bisherigen traurigen Höhepunkt stellte am 5. November eine Präsentation des Generalmajors Reuben Basiao im philippinischen Repräsentant*innenhaus dar, die sowohl namhafte philippinische Organisationen wie den *National Council of Churches in the Philippines* (NCCP), ein Verbund protestantischer Kirchen, sowie Entwicklungsorganisationen, die insbesondere nach dem Super-Taifun Haiyan/Yolanda maßgeblich in den Wiederaufbau involviert waren, als auch internationale Organisationen wie Brot für die Welt oder Oxfam der Terrorunterstützung bzw. Finanzierung bezichtigten.¹⁵

Razzien, Massenverhaftungen und Morde

Doch es bleibt nicht bei Worten und Verunglimpfungen. Vom 31. Oktober bis Mitte November durchsuchten Militär, Polizei und Spezialeinheiten in koordinierten Großoperationen die Büros von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen auf den Inseln Negros und Mindanao sowie in Metro Manila. Insgesamt wurden 62 Menschen verhaftet, ihnen wurde illegaler Waffenbesitz und Rekrutierung von Minderjährigen vorgeworfen. Die Organisationen weisen die Vorwürfe zurück.¹⁶

Morddrohungen und Außergerichtliche Hinrichtungen von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen sind an der Tagesordnung. Seit Beginn der Amtszeit Präsident Duterte (1. Juli 2016 bis zum 30. August 2019) haben Menschenrechtsorganisationen 200 Morde an Menschenrechtsverteidiger*innen und 14 Morde an Journalist*innen verzeichnet.¹⁷ Oft wurden die Mordopfer zuvor von Unbekannten bedroht oder fielen fingierten Anklagen zum Opfer. Außergerichtliche Morde an Aktivist*innen werden selten verfolgt und Verurteilungen gibt es nur in wenigen Ausnahmen. Nicht nur fehlt der politische Wille Menschenrechtsverteidiger*innen zu schützen, sondern sie werden als ‚Nestbeschmutzer*innen‘ wahrgenommen, die es zu bekämpfen gilt. Neu an der physischen Dimension der Verfolgung sind die Großoperationen der Sicherheitskräfte, die der Struktur des ‚Anti-Drogen-Krieges‘ gleichen. Diese kamen bisher vor allem auf der Insel Negros zum Einsatz und führten dort zu zahlreichen Verhaftungen und Morden.¹⁸

Ausblick

Ungeachtet der nationalen und internationalen Kritik sowie brutalen Repressionen gegen die philippinische Zivilgesellschaft genießt Präsident Duterte weiterhin einen

großen Rückhalt in der Bevölkerung.¹⁹ Allerdings bleibt Duterte Repressionspolitik gegen die philippinische Bevölkerung nicht unbeachtet von den internationalen Menschenrechtsorganen: Im Februar 2018 kündigte der *Internationalen Strafgerichtshofes* (IStGH) an, ein vorläufiges Ermittlungsverfahren gegen den ‚Anti-Drogen-Krieg‘ und die Verwicklung von staatlichen Behörden und Regierungsmitgliedern darin zu untersuchen. Duterte zog daraufhin wegen „unverschämter Angriffe“ des IStGH die Mitgliedschaft „mit sofortiger Wirkung“ zurück – im März 2019 folgte der rechtsgültige Austritt aus dem IStGH. Allerdings werden alle Vorwürfe, die bis zum Austrittsdatum beim IStGH eingegangen sind, weiterhin untersucht. Sollten sich die Vorwürfe erhärten, mündet die Untersuchung in ein Verfahren.²⁰

Im Juli 2019 verabschiedete der UN Menschenrechtsrat eine Resolution, die auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen im Rahmen des ‚Anti-Drogen-Krieges‘ sowie gegenüber Mitgliedern der philippinischen Zivilgesellschaft hinweist. Die Resolution beauftragt das UN-Hochkommissariat innerhalb eines Jahres einen Bericht zur Menschenrechtssituation anzufertigen und dem Rat vorzulegen. Darüber hinaus wird die philippinische Regierung dazu aufgefordert mit sofortiger Wirkung außergerichtliche Hinrichtungen zu verhindern, unabhängige Untersuchungen durchzuführen und die Täter*innen zur Verantwortung zu ziehen.²¹ Es gilt nun einmal mehr Mitglieder der Zivilgesellschaft in ihrer Arbeit zu bestärken und die internationale Aufmerksamkeit auf die Menschenrechtssituation und den Druck auf die Regierung Duterte aufrechtzuerhalten. Die hohen Zustimmungswerte Duterte zwingen gleichzeitig dazu, nach immer neuen Wegen und kreativen Möglichkeiten der menschenrechtlichen Arbeit zu suchen, um sowohl Menschen in politischen Positionen als auch an der Basis zu erreichen.

Endnoten

- 1 Tupaz, Voltaire (2016): Duterte meets with Lumad, Muslim leaders after SONA (<https://www.rappler.com/move-ph/140903-duterte-sona-2016-meets-lumad-muslim-activists>)
- 2 AMP (2019): Menschenrechte in den Philippinen unter Duterte (https://amp.ngo/tl_files/aktionsbuendnis/dokumente/eigene%20Publikationen/AMP%20-%20Menschenrechtsbericht%202019.pdf)
- 3 Romero, Alexis (2018): Duterte admits ‚militarization of government‘ (<https://www.philstar.com/headlines/2018/11/02/1865212/duterte-admits-militarization-government#>)
- 4 Conde, Carlos (2018): Philippines Terrorist Petition Virtual Hit List (<https://www.hrw.org/news/2018/03/08/philippines-terrorist-petition-virtual-hit-list>)
- 5 Buan, Lian / Gavilan, Jodesz (2019): Duterte’s war on dissent (<https://www.rappler.com/newsbreak/in-depth/234183-duterte-halfway-mark-war-on-dissent-human-rights-defenders>)
- 6 GOVPH (2018): Executive Order No. 70, S. 2018 (<https://www.official-gazette.gov.ph/2018/12/04/executive-order-no-70-s-2018/>)

- 7 Buan, Lian (2019): Amid crackdown, IBP agrees to briefing by anti-communist body (<https://www.rappler.com/nation/24518-crackdown-ibp-agrees-briefing-anti-communism-body>)
- 8 SEC (2018): Sec Memorandum Circular No. 15 (<http://www.sec.gov.ph/wp-content/uploads/2018/11/2018MCNo15.pdf>)
- 9 Arcilla, Gigie (2019): Karapatan, 4 other NGOs have revoked SEC registration (<https://www.pna.gov.ph/articles/1069216>)
- 10 HR Online (2019): Reported revocation of PAHRA SEC registration a gag order – iDEFEND (<https://hronlineph.com/2019/05/15/statement-reported-revocation-of-pahra-sec-registration-a-gag-order-idefend/>); SunStar (2019): Tell it to SunStar: Revocation of Karapatan’s SEC registration (<https://www.sunstar.com.ph/article/1805501>)
- 11 HR Online (2019): New SEC memo on non-profit organizations violates right to organize – Karapatan (<https://hronlineph.com/2019/01/15/statement-new-sec-memo-on-non-profit-organizations-violates-right-to-organize-karapatan/>)
- 12 Cabico, Gaea Katreena (2019): German NGO network concerned for safety of local partners (<https://www.philstar.com/headlines/2019/04/10/1908888/german-ngo-network-concerned-safety-local-partners>)
- 13 Rocamora, Joyce Ann L. (2019): EU funding for communist activities zero: envoy (<https://www.pna.gov.ph/articles/1078795>)
- 14 Rappler (2019): DepEd formally shuts down 55 Lumad schools in Davao (<https://www.rappler.com/nation/242052-deped-shuts-down-lumad-schools-davao-region>)
- 15 Cepeda, Mara (2019): Red-tagged Oxfam, NCCP slam military for ‚malicious, careless‘ attack (<https://www.rappler.com/nation/244252-red-tagged-oxfam-nccp-slam-military>)
- 16 AMP (2019): Statement on the Crackdown Against Civil Society Organization in the Philippines (<https://amp.ngo/index.php/en/news-reader/statement-on-the-crackdown-against-civil-society-organization-in-the-philippines/>)
- 17 AMP (2019): Menschenrechte in den Philippinen unter Duterte (https://amp.ngo/tl_files/aktionsbuendnis/dokumente/eigene%20Publikationen/AMP%20-%20Menschenrechtsbericht%202019.pdf)
- 18 Ebd.
- 19 Mateo, Janvic (2019): Satisfaction with Duterte dips – SWS (<https://www.philstar.com/headlines/2019/10/10/1958999/satisfaction-duterte-dips-sws>)
- 20 Romero, Alexis (2019): ICC bent on interfering with Philippine sovereignty – Palace (<https://www.philstar.com/headlines/2019/04/07/1907946/icc-bent-interfering-philippine-sovereignty-palace>)
- 21 Amnesty International (2019): Philippines: UN investigation urgently needed into Duterte administration’s murderous „war on drugs“ (<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2019/07/philippines-un-investigation-urgently-needed-duterte-war-drugs/>); ICC (2019): Report on Preliminary Examination Activities 2019 (<https://www.icc-cpi.int/itemsDocuments/191205-rep-otp-PE.pdf>)

Die Autorinnen

Hannah Wolf ist stellvertretende Geschäftsführerin und Bildungsreferentin des philippinenbüro e. V. Die gelernte Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin hat über sieben Jahre in den Philippinen gelebt und war vor Ort in der Menschenrechtsarbeit und Katastrophen Nachsorge tätig.

Mirjam Overhoff ist Sozialwissenschaftlerin und Geschäftsführerin des philippinenbüro e. V. in Köln. Sie arbeitet zu den Themen Migration, Politik, Stadtentwicklung und den Umgang mit Müll in den Philippinen.

Hongkong im Kampf um eine eigene Identität

Von Vivienne Chow

Seit dem Sommer 2019 ereignen sich in Hongkong die schwersten Bürgeraufstände nach den linken Unruhen von 1967. Mit dem Widerstand der Zivilgesellschaft gegen die wachsende Kontrolle Pekings stellt sich die ehemalige britische Kronkolonie gegen eines der stärksten autoritären Regime überhaupt und bringt eine erneuerte Identität der Stadt zu Tage.

In der Nacht zum Mondfest, am 13. September 2019 wanderten hunderte, wenn nicht tausende Hongkonger*innen zum *Lion Rock* (Löwenfelsen). Traditionell kommen chinesische Familien an diesem Fest unter dem Vollmond zusammen, einem Symbol für familiäre Einheit. Das diesjährige Mondfest war gleichwohl für die Hongkonger Bürger*innen ein besonderes. Anstelle eines feierlichen Abendessens zu Hause oder in einem Restaurant wanderten die Menschen auf den die Halbinsel Kowloon überragenden *Lion Rock*, im Gepäck Laserpointer, die neonfarbenen Leuchtbuchstaben „FREE HK“ und einem Banner mit der Aufschrift „Wir wollen allgemeine und freie Wahlen.“⁴ Sie bildeten eine Menschenkette, riefen den Slogan: „Gewinnt Hongkong zurück, dies ist unsere Revolution“ und sangen das Lied „*Glory to Hong Kong*“ (Zum Ruhme Hongkongs). Dieses Lied wurde von einem anonymen Komponisten zusammen mit Netizens geschrieben und ist nun die inoffizielle Hymne der Stadt.

Initialzündung für die pro-demokratische Bewegung waren Proteste gegen das kontroverse Auslieferungsgesetz. In den vergangenen drei Monaten hat Hongkong die größte politische Krise seit den linken Aufständen von 1967 durchlebt. Die friedlichen Demonstrationen wurden durch den exzessiven Einsatz von Polizeigewalt und durch das Vorgehen pro-chinesischer Patriot*innen gezielt in gewaltsame Ausschreitungen überführt. Schwarz gekleidete, verummte Protestierende reagierten mit Vandalismus und Angriffen, die ihrerseits zu mehr als 1.500 Verhaftungen und zahllosen Verletzten führten.

Inmitten von Chaos und Verzweiflung ist die Zivilgesellschaft erwacht und zu einem tieferen Verständnis ihrer selbst gekommen. Für die Hongkonger Gesellschaft ist die Stadt wesentlich mehr als ein internationaler Finanzplatz und ein Tor nach China. Sie ist auch nicht länger ein „ge-

liehener Ort mit geliehener Zeitrechnung“, wie Richard Hughes 1976 in seinem gleichnamigen Buch: *Hong Kong, Borrowed Place – Borrowed Time* schrieb. Über den letzten Sommer hinweg hat sich ein bisher so nichtexistierendes Zugehörigkeitsgefühl entwickelt. Die Menschen streben nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit. Die Sehnsucht danach hat sie zusammengeschweißt. Als diejenigen, die sich hervorwagten, die Stadt mit ihren Laserpointern illuminierten, wurde ein neuer „*Lion Rock*-Geist“ geschaffen. Mit dem Lied der Bewegung knüpften sie auf dem Gipfel des *Lion Rock* an die Suche nach einer eigenen Hongkonger Identität an, von der die 70er Jahre des letzten Jahrhunderts geprägt waren. Für Hongkong hat damit eine Phase der Dekolonialisierung begonnen, die sehr lange andauern könnte und seit langem überfällig ist.

Dieser Artikel gibt vor dem Hintergrund des wachsenden Integrationsanspruchs der VR China einen Überblick darüber, wie die Proteste begannen. Er informiert darüber, wie Resilienz und Kreativität der Hongkonger Zivilgesellschaft in dieser andauernden Auseinandersetzung mit Peking die Bewegung von einem lokalen politischen Zwischenfall auf die Ebene einer internationalen diplomatischen Krise befördert haben.

Es begann mit „Keine Auslieferung an China“

Am Samstag, den 9. Juni 2019, nur drei Tage vor der geplanten zweiten Lesung, gingen mehr als eine Million Hongkonger*innen auf die Straße, um gegen das Auslieferungsgesetz zu protestieren. Sie sangen Slogans wie „keine Auslieferung an China“ und spielten unter Zuhilfenahme gleichklingender Wörter im Hochchinesischen und im Kantonesischen mit verschiedenen Bezeichnungen für die Bewegung: Der hochchinesische Ausdruck „Nicht-Auslieferung an China“ (反送中) kann auf Kantonesisch auch als „Trauermarsch“/„Begleitung auf dem letzten Weg“ (送終) verstanden werden. Die Straßen der geschäftigsten Viertel auf Hongkong Island waren mit endlosen Menschenmassen gefüllt. Es ging friedlich und geordnet zu, keine einzige Person wurde verletzt und nichts ging zu Bruch.



Demonstrationen in Hongkong legen die Millionenmetropole lahm (Foto: Vivienne Chow)

Der große Zustrom – es handelte sich um die größten Demonstrationen, die Hongkong seit den Protesten gegen das Tiananmen Massaker 1989 erlebt hat – überraschte viele. Seit dem Scheitern der 79 Tage andauernden, pro-demokratischen Regenschirmbewegung 2014 haben soziale Bewegungen in Hongkong düstere Zeiten durchlebt. Große, friedliche Demonstrationen, für die die Stadt bekannt ist, sind eine Seltenheit geworden. Eine kleine Gruppe radikaler Protestler*innen hatte zuletzt 2016 die sogenannte „fishball revolution“ (dt. „Fischbällchenrevolution“) initiiert, die allerdings am Ende unterdrückt wurde. Einige der Anführer*innen wurden inhaftiert. Umgeben von einer Aura des Scheiterns erhielten Aufrufe zu politischem Engagement weniger öffentliche Unterstützung. 2018 sollen nur 50.000 Personen an der jährlichen Demonstration am 1. Juli teilgenommen haben, die an die Übergabe Hongkongs von Großbritannien an China erinnert. Die Polizei zählte deutlich weniger.

Die halberzigen Reaktionen der Öffentlichkeit bei politisch sensiblen Fragen setzten sich fort, als im Frühjahr 2019 das Auslieferungsgesetz erstmals zum Thema wurde. Im Februar brachte die Regierung die „(Novelle zum) Gesetz über flüchtige Straftäter und gegenseitige Rechtshilfe in Strafsachen“ ein, kurz „Auslieferungsgesetz“ genannt. Dies geschah, um dem Ehepaar Poon Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, wie Regierungschefin Carrie Lam wiederholt angab. Die Tochter des Ehepaars, Poon Hsiu-wing, war von ihrem damals 19-jährigen Freund Chan Tong-kai am Valentinstag 2018 in Taiwan ermordet worden. Nach Medienberichten gestand Chan, ein Hongkonger Bürger, gegenüber der Hongkonger Polizei, dass er die schwangere Poon in Taipei umgebracht habe, bevor er nach Hongkong zurückgekommen war. Aber Chan konnte ohne ein entsprechendes Rechtsabkommen nicht nach Taiwan ausgeliefert werden. Das Gesetz, so Lam, sei daher wichtig, um die Lücken in der geltenden Gesetzgebung zu schließen.

Der Vorschlag wurde vom pro-Pekinger Lager unterstützt, das eine schnelle Verabschiedung des Gesetzes forderte.

Der erste Widerstand gegen das Auslieferungsgesetz formierte sich am 31. März und stützte sich auf nur 12.000 Teilnehmende. Lam bestand darauf, das Gesetz nicht zurückzunehmen und für den 3. April in den Legislativrat einzubringen. Diejenigen, die das Gesetz ablehnten, sagten voraus, dass es den Schutzwall zwischen den Rechtssystemen der Sonderverwaltungszone und Festland Chinas durchbrechen werde, indem es die Hongkonger Bürger den festländischen Gerichten ausliefere. Diesen werden gemeinhin ein unfaires Vorgehen ebenso wie das Fehlen unabhängiger Verfahren, willkürliche Verhaftungen und Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen.

Auseinandersetzungen über das umstrittene Gesetz setzten sich fort, und sie entwickelten eine Eigendynamik. Auf der Kundgebung am 28. April gingen 130.000 Menschen auf die Straße – eine mehr als zehnfache Erhöhung gegenüber der vorherigen Demonstration und damit die größte Menschenmenge seit den Protesten vom 1. März 2014. Im Legislativrat, in dem politische Debatten stattfinden sollten, brachen zwischen pro-demokratischen Kräften und ihren Gegnern Handgemenge aus. Weitere Berufsverbände wie die Hongkonger Anwaltskammer, Staaten und internationale Organisationen äußerten sich zu dem umstrittenen Gesetz. Mehr als 167.000 Studierende und andere Bürger*innen machten eine Eingabe gegen das Gesetz. Sogar Taiwan merkte an, dass es keine Ausweisungsmaßnahmen ergreifen werde, falls das Gesetz aus politischen Gründen doch noch verabschiedet würde. Gleichermäßen kritisch äußerte sich auch die konservative Geschäftswelt der Stadt. Einen vergleichbaren überwältigenden Widerstand gegen ein einzelnes Gesetz gab es zuletzt 2003 gegen das Anti-Subversionsgesetz nach Artikel 23 des Hongkonger Grundgesetzes (Basic Law).

Gemäß den Anmerkungen der Hongkonger Anwaltskammer vom 6. Juni, dem Tag, an dem 3.000 Jurist*innen gegen den Vorschlag der Regierung protestierten, sollte das Gesetz zwei Bestimmungen abändern. Zum einen die „Bestimmung über flüchtige Straftäter (Cap. 503)“: „Das Gesetz eliminiert die geographischen Begrenzungen der Bestimmungen, sodass Auslieferungen an andere Teile Chinas, namentlich Macao, Taiwan und Festland China möglich werden, nach einmaligen, Fall-basierten oder ad hoc-Übereinkünften sowie [zusätzlich noch Auslieferungen] an andere Orte, wo es gegenwärtig keine gegenseitigen Auslieferungsübereinkommen gibt.“ Zum anderen die „Bestimmungen zur Rechtshilfe in Strafsachen (Cap. 525)“. Der Vorschlag war, den Hongkonger Behörden zu erlauben, andere Teile der Volksrepublik China in Strafsachen zu unterstützen, u.a. bei der Beweiserhebung sowie dem Einfrieren und der Beschlagnahmung von Guthaben gesuchter Personen.



Polizeigewalt wird öffentlich verurteilt (Foto: Vivienne Chow)

Die Annahme des Vorschlags würde bedeuten, dass „zum ersten Mal seit 90 Jahren Menschen, die in Hongkong leben, aus Hongkong entfernt werden können, um auf dem Festland vor Gericht gestellt zu werden oder dort eine Freiheitsstrafe zu verbüßen. Der einschneidende Charakter der vorgeschlagenen Änderungen hat selbstverständlich mehr Ängste geweckt“, sagte die Anwaltskammer. Der Leitartikler der *South China Morning Post*, Wang Xiangwei, wies in seiner Kolumne *China Briefing* am 13. Juli darauf hin: „Die dahinter stehende Sorge ist sehr einfach nachzuvollziehen: dass jemand, der mit den chinesischen Autoritäten in Konflikt gerät, Gefahr läuft, im schwarzen Loch des chinesischen Rechtssystems zu verschwinden, ohne einen fairen Prozess oder Rechtsschutz zu erhalten.“ Aber Wang lag nur halb richtig. Die Wahrheit war, dass die meisten Menschen Angst hatten, dass Peking das Gesetz missbrauchen würde, um die politische Verfolgung Einzelner zu erleichtern und Gegner zum Schweigen zu bringen.

Anstelle eines Rückzugs des Gesetzes antwortete die Regierung auf den lokalen und internationalen Sturm der Entrüstung mit Zugeständnissen, die zu weiteren Demonstrationen am 9. Juli führten. Trotz der Teilnehmerszahlen auf Rekordhöhe entschied sich Lam, die zweite und möglicherweise dritte Lesung des Gesetzes am 12. Juni voranzutreiben. Mehrere zehntausend überwiegend junge Menschen besetzten daraufhin das Regierungsgebäude und den Legislativrat in dem Versuch, die Lesung am 12. Juni zu verhindern. Die Polizei erklärte anschließend die Proteste zu „Ausschreitungen/Aufbruch“ und schoss 150

Tränengaspatronen und Gummigeschosse auf die mehrheitlich unbewaffneten Demonstrant*innen, woraus unzählige Verletzungen resultierten, darunter die einer Lehrerin, die von einem Geschoss ins Auge getroffen wurde.

Ab diesem Punkt gab es kein Zurück mehr.

„Fließe wie das Wasser, Hongkong“ – die Geburt einer Zivilgesellschaft neuen Charakters

Da die Proteste anhalten, während dieser Artikel entsteht, erscheint es angebracht, anstelle einer Analyse einzelner Ereignisse eher einen Überblick darüber zu verfassen, auf welche Weise die Menschen in Hongkong sich unter Wahrnehmung ihrer Meinungs- und Versammlungsfreiheit äußern und an der Bewegung teilhaben.

Seit mehr als fünf Monaten halten die Demonstrant*innen trotz der Ankündigung der Aussetzung des Auslieferungsgesetzes am 15. Juni und später dann der Ankündigung des Rückzugs des Gesetzes Anfang September an den „Fünf Forderungen, nicht eine weniger“ fest. Diese fünf Forderungen sind:

- Die vollständige Rücknahme des vorgeschlagenen Auslieferungsgesetzes
- Der Verzicht der Regierung auf die Nutzung des Wortes „Aufruhr“ für die Proteste
- Die bedingungslose Freilassung der inhaftierten Protestierenden und die Unterbindung von Strafverfolgung für Teilnehmer der Bewegung
- Eine unabhängige Untersuchung der Vorgehensweise der Polizei
- Die Einführung eines echten allgemeinen Wahlrechts

Bei den Protesten im Jahr 2019 wurden aufgetauter Ärger und Frustration freigesetzt. Unter Nutzung der aus der gescheiterten Regenschirmbewegung gewonnenen Erkenntnisse und basierend auf einer Analyse der schockierenden und gewaltsamen Seiten der „Fiszbällchenrevolution“ verfolgt die gegen das Auslieferungsgesetz gerichtete pro-demokratische Bewegung jetzt eine Strategie mit Elementen beider Vorgänger, die gleichzeitig über die bisherigen Strategien hinausgeht.

1 Fließe wie Wasser 流动若水

Die Philosophie, sich „wie fließendes Wasser“ zu verhalten, geht auf ein berühmtes Zitat des Hongkonger Kung-Fu-Helden Bruce Lee zurück und prägt jetzt das Vorgehen der Bewegung. Nachdem die Niederlage der Regenschirmbewegung internalisiert war, okkupieren die Protestie-

renden dieses Mal nicht für längere Zeit einzelne Orte. Sie kommen und gehen, fließen gleichermaßen „wie Wasser“ von einem Ort zum anderen. Diese Guerilla-Strategie passt sich auch den konkreten Umständen an, wie z. B. dem plötzlichen Einsatz der Bereitschaftspolizei.

Die Proteste finden auch im Cyberspace statt, um die internationale Gemeinschaft zu erreichen. Die Philosophie, sich „wie Wasser“ zu verhalten, ebnet jedenfalls den Weg für einen lange andauernden Kampf, den die Hongkonger Bürger*innen bereit sind, auf sich zu nehmen.

2 Wir erklimmen den Berg zusammen, aber jeder von uns leistet seinen eigenen Beitrag 兄弟爬山，各自努力

Die Bewegung ist geprägt davon, dass es keine zentrale Führung gibt. Anders als bei der Regenschirmbewegung oder bei anderen sozialen Bewegungen in der Vergangenheit kann 2019 innerhalb der Bewegung niemand die Führung für sich beanspruchen. Obwohl am Beginn pro-demokratische Politiker*innen der öffentlichen Besorgnis über das Gesetz Ausdruck verliehen, zeichnete sich die darauf im Juni einsetzende soziale Bewegung zum großen Teil dadurch aus, dass sie über das Online-Diskussionsforum LIHKG organisiert und aus gemeinschaftlichen Ressourcen getragen wird. Das Diskussionsforum, auf dem Menschen anonym Posts und Kommentare hinterlassen können, soll insbesondere bei jungen Menschen sehr beliebt sein. LIHKG wurde zu einer Art virtuellem Hauptquartier der Bewegung.

Neben LIHKG ist die verschlüsselnde Messaging-App Telegram eine weitere, breit genutzte Plattform um in Echtzeit und unmittelbar an Diskussionen teilzunehmen und an der Verbreitung von Informationen mitzuwirken, die nicht von den Mainstream-Medien geliefert werden. Dazu zählen Informationen über Polizeieinsätze, Ausrüstungsbedarf für die Kundgebungen sowie die Organisation von freiwilligen Helfer*innen. Werbematerialien und Informationen zu den Protesten werden auch über Bluetooth-Verbindungen geteilt.

Das Ergebnis ist, dass die einzelnen Proteste und Events in einer lebendigen, „fließenden“ Form organisiert werden. Viele der an vorderster Front mitwirkenden Demonstranten sind junge Erwachsene in den 20er oder 30ern, einige sogar Teenager und damit zu jung, um schon an der Regenschirmbewegung beteiligt gewesen sein zu können. Der Protest wird also von Personen angeführt, die in den späten 1990ern oder als Millennials geboren wurden und sehr Technik-affin sind.

Dies passt sehr gut zu der Philosophie, sich „wie Wasser“ zu verhalten. Die Online-Diskussionen und Debatten er-



Sticker zur Kommunikation unter Demonstrant*innen
(Screenshot: Vivienne Chow)

möglichen es den Teilnehmenden, sehr viel schneller zu handeln und zu entscheiden, sodass Strategien von größerer Fluidität entstehen.

3 Keine Vereinzelung, kein Verrat, keine Schuldzuweisungen

Dies ist einer der meistverbreiteten Wahlsprüche der Bewegung. Ursprünglich aus einem LIHKG-Forum stammend, repräsentiert er zugleich die größte Lektion aus dem Scheitern der Regenschirmbewegung und der „Fischbällchenrevolution“.

Die Protestierenden in Hongkong lassen sich allgemein in zwei Gruppen einteilen: 和理非 (Kantonesisch: *wo lei fei*, zusammengesetzt aus 和平 „friedlich“, 理性 „rational“ und 非暴力 „gewaltlos“) und 勇武 (Kantonesisch: *yung mo*, tapfer und kämpferisch). *Wo lei fei* ist Teil des Mainstreams der Hongkonger Zivilgesellschaft und trat z. B. bei der Regen-

schirmbewegung in Erscheinung. *Yung mo* wurde als Minderheitenansatz und als radikal eingestuft („Fischbällchenrevolution“). Lange Zeit arbeiteten die Angehörigen dieser beiden unterschiedlichen Ideologien nicht zusammen und schoben einander sogar Schuld zu. Mit der wachsenden Polizeigewalt (wie aus Berichten der New York Times und von Amnesty International hervorgeht) hat sich Schritt für Schritt ein stärkerer Konsens entwickelt, der die beiden Gruppen in Solidarität miteinander agieren lässt.

4 Ein einfallreiches und kreatives Hongkong

Als Ende Juni der G20-Gipfel stattfand, wurden in verschiedenen internationalen Zeitungen Anzeigen auf den ersten Seiten geschaltet. Sie riefen die internationale Gemeinschaft dazu auf, Druck auf die in Osaka anwesenden Staatsführer*innen auszuüben, in der Hongkong-Krise aktiv zu werden. Die Anzeigen, die in vielen Sprachen formuliert wurden, wurden von einer Gruppe anonymer Netizens entworfen. Möglich wurde die Kampagne durch ein unerwartet erfolgreiches Crowdfunding und Crowdsourcing, durch welches mehr als 5 Millionen HK\$ (576.385 €) eingenommen wurden. Tatsächlich erreichten die Organisator*innen ihr selbstgesetztes Ziel von 3 Millionen HK\$ (345.831 €) mit Hilfe von mehr als 20.000 Spender*innen schon wenige Stunden nach Beginn der Kampagne.

Wie schon oben erwähnt, fanden sich unter diesen Initiativen zum Beispiel solche zur Gestaltung von Werbematerial für die Proteste. Daneben gab es aber auch Aktivitäten wie die Schaffung von Kunstwerken und Illustrationen, Crowdfunding und Crowdsourcing für ÖPNV-Tickets, Sammlungen für Essensgutscheine für junge Protestierende an vorderster Front, für Ausstattung wie z. B. Gasmasken, Schutzbrillen für die Augen und Schutzhelme, bis hin zu einem live-Stadtplan, der die Öffentlichkeit mit relevanten Neuigkeiten zu den Protesten und zu aktuellen Geschehnissen versorgt.

Was Kreativität anbelangt, spielen Kunst und Kultur während der Proteste eine bedeutende Rolle. Während der letzten Monate gab es eine Flut von künstlerischen, visuell zugänglichen Schöpfungen – politische Kunst, Protestkunst, politische Karikaturen und Illustrationen sowie das Aufblühen der sog. Lennon Walls, Wände, an die die Bürger*innen farbige Post-its mit ihren Botschaften pinnen, ferner qualitativ hochwertige Videos, Kurzfilme sowie Musik. Ein großer Teil dieser Straßenkunst wird von Amateur*innen und nicht von professionellen Künstler*innen hergestellt.

Auf dem Youtube-Kanal „We HK No China Extradition“ wurden hochwertige Kurzfilme in verschiedenen Sprachen hochgeladen, die die politische Krise der Stadt erläutern und Gründe anführen, warum die Hongkonger Bürger*innen die

Proteste nicht aufgeben. Eines der am häufigsten geteilten Lieder war „Fat Mama has Something to Say“ (肥媽有話兒)“. Ein/e anonyme/r Musiker*in/Toningenieur*in nutzte die Worte der Hongkonger Sängerin Maria Cordero, die diese auf einer Versammlung zur Unterstützung der Polizei geäußert hatte und verdrehte damit den Soundtrack zu einer Parodie. Corderos Worte, die die Haltung der Polizei stärken sollten, wurden so zur Geißelung der Polizeigewalt eingesetzt.

Aber das wahrscheinlich stärkste Lied, das aus einer crowdsourcing-Kampagne hervorging, ist „Glory to Hong Kong“. Der Song wurde von einem anonymen Komponisten verfasst, der sich selbst Thomas nennt. Der Text und die Demo-Vokalpartien wurden durch das LIHKG-Forum gemeinschaftlich erstellt. Das Lied, in der Originalversion auf Kantonesisch, ist von Freiwilligen in viele Sprachen übersetzt worden. Die Ausdruckstärke des Songs liegt darin, wie er die Erfahrungen, Emotionen, Hoffnungen und Ängste, die Hongkong in den letzten Monaten durchlebt hat, zusammenfasst. Das Ergebnis ist eine bewegende Hymne, die das Sehnsucht nach Freiheit, Demokratie und Gerechtigkeit zum Ausdruck bringt. Der Song symbolisiert auch die Geburt einer erneuerten Hongkonger Identität. Sie unterscheidet sich von derjenigen aus Kolonialzeiten und grenzt sich zugleich von einer sogenannten „Chinesischen Identität“ ab, die der Stadt von Peking aufgezwungen werden soll.

Fazit

Hongkong durchlebt eine schmerzhaft Zeit. Die Stadt war noch nie aus politischen Gründen so uneins: Freundschaften und familiäre Beziehungen sind aufgrund unterschiedlicher politischer Ansichten kaputt gegangen. Gewalt wurde zur Normalität. Die Polizei würdigt Demonstrant*innen herab, indem sie sie „Kakerlaken“ nennt und verhaftet Zivilist*innen, die nur unbeteiligte Zuschauer*innen sind. Dafür lässt sie Schläger laufen, die Protestierende und Journalist*innen angreifen. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen.

Aber je schmerzvoller die Situation wird, desto klarer sehen die Hongkonger*innen ihre Lage. Sie möchten eine Gesellschaft, die gerecht, frei und demokratisch ist. Sie haben genug davon, gesagt zu bekommen, welche Anordnungen sie befolgen und wem sie gehorchen sollen. Sie sind der britischen Kolonialherrschaft entwachsen und nach 22 Jahren auch der aktuellen Herrschaft überdrüssig, die die Freiheit und Demokratie, die ihnen versprochen wurden, nach und nach eingeschränkt hat. Nach mehr als einem Jahrhundert der Kolonialisierung erkennt die Stadt, was sie wirklich ausmacht.

Das Ausweisungsgesetz mag abgesetzt worden sein, aber es war für die Bevölkerung Hongkongs ein Weckruf, dass dies die letzte Chance sein könnte, für die Rechte zu kämp-

fen, die die Bürger*innen verdienen. Entstanden ist so ein noch fortdauernder Kampf, der sowohl ökonomisch teuer werden als auch Menschenleben kosten könnte. Aber dies ist ein Kampf, den die Menschen gerne austragen, in der Hoffnung, dass Hongkong sich am Ende wieder erheben wird.

Anmerkung der Redaktion: Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung des im Dezember 2019 erschienenen *Blickwechsel des China Programms der Stiftung Asienhaus*.

Endnoten

- 1 Hongkonger Bürger*innen wählen die Person des Regierungschefs (chief executive), allerdings dürfen die zur Wahl stehenden Kandidat*innen nur von einem Nominierungskomitee festgelegt werden. Das Nominierungskomitee ist dem alten Wahlkomitee nachempfunden. Daraus ergibt sich, dass die Kandidat*innenauswahl ausschließlich in den Händen von Menschen liegt, die Peking zugeneigt sind. Hinzu kommt, dass mehr als die Hälfte der Mitglieder des Nominierungskomitees jeden einzelnen Kandidaten bestätigen muss. Pan-demokratische Kandidat*innen die Peking können de facto nicht nominiert werden.
- 2 Veröffentlicht vom Centre for Communication and Public Opinion Survey at The Chinese University of Hong Kong, August 2019.
- 3 Der 1. Juli war der Tag, an dem die Protestierenden das Gebäude des Legislativrats stürmten und Teile davon verwüsteten, u.a. durch das Besprühen des HKSAR-Emblems mit schwarzer Farbe. Sie hissten die alte koloniale Flagge der Stadt.

Die Autorin

Vivienne Chow ist eine preisgekrönte Journalistin und Aktivistin. Nachdem sie 15 Jahre lang für die South China Morning Post tätig war. Heute setzt sie sich als Freelancerin kritisch mit Kunst, Kultur und Politikultur auseinander. Sie schreibt für zahlreiche Nachrichtenmedien darunter BBC, Variety, Quartz, The New York Times u. a.. 2014 gründete sie *Cultural Journalism Campus*, eine Nonprofit Organisation die Jugendlichen und Kindern hilft durch Journalismus Zugang zu Kunst und Kultur zu erarbeiten. Die Autorin ist zudem die erste Hongkongerin die 2018 den International Journalism Programme Premium Fellowship Award in Deutschland erhielt.

Autoritärer Staat vs. solidarische Zivilgesellschaft: Reaktionen auf Umweltproteste in Vietnam

Von Julia Behrens und Anh-Susann Pham Thi

Vietnam: Öffentliche Forderungen nach Demokratie werden von staatlicher Seite nicht geduldet. Stattdessen werden Freiheitsrechte zunehmend eingeschränkt, Kritik am politischen System mit Gefängnisstrafen geahndet und soziales Engagement immer öfter als ordnungswidrig und aufrührerisch diffamiert. Der Autoritarismus des vietnamesischen Staats scheint allerdings willkürlich.

Während einige Kritiker*innen jahrelange Haftstrafen absitzen, werden andere mehr oder weniger verschont. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Proteste wurden in den vergangenen Jahren niedergeschlagen, auf andere geht die vietnamesische Regierung mit politischen Kompromissen ein. Von außen betrachtet scheint es schwer verständlich, welche staatliche Reaktion wann eintrifft.

Private Kritik ist möglich, öffentliche gefährlich

Die grundlose Beschlagnahmung von Pässen, unangekündigte Besuche durch Sicherheitsbehörden unter dem Vorwand der Gefährdung nationaler Sicherheit, jahrelange Gefängnisstrafen für Blogger*innen und zivilgesellschaftlich engagierte Bürger*innen sind Ausdruck des Staatsautoritarismus in Vietnam. Sich kritisch gegenüber der Regierung zu äußern, kann verheerende Folgen haben. Dennoch nimmt die Mehrheit der Vietnames*innen im privaten Raum kein Blatt vor den Mund und lässt ihrem Unmut gegenüber dem Staat, insbesondere korrumpierten Polizist*innen und Parteimitgliedern, freien Lauf.

Kritik im privaten Raum ist in Vietnam also nichts Ungewöhnliches. Allerdings wird sie im öffentlichen Raum schnell zum Verhängnis. Die Ahndung von kritischen Meinungsäußerungen fallen jedoch unterschiedlich aus. So blieben Demonstrationen gegen die Fällung von 6.700 Bäu-

men für Infrastrukturprojekte in Hanoi größtenteils friedlich und bewegten die Hanoier Regierung dazu, einen Kompromissvorschlag mit der Stadtbevölkerung auszuhandeln. Hingegen wurden Proteste rund um den Umweltskandal *Formosa* mit polizeilicher Gewalt und Freiheitsberaubung niedergeschlagen. Auch Aktivist*innen der Kampagne #savetamdao erlitten körperliche Verletzungen durch private Sicherheitskräfte unter Tolerierung der lokalen Polizei. Vietnam ist ein Staat, der die Freiheitsrechte von Aktivist*innen einschränkt und doch taktisch Spielraum für Dialog und Kompromiss lässt. Wo genau verlaufen die Grenzen?

Keine Kritik an Partei geduldet

Gewöhnlich greift der vietnamesische Staat ein, um verschiedene nationale und internationale Wirtschaftsinteressen auszuhandeln – oder eben durchzusetzen. Er mischt sich ebenfalls ein, sobald er die grundlegende Legitimität der Kommunistischen Partei als einzige regierende Partei in Frage gestellt sieht. Dies kommt insbesondere dann zum Ausdruck, wenn öffentliche Kritik nicht nur auf lokaler Ebene geäußert wird, sondern wenn Proteste städteübergreifend oder gar landesweit stattfinden.

Wird ein Problem also als Angelegenheit von nationaler Bedeutung definiert, wird die Kritik systemisch. Sie richtet sich dann gewöhnlich an die Kommunistische Partei und an ihre neoliberalen Marktinteressen. Jede Kritik, die die Wirtschaftsinteressen internationaler Privatinvestoren bedroht, ist gleichzeitig eine Kritik an der Partei und ihrer Legitimität. Denn diese gibt vor, dass ein bedingungsloses Wirtschaftswachstum zu Gunsten der gesamten vietnamesischen Bevölkerung und Nation sei. Es ist daher ein Autoritarismus in Form einer Strategie, die darauf abzielt, den operierenden neoliberalen Wirtschaftsapparat auf Kosten der Umwelt und ziviler Freiheitsrechte weiter anzutreiben.

Die Zivilgesellschaft Vietnams und ihr Protest gegen diese Staatsdoktrin ist vielschichtig. Arbeiter*innen, Frauen,

Studierende, Intellektuelle, religiöse Gruppen und ehemalige oder pensionierte Parteimitglieder tragen zum Kampf um Freiheitsrechte bei. Auch die Kunst- und Musikszene zeigt sich zunehmend kritisch. Vor diesem Hintergrund fand in den vergangenen Jahren zusätzlich die Politisierung verschiedener Umweltbewegungen in Vietnam statt.

Angesichts der unmittelbaren Auswirkungen auf den Alltag und die Gesundheit der Industriearbeiter*innen, Fischer*innen, Landwirt*innen und Verbraucher*innen, richtet sich die Politisierung nicht in erster Linie gegen die globale Klimakatastrophe oder internationale Subventionen für Großkonzerne und Verursacher der Umweltverschmutzungen, sondern zunächst gegen die autoritäre und intransparente Regierungsweise des Ein-Parteien-Staats und damit gegen die Kommunistische Partei Vietnams.

Der Fall Formosa

Im Jahr 2016 agierte der vietnamesische Staat als Protektor der in Zentralvietnam gelegenen Stahlfabrik *Formosa Ha Tinh Steel*, ein Tochterunternehmen des Großkonzerns *Formosa Plastic Group* mit Sitz in Taiwan. Bevor die volle Inbetriebnahme der Fabrik eingeleitet wurde, tauchten Tonnen von totem Fisch an der Meeresoberfläche und Küste Zentral-Vietnams auf. Das massive Fischsterben erstreckte sich über 200 Kilometer Küstenlinie entlang der fünf Provinzen: Ha Tinh, Quang Binh, Quang Tri, Thua Thien-Hue und Nghe An. Das Ausmaß der Katastrophe traf nicht nur die Umwelt, sondern wirkte sich auch auf die Existenzgrundlage und Gesundheit tausender Fischereifamilien aus.

Die Zivilgesellschaft solidarisierte sich und übte Druck auf die Regierung aus. Sie forderte den Einsatz internationaler Wissenschaftler*innen zur Überprüfung der Sachlage, woraufhin das Ministerium für Wissenschaft und Technologie eine Untersuchung mit mehr als 100 vietnamesischen und internationalen Spezialist*innen initiierte. Diese Kommission entdeckte bzw. bestätigte die Vermutung der lokalen Bewohner*innen und Fischer*innen, dass die Abwasser-Pipelines der Fabrik *Formosa Ha Tinh* die Quelle des Fischsterbens waren. Dies wurde in Stellungnahmen von *Formosa* bestätigt und mit 500 Millionen US-Dollar Kompensationszahlung durch einen Beschluss offiziell bereinigt. Hierin wurden allerdings keine konkreten Vorgehensweisen in der Kompensierung der Opfer definiert, sodass bis zum heutigen Tag offiziell erst 300 Millionen US-Dollar ausgezahlt wurden, teilweise an staatsnahe Organisationen, die vermeintlich der Unterstützung der Betroffenen dienen. In Wirklichkeit operierten diese Staatsorganisationen mangelhaft. Zudem fanden die tatsächlichen Kompensationsauszahlungen an Betroffene nur willkürlich bis gar nicht statt.



“Save Tam Dao” (Foto: Save Tam Dao)

Neben den Protesten der unmittelbar betroffenen Anwohner*innen, organisierten sich kurzerhand Demonstrant*innen im ganzen Land. Das massive Fischsterben, verursacht durch den Industriegiganten, und der Umgang mit *Formosa* seitens des Staates war für viele Vietnames*innen nicht nur Grund genug auf die Straße zu gehen, sondern ein Meilenstein in der gegenwärtigen Protestgeschichte Vietnams. Die Protestierenden formulierten ihre Forderungen problemübergreifend: Sie forderten Transparenz, die Schließung der Formosafabrik in Ha Tinh, sie pochten auf demokratische und universelle Menschenrechte und verlangten die Rechenschaft des Staates gegenüber den Bürger*innen. Der Schutz der Umwelt wurde mit der Kritik an Korruption und mangelnder Transparenz in der Politik zusammengedacht. Verschiedene Gruppen zeigten sich solidarisch und verstärkten die Reichweite der Anti-Formosa-Proteste. Unabhängige Aktivist*innen und informelle (und somit illegale) Gruppen der Zivilgesellschaft mobilisierten Freund*innen und Verwandte, um für die Existenzgrundlage der Fischereifamilien zu kämpfen. Sie verteilten Nahrungsmittel in den betroffenen Gebieten, dokumentierten die tatsächlichen Schäden und verschafften sich insbesondere mit Hilfe von Social Media nationale und internationale Aufmerksamkeit. Sie warnten davor, Fisch aus der betroffenen Region zu konsumieren und riefen dazu auf, Solidaritätsproteste in den Städten zu organisieren.

Von zentraler Bedeutung für die Bewegung war das Einreichen einer Sammelklage gegen *Formosa*. Diese Sammelklage bestand aus Akten hunderter Familien. Sie wurde am Ende einer Massendemonstration im Ky Anh Gericht in Ha Tinh übergeben. Die Sammelklage wurde vom Gericht als unbegründet abgelehnt, stattdessen wurden die Demonstrierenden eingeschüchert, die Proteste beendet und Aktivist*innen zu jahrelangen Haftstrafen verurteilt. So zum Beispiel Hoang Duc Binh, Mitglied der Nichtregierungsorganisation *Viet Labour Movement*. Er half vielen Familien aus Fischereibetrieben beim Verfassen der Sammelklage



Kampagne "Save Tam Dao" (Graphik: Save Tam Dao)

und wurde im Mai 2017 auf dem Weg zu einer Demonstration gegen *Formosa* verhaftet und zu 14 Jahren Haft verurteilt. Das Urteil gegen ihn lautete: "Widerstand gegen Personen während ihrer Amtsausübung" (Artikel 257) und "Missbrauch von demokratischen Freiheitsrechten, um staatlichen Interessen zu schaden" (Artikel 258 1999 *Criminal Code*). Dutzende weitere Aktivist*innen wurden inhaftiert. Darunter war zum Beispiel Nguyen Van Hoa, der zu 7 Jahren Haft verurteilt wurde, weil er Aufnahmen von Demonstrationen machte und diese im Internet verbreitete. Le Dinh Luong wurde zu 20 Jahren Haft verurteilt, weil er online kritisch über *Formosa* schrieb. Die Proteste wurden zu einer Bewegung, die den Ein-Parteien-Staat und seine fehlende Transparenz in Frage stellte. Die Anti-*Formosa*-Bewegung wurde dem Staatsapparat zu gefährlich.

Die Bewegung Save Tam Dao

Das aktuellste Beispiel zum gewalttätigen Vorgehen gegen Aktivist*innen ist die Bewegung um *#savetamdao*¹. Tam Dao ist ein Naherholungsgebiet von Hanoi*innen, das in ca. 1,5 Stunden Fahrt von der Hauptstadt aus zu erreichen ist. In einer Hügellandschaft befindet sich ein Nationalpark mit Urwald und kleinen Hotels. Dieses Gebiet soll seinen Charakter nach der Regierung und den Investoren grundlegend ändern. Eine der größten vietnamesischen Firmen, *SunGroup*, plant das Gebiet mit Ferien-Resorts und Casinos 'aufzuwerten'. Für dieses Investment ist nach Ansicht der Firma die Abholzung des Urwaldes unumgänglich.

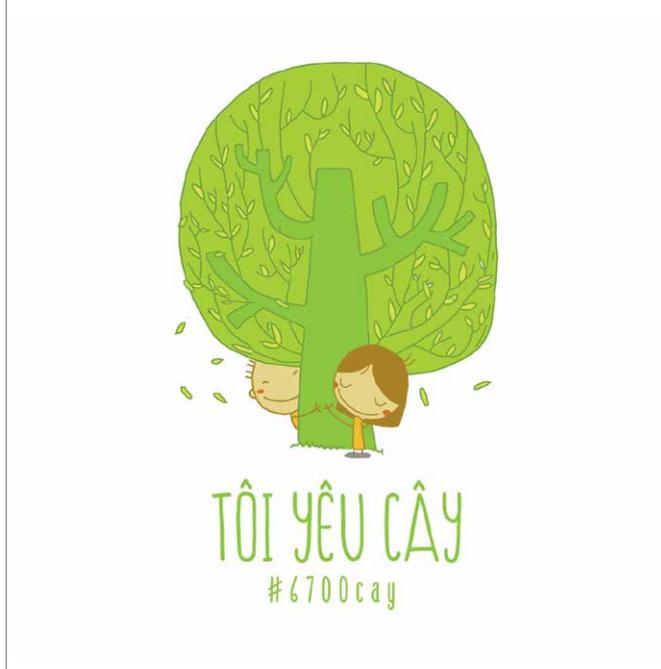
Dagegen hat sich Widerstand in einer Bewegung formiert, die verschiedene Gruppen und Einzelpersonen unter dem Hashtag *#savetamdao* zusammenfasst. Auf Facebook gibt es eine große Gruppe von Personen, die Tam Dao im jetzigen Zustand schützen wollen und Informationen teilen. Außerhalb der sozialen Medien ist der Fall aber kaum präsent. Da es an öffentlichen Informationen über die Umsetzung des Investitionsvorhabens mangelt, drängen Aktivist*innen unerlaubt auf das Baugrundstück in Tam Dao ein. Dies war abgesperrt und bewacht, so dass der Versuch der Informationsbeschaffung durch den Einbruch mit

schwerer Körperverletzung durch Sicherheitskräfte endete. Den Aktivist*innen wurden ihre Handys abgenommen und jegliche Bild- und Videoaufnahmen des Baulandes vernichtet. Die Polizei griff nicht gegen die Körperverletzungen ein. Das Zeichen der Abschreckung ist klar: Haltet euch raus. Auch hier sind wie bei dem Fall um *Formosa* wirtschaftliche Interessen und Politik eng verstrickt. Vorwürfe mangelnder Transparenz und korrupter Politik stehen im Raum.

Menschen für Bäume: Kompromissbereitschaft in Hanoi

Es gab aber auch zivilgesellschaftliche Proteste in Vietnam, die erfolgreich waren und einige ihrer Forderungen durchsetzen konnte. Im Jahr 2015 gab die Hanoi Stadtregierung bekannt, im Zuge verschiedener Infrastrukturbaumaßnahmen 6.700 Bäume in der Stadt fällen zu müssen. Dies war Auslöser der Bewegung *'6.700 Menschen für 6.700 Bäume'*², die die Unterstützung von weit mehr als 6.700 Hanoi*innen erhielt. Demonstrationen im Hanoi Stadtzentrum konnten friedlich abgehalten werden. Die Proteste waren stets vorher angekündigt und seitens der Demonstrierenden geordnet. Das heißt, Versammlungsort und -zeit wurden eingehalten und es kam nicht zu spontanen Aktionen aus der Versammlung heraus. Es gab zwar vereinzelt gewalttätiges Einschreiten von Sicherheitspersonen, diese nahmen aber, anders als im Falle von *Formosa*, verhältnismäßig geringe Ausmaße an. Einzelpersonen wurden angegriffen und herausgegriffen, doch die Demonstration als solche ließen die Sicherheitskräfte gewähren.

Menschen aus verschiedenen sozialen Milieus nahmen an den Demonstrationen teil. Die Motivationen der Protestierenden waren dabei vielseitig. Einige fürchteten um die Lebensqualität in der Stadt, andere um das Stadtbild, wieder andere fürchteten, dass die Abholzung der Bäume, die in ihnen lebenden Geister auf die Anwohner*innen hetzen würde. Die Proteste hatten allerdings eine verei-



Baumkampagne in Hanoi (Graphik: Bewegung „6.700 Menschen für 6.700 Bäume“)

nende konkrete Forderung: Die Rettung der Bäume. Fragen darüber hinaus, z. B. nach der Legitimität des staatlichen Entscheidungsprozesses, blieben in diesem Fall sekundär. Letztendlich einigten sich Vertreter*innen beider Seiten darauf, die Bäume teilweise umzupflanzen und für jene Bäume die sich nicht umpflanzen ließen, an anderer Stelle stattdessen neue zu pflanzen.

Wird der vietnamesische Staat dialogbereiter?

Laut einer Aktivistin, die in alle drei beschriebenen Proteste involviert war, wird es für den Staat zukünftig wichtig sein, dialog- und kompromissbereit zu sein, insbesondere auf nationaler Ebene. Verglichen mit vorangegangenen Generationen, wächst die junge Generation der Vietnames*innen in einer wirtschaftlich relativ stabilen Lage auf. Sie sind zudem provinzübergreifend besser vernetzt, und setzen sich mit Problemen hinsichtlich des Klimawandels, physischer und mentaler Gesundheit, Umweltverschmutzung und Korruption öffentlich auseinander. Sie lassen erkennen: Wir haben Forderungen, auf die der vietnamesische Staat früher oder später reagieren muss. Ob es dem Staat gelingt, diesen Forderungen innerhalb des eigenen Systems gerecht zu werden, oder ob die Natur des vorherrschenden Systems in Frage gestellt werden muss, bleibt abzuwarten.

Endnoten

- 1 Bewegung „Save Tam Dao“ (<https://www.facebook.com/save-tamdao.vn/>)
- 2 Bewegung „6.700 Menschen für 6.700 Bäume“ (<https://www.facebook.com/manfortree/>)

Die Autorinnen

Julia Behrens ist Mitbegründerin des sozialen Unternehmens VLab Berlin für deutsch-vietnamesischen Kultur- und Bildungstransfer. Außerdem promoviert sie derzeit zu internationalen Umweltprojekten in Vietnam.

Anh-Susann Pham Thi forscht an der University of Manchester zu sozialen Bewegungen und Zivilgesellschaft in Vietnam.

„Die militärische Tradition in Myanmar durchdringt noch immer alles“

Von Judith Kunze

Der Menschenrechtsaktivist Moe Thway ist Gründungsmitglied und Präsident der Organisation Generation Wave, die sich für Frieden, Demokratisierung und Menschenrechte in Myanmar einsetzt. Im Interview erklärt er, warum die Kultur der Gewalt, des Militarismus und der Unterdrückung in seinem Land noch immer so stark ist.

Nach den Parlamentswahlen 2015 in Myanmar gab es große Hoffnungen, dass die siegreiche Partei von Aung San Suu Kyi, die Nationalliga für Demokratie (NLD), den Demokratisierungsprozess in Myanmar voranbringen würde. Seither zeigt die Staatsberaterin einen zunehmend autoritären Führungsstil.

Welche Hintergründe führen zu dieser Entwicklung und wie wirken sie sich auf die Demokratisierung aus?

Die politischen Veränderungen in Myanmar, die nach über fünf Jahrzehnten Militärdiktatur 2015 zu der Bildung einer Zivilregierung geführt haben, wurden nicht von den Menschen, der Oppositionspartei oder Aung San Suu Kyi herbeigeführt. Das Militär hat sie initiiert. Seine Machtposition hat es in der Verfassung von 2008 abgesichert. Demnach wird ein Viertel der Parlamentarier*innen von der Militärführung ernannt. Für eine Verfassungsänderung sind 75 Prozent plus eine Stimme im Parlament nötig. Das heißt, ohne Beteiligung und Zustimmung des Militärs kann die Verfassung nicht geändert werden. Viele wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft werden von Militärs besetzt und Straffreiheit für die Ausbeutung von natürlichen Ressourcen ist gesetzlich verankert. Die Zivilregierung hat keinerlei Befugnisse über das Militär. Alle militärischen Angelegenheiten, Fragen der Sicherheit und der Verteidigung werden von der Militärführung entschieden und kontrolliert. Ich denke, dass der Regierung und Aung San Suu Kyi angesichts der anhaltenden militärischen Macht das Selbstvertrauen fehlt, ihre politischen Rechte auszuüben. Sie fühlen sich unsicher in ihrer Rolle.

Außerdem durchdringt die militärische Tradition noch immer alles. Auch viele führende NLD-Mitglieder haben

einen militärischen Hintergrund, selbst Aung San Suu Kyi, deren Vater der Begründer der birmanischen Armee ist. Das hat ihre Persönlichkeit geprägt. Die meisten NLD-Mitglieder haben die Militärdiktatur erlebt und konnten keine demokratischen Werte oder ein Rechtsverständnis entwickeln. Es gibt eine jahrzehntelange Kultur der Gewalt, des Militarismus und der Unterdrückung in Myanmar. Der autoritäre Führungsstil wurde durch das langjährige Herrschaftssystem normalisiert. Auch die buddhistische Kultur und die patriarchale und hierarchische Tradition im Land haben dazu beigetragen.

Besonders problematisch ist aber, dass die NLD selbst auch nicht demokratisch ist. Aung San Suu Kyi wurde vor über 30 Jahren Parteivorsitzende. Diese Entscheidung wurde von ihr und einer Handvoll Parteimitglieder getroffen. Das ist in revolutionären Zeiten nachvollziehbar. Während der Militärdiktatur musste die NLD im Geheimen operieren und konnte den eigenen Leuten nicht trauen, weil es Agent*innen des militärischen Geheimdienstes in den eigenen Reihen gab. Sie haben das aber nie wirklich überwunden und bis heute fehlt es ihnen an Vertrauen untereinander und an der Fähigkeit, Entscheidungen mehrheitlich zu treffen. Deshalb ist die NLD und ihre Führung so autokratisch.

Welchen Einfluss haben radikale nationalistische buddhistische Mönche?

Nicht nur die Führungselite steht unter dem Einfluss der militärischen Vergangenheit. Das gilt genauso für die „gewöhnlichen Menschen“. Sie haben unter anhaltender Armut und fehlender Bildung gelitten und konnten ihre Grundrechte nicht ausüben. Angst wurde in ihr Denken gepflanzt. Jetzt öffnet sich das Land, aber nur oberflächlich. Trotz jüngster Reformbemühungen besteht das mangelhafte Bildungssystem fort. Und auch die lokalen Verwaltungsstrukturen sind noch dieselben. Für die Menschen in den ländlichen Regionen hat sich bisher nur wenig geändert. Eine vielschichtige Kultur von Gewalt prägt die Beziehungen zwischen den Menschen und zwischen Institutionen und den Menschen.



Friedensdemo in Yangon 2017 (Foto: Generation Wave)

Rund 90 Prozent der Bevölkerung sind Buddhist*innen. Religion spielt noch immer die wichtigste Rolle in ihrem Leben, wichtiger noch als Bildung oder Freiheit. Sie haben kein Vertrauen in das politische System entwickelt und können leicht durch staatliche Propaganda und Hassreden gegen ethnische und religiöse Minderheiten aufgestachelt werden.

Welche Rolle spielt hier das Militär?

In der Vergangenheit hat das Militär seine Herrschaft damit gerechtfertigt, das Land vor politischer Zerrissenheit und dem Auseinanderbrechen schützen zu müssen. Ab Anfang der 2000er Jahre wollte das Militär selbst einen Systemwechsel, um den Druck der internationalen Sanktionen zu mindern. Deshalb wurden zivile Parteien bei den Wahlen 2010 zugelassen. Aber wie sollte es die Macht in einem parlamentarischen System behalten? Es war nahe liegend, sich einer nationalistischen und religiösen Ideologie zu bedienen, um Wähler*innen zu mobilisieren. Dafür mussten sie ein Feindbild finden. Die Muslim*innen boten sich an, denn sie machen nur wenige Prozent der Gesamtbevölkerung aus und können dem Land nicht gefährlich werden. So wurde der buddhistische Chauvinismus in Myanmar gestärkt. Und wieder behaupten die Militärs, das Land beschützen zu müssen.

Mit den Rohingya gab es bereits einen langjährigen Konflikt [über ihre Staatsbürgerechte]. Die Militärs haben den Konflikt warmgehalten, um ihn eines Tages zu nutzen. Obwohl die Menschen in einer offeneren sozialen und po-

litischen Umwelt leben, stehen sie noch unter dem Einfluss des vergangenen Systems. So haben sie die nationalistische Ideologie leicht übernommen und richten ihren Hass gegen Rohingya und andere Muslim*innen. Dabei gibt es eine Reihe unterschiedlicher Schnittmengen. Viele Menschen etwa unterstützen Aung San Suu Kyi politisch, aber verteidigen den Buddhismus und den Nationalismus besonders gegenüber Muslim*innen.

Was bedeutet dieser autoritäre Regierungsstil für die Menschenrechte in Myanmar?

Zwischen 2010 bis 2015 gab es eine Liberalisierung, was die Menschenrechte anging. Die Regierung suchte die Anerkennung der internationalen Gemeinschaft und wollte sich als Reformerin darstellen. Deshalb hat sie viele zivilgesellschaftliche Aktionen toleriert. In einigen Fällen hat sie aber auch unnachgiebig durchgegriffen, etwa 2012 bei Protesten gegen die Letpadaung-Kupfermine in der Region Sagaing und 2015 bei einem Protestmarsch von Student*innen. Unter der NLD-Regierung glaubten wir, so etwas würde nie wieder passieren. Aber dann kam die Rohingya-Krise.

Es gibt auch eine Reihe von Gesetzen, die die Grundrechte einschränken. Das Telekommunikationsgesetz schränkt in Paragraf 66(d) die Meinungsäußerung in den sozialen Medien ein. Wir hatten erwartet, dass die NLD das Gesetz ändern würde, so dass es mit internationalen Menschen-



Demonstrant*innen tragen blaue Kleidung und blaue Fahnen als Symbol für Frieden, Yangon 2017 (Foto: Generation Wave)

rechtsnormen übereinstimmt. Aber das hat sie nicht gemacht, sondern es sogar benutzt, um Menschen, die die Regierung kritisiert haben, zu verhaften. Das Gesetz über friedliche Versammlungen und Demonstrationen wurde zwar geändert, aber nicht weitgehend genug. Das zeigt die autoritäre Einstellung der NLD-Regierung.

Inwiefern wird der Handlungsspielraum von Aktivist*innen und NGOs beschnitten?

Die Einschränkung der Meinungsfreiheit hat direkte Auswirkungen auf uns Menschenrechtsaktivist*innen. Wir müssen an unsere Sicherheit denken und uns überlegen, ob wir die Regierung für etwas kritisieren. Das betrifft besonders den Völkermord an den Rohingya. Die Mehrheit der Menschen und auch viele Aktivist*innen sind von der Propaganda so beeinflusst, dass sie diesen Völkermord unterstützen. Mitte 2016 veröffentlichte Aung San Suu Kyi eine Stellungnahme, die untersagte, die Bezeichnung „Rohingya“ zu verwenden. Seither trauen sich die Menschen nicht mehr, sie zu gebrauchen. Es war kein Gesetz, aber wir wissen einfach nicht, was passiert, wenn wir der Anweisung nicht folgen.

Dazu kommt die nationalistische und islamfeindliche Hetze. Als die Gewalt gegen die Rohingya begann, wagten nur wenige moderate Personen, sich zu äußern. Ich selbst traue mich nicht, öffentlich über die Rohingya zu sprechen, auch wenn ich es immer wieder versucht habe. Es ist sehr gefährlich für mich und andere Aktivist*innen.

Wir wagen es auch nicht, uns zu anderen Themen zu äußern, etwa zur verbreiteten Korruption staatlicher Institutionen oder dem Vorgehen des Militärs gegen Demonstrant*innen oder ethnische Gruppen. Das könnte als Verleumdung behandelt und mit bis zu 20 Jahren Haft bestraft werden. Ich hatte nie erwartet, so etwas unter Aung

San Suu Kyis Regierung zu sehen. Sie hat den Friedensnobelpreis und viele andere Auszeichnungen bekommen und war über Jahrzehnte die meist respektierte und verehrte Führungspersönlichkeit. Sie war der ehrwürdigste Mensch in meinem Leben. Ich will sie nicht verteidigen, aber ich glaube nicht, dass sie sich plötzlich verändert hat, sondern dass sie schon immer so war. Wir haben sie vorher nur nicht wirklich gekannt.

Wie adressieren Menschenrechtsaktivist*innen die Restriktionen der Regierung?

Nach der Wahl 2015 haben wir versucht, mit den Parlamentarier*innen zu sprechen. Viele kennen wir schon lange und sie sind unsere Freunde. Wir haben sie ermutigt, Änderungen repressiver Gesetze gegen die Menschenrechte vorzubringen. Aber Aung San Suu Kyi dominiert nicht nur die Regierung. Als Staatsberaterin kann sie auch direkt mit der Legislative sprechen. Keiner der Parlamentarier*innen wagt es, sich gegen ihren Willen zu stellen. Das hat Auswirkungen auf unsere Advocacy-Tätigkeiten. Die Parlamentarier*innen hören uns zwar an, aber sie unternehmen nichts. Sie folgen der Regierung und nicken ab, was Aung San Suu Kyi und die Partei will. Deshalb gehen wir bei kontroversen und kritischen Themen auf die Straße und demonstrieren. Unter der vorherigen Regierung haben sich viele Menschen unseren Protesten angeschlossen. Heute sind viele regierungsfreundlich und glauben an die Kompetenz von Aung San Suu Kyi.

Wir haben aber nicht mehr so viele Verbündete wie früher. Es gibt einige Organisationen, die ihre Stimme auch kritisch gegen die Regierung und andere Institutionen erheben. Dafür werden wir angeklagt. Zurzeit laufen zwei Verfahren gegen mich und andere Aktivist*innen, weil wir für Frieden und die Gleichberechtigung der ethnischen Gruppen demonstriert haben. Wir versuchen auch, die internationalen Menschenrechtsmechanismen zu erreichen. Sie sind unsere einzige Hoffnung, solange wir nicht mit der Regierung oder anderen Institutionen sprechen können.

Der birmanische Aktivist Khin Zaw Win hat 2018 gesagt: „In Ermangelung einer politischen Ideologie verfallen Myanmar's Regierende in Primitivismus, Populismus und Autoritarismus.“ Wie kann eine zukünftige Vision für Myanmar entwickelt werden, und welche Rolle kann die Zivilgesellschaft dabei spielen?

Um die Situation in Myanmar zu verändern, braucht es mehr als die Zivilgesellschaft. In der Vergangenheit haben wir versucht, soziale Veränderung zu unterstützen, Menschen zu mobilisieren und die NLD in ihrer Oppositionsrolle zu unterstützen, weil wir glaubten, dass sie eine

liberale Demokratie will. Aber wir brauchen ein anderes Wirtschaftssystem. Es wurde durch nepotistische Strukturen zerstört, mit denen sich das Militärregime die natürlichen Ressourcen gesichert hat. Die Menschen leben in Armut und haben kaum Chancen auf eine angemessene Bildung und Gesundheitsversorgung. Der Wohlstand ist zu ungleich verteilt. Dafür brauchen wir die Regierung.

Aber die NLD hat sich seit 2015 stark verändert. In der Zivilgesellschaft fragen sich viele, welche Partei wir bei den nächsten Parlamentswahlen 2020 wählen sollen. Es gibt keine, die unsere Träume für die Zukunft erfüllt. Deshalb wollte ich 2016 mit Gleichgesinnten eine neue Partei gründen, die von den Aktivist*innen der 88er Generation geführt wird. Während der Rohingya-Krise haben wir festgestellt, dass sie zur Regierung und dem Militär stehen und uns sogar davon abhalten wollten, über Unterstützung für die Rohingya zu sprechen. Da haben wir die Gruppe verlassen. Jetzt gründen wir eine neue Partei, die unsere Werte vertritt. Was Khin Zaw Win gesagt hat, stimmt für die etablierten politischen Parteien. Nicht einmal die NLD folgt ihren liberalen Werten, ihr fehlt eine klare politische und ökonomische Strategie.

Hat der wachsende Autoritarismus-Trend in ASEAN Einfluss auf Myanmar?

Myanmar ist Mitglied in der ASEAN-Gemeinschaft und die Situation ist in den meisten Mitgliedsstaaten ähnlich. Außer Indonesien werden alle mehr oder weniger autokratisch regiert. Wir sind Teil des ASEAN Youth Movement. In unserem Netzwerk nennen wir ASEAN die „Vereinigung des Bösen“. Die autoritären Regime in der Nachbarschaft bieten also keine Inspiration. Stattdessen helfen sich die Regime gegenseitig, die Missstände in ihren Ländern zu vertuschen.

Viel mehr wird Myanmar von den weiter entfernten liegenden westlichen Ländern beeinflusst. Dort nimmt der Nationalismus zu. Viele Politiker*innen und Bürger*innen schauen Richtung USA und fragen sich, warum sich dieses liberale Land so stark verändert. Das ist keine plötzliche Entwicklung. Sie wählen einen neuen Weg, weil sie es nicht mehr ertragen und die Grenzen von Demokratie und Menschenrechten sehen. Auch der Brexit hat Auswirkungen. Wir wollen eine föderale Struktur, aber Großbritannien hat sich dagegen entschieden.

Wenn die Lage in Myanmar dann bei den Vereinten Nationen diskutiert wird, fragen sich die Menschen, warum sich selbst die USA aus dem UN-Menschenrechtsrat zurückgezogen haben. Und dann zeigen Deutschland, Frankreich, Großbritannien oder die USA auf Aung San Suu Kyi und Myanmar und sagen, sie sollten toleranter gegenüber den

Muslim*innen sein? Sie akzeptieren doch selbst die Menschen aus Syrien und dem Nahen Osten nicht. Wie soll Myanmar also die Rohingya tolerieren, wenn im Westen anti-muslimische Trends zunehmen? Dieses Narrativ basiert auf der Weltpolitik.

Die Länder in Südostasien ahmen den Westen nach. Nach 9/11 begann die ganze Welt Anti-Terrorismus-Maßnahmen zu schaffen. Wir haben keine terroristische Bedrohung in Myanmar, aber inzwischen gibt es entsprechende Gesetze und die Menschen haben Angst vor dem Terror. In Myanmar und in den Ländern der Region sagt man, dass die USA und Europa Menschenrechte und Demokratie exportieren, um unsere Länder zu beeinflussen und sie wirtschaftlich wieder zu kolonialisieren. In den letzten zwei Jahrzehnten hat der Westen aber nicht die Demokratie gebracht, sondern China- und Islamfeindlichkeit verbreitet. Die wurde nicht aus den asiatischen Ländern, sondern aus dem Westen importiert. Das hat eine signifikante Auswirkung auf unser Land und die Region Südostasien.

**Interview und Übersetzung aus dem Englischen:
Judith Kunze.**

Die Autorin

Judith Kunze unterstützt seit 2013 lokale Menschenrechtsorganisationen und NGOs in Kambodscha und Myanmar als Beraterin für Organisationsentwicklung.

Indien und Indonesien: Antifeminismus als autoritäre Agenda in den größten Demokratien Asiens

Von Christa Wicherich und Nadya Kalima Melati

In Indien und Indonesien haben 2019 mit fast 900 Millionen bzw. fast 200 Millionen Wahlberechtigten Wahlen der Superlative stattgefunden. Vor dem Hintergrund zunehmender autoritärer Tendenzen in Süd- und Südostasien sind sie wichtige Stimmungsbilder.

Während in Indien die hindunationalistische Bharatiya Janata Party (BJP) einen weiteren Sieg verbuchten konnten, wurde in Indonesien mit Joko Widodo (Jokowi) ein als moderat geltender Politiker im Amt bestätigt, der allerdings, wie sein Herausforderer, zunehmend auf die religiöse Karte setzte. Religion und traditionelle Werte spielten bei beiden Wahlen eine zentrale Rolle, und die Geschlechterordnung wurde zu einem wichtigen Thema. Richteten sich politische Artikulationen von Frauenbewegungen früher gegen konservative und autoritäre Politik, so haben nun reaktionäre und nationalistische Parteien auch politisch aktive Frauen für sich gewonnen. An Frauenthemen kommt keine Partei mehr vorbei, greifen sie aber in einer Weise auf, die liberale und progressive Lebens- und Geschlechterentwürfe zunehmend einschränken und sich deutlich anti-feministisch positionieren.

Hindu-identitäre Politik und umkämpfte Geschlechtergerechtigkeit in Indien

Der unerwartet hohe Wahlsieg der hindu-nationalistischen BJP und von Präsident Modi hat aus einer Gender-Perspektive einen einzigartigen Beigeschmack:

- noch nie sind so viele Frauen zur Wahl gegangen (fast gleich viele wie Männer),
- noch nie hatten die Parteien so viele Frauen als Kandidatinnen nominiert (die meisten bei der BJP),
- noch nie haben Frauen so viele Parlamentssitze (nämlich 78) gewonnen (die meisten davon für die BJP).

Obwohl nur 9 Prozent aller Kandidat*innen Frauen waren, gewannen sie 14,6 Prozent der Parlamentssitze. Anders als früher haben Frauen ein eigenes politisches Bewusstsein gezeigt, denn sie wählen nicht mehr zwangsläufig die Partei, die der Ehemann wählt. Die Tatsache, dass seit 25 Jahren eine 33 % Frauenquote im „Panchayat Raj System“, sprich: in dörflichen und Bezirksverwaltungsgremien besteht, hat dazu geführt, dass sie auf der lokalen Ebene politische Erfahrung sammeln konnten, nachdem sie in den ersten Jahren nur eine Alibirolle als Ehefrauen, Töchter und Schwestern von lokalen Repräsentanten hatten. Das ist einer der Gründe, warum der Anstieg der Wählerinnen auf dem Land höher war als in der Stadt. Zwar kursiert ein Video, das zeigt, wie Frauen gezwungen werden, ihren Daumenabdruck beim Lotus der BJP machen, aber erstaunlicherweise haben die Fernsehsender dieses Video nicht verbreitet.

In ihren Wahlprogrammen hatten alle Parteien Frauen umworben. Der Hintergrund dafür ist die seit Jahrzehnten anhaltende Stärke und Ausdauer indischer Frauenbewegungen und die Aktualität einiger Frauenthemen in der Öffentlichkeit und politischen Debatten. Die #MeToo-Bewegung, die zunächst vor allem junge Mittelschichtfrauen gegen die Belästiger und Vergewaltiger in Kultur, Journalismus und Politik in den Städten vorantrieben, gilt als Frauenbewegung 4.0 der soziale-Medien-affinen *Millennials*, eine neue frauenbewegte Generation. Sie hatte zur Folge, dass erstmals ein Politiker zurücktreten musste.

So versprachen alle Parteien, Sicherheit und Schutz von Frauen zu erhöhen, weil Gewalt gegen Frauen ein Dauerthema in Indien ist. Zum zweiten wollen sie sich für die Umsetzung der bereits 2010 beschlossenen 33 Prozent Frauenquote im Parlament einsetzen, und drittens Jobs für Frauen schaffen, weil Statistiken seit Jahren eine sinkende Frauenbeteiligung auf dem Arbeitsmarkt trotz besserer Bildung belegen.

Modi weiß, was Frauen wünschen

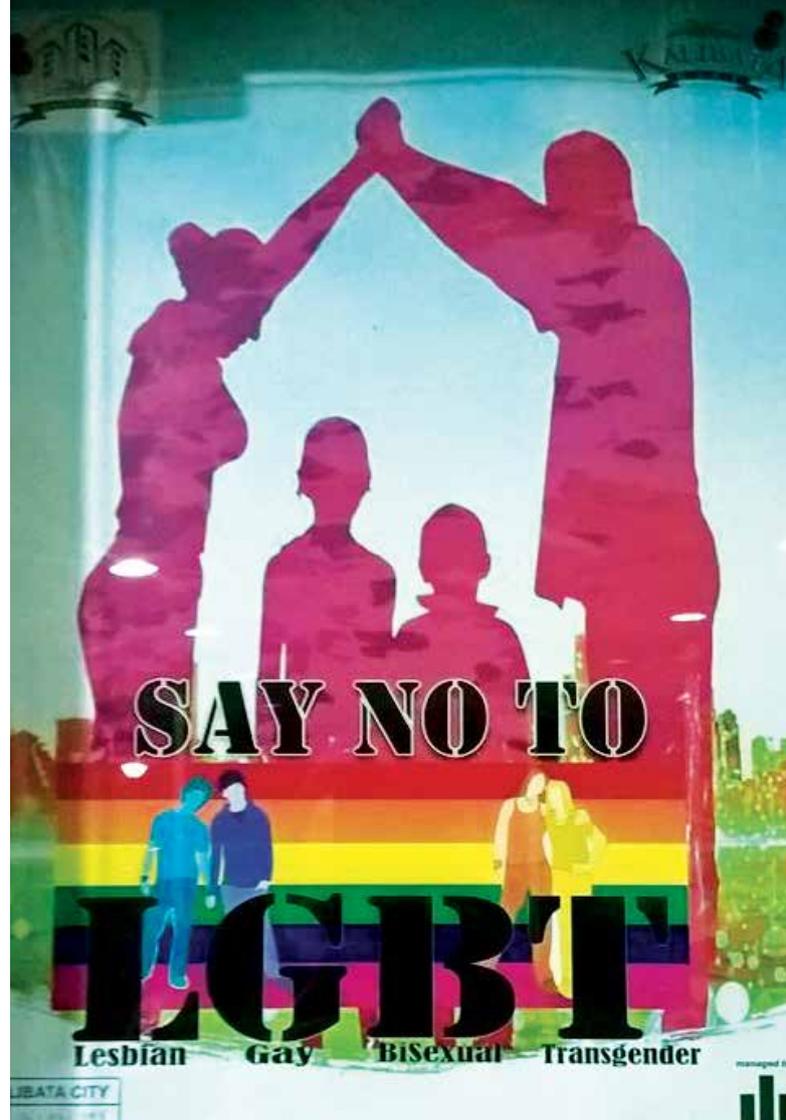
Im Wahlkampf hatte die BJP in den Metro-Stationen in New Delhi riesige Poster zum Frauenempowerment plakatiert. Dazu zählt die *Beti Bachai, Beti Padhao*-Kampagne in Nordindien zur Mädchenförderung und -bildung, um die Akzeptanz von Mädchen zu erhöhen und das immer noch miserable Geschlechterverhältnis von 943 Mädchen zu 1000 Jungen (Zensus 2011) bei der Geburt zu verbessern. Als Frauen-Empowerment gilt auch die kostenlose Abgabe von Gaszylindern, damit Frauen kein Feuerholz mehr sammeln müssen, dadurch Zeit sparen und Arbeitserleichterung haben. Der Trick bei der Sache: nur die erste Gasfüllung ist kostenlos, jede weitere müssen die Frauen ganz normal bezahlen, und dazu fehlt den meisten das Geld. Ebenso werden Toiletten im Haus propagiert, damit Frauen nicht mehr das offene Feld als Toilette im Dunkeln nutzen, was immer auch ein Sicherheitsrisiko ist. Allgemein aber werden Frauen stets nur als Ehefrauen, Mütter, Familienmitglieder betrachtet, nicht aber als unabhängige Rechtssubjekte.

Das Sicherheitskonzept der BJP gibt Aufschluss über ihr Verständnis von Frauenpolitik. Frauen werden als Opfer von Gewalt definiert, die geschützt werden müssen bzw. sich selbst schützen sollen, indem sie sich „anständig“ anziehen und im Dunkeln nicht auf die Straße gehen. Feministinnen kritisieren, dass die Freiheiten von Frauen weiter beschnitten werden, statt Freiheiten zu ermöglichen und die Gewaltverhältnisse zu verändern.

Einerseits gibt die BJP sich also familienorientiert und geschlechtskonservativ. Gleichzeitig bildet sie aber bereits seit Anfang der 1990 Jahre in ihrer militanten Frauenorganisation *Durga Vahini* Frauen an Waffen zu Kriegerinnen aus. In Safran gekleidet, maskulin und martialisch gestylt, sind sie bereit, *Hindutva*, die Hindu-Nation gegen innere und äußere Feinde zu verteidigen, vor allem gegen Muslims. Mit radikalen, strikt hierarchisch aufgebauten, ritualisierten Kaderorganisationen wie der RSS und *Durga Vahini* wirkt der nationalistische Hinduismus systematisch, aggressiv und autoritär in die Gesellschaft und alle Institutionen hinein.

Zuckerbrot und Peitsche

So zum Beispiel in kritische Universitäten. Dort hat die Modi-Regierung systematisch vorgeführt, wie liberale und emanzipatorische Positionen zurückgewiesen und konservative Ordnungsprinzipien auf Dauer gestellt werden. Gleichstellungsmechanismen und Anti-Diskriminierungsmaßnahmen wurden ausgeschaltet, Frauen- und Genderstudien be- und verhindert, Geschlechterforscherinnen und andere feministische Wissenschaftlerinnen diskreditiert. Neuerdings wird zunehmend Einfluss auf die Lehrinhalte an Universitäten genommen so wie schon



Anti-LGBT Plakat in einem Wohnkomplex in Süd-Jakarta (Foto: Timo Duile)

die Curricula an Schulen geändert wurden. Dabei sind familienzentrierte Geschlechterrollen ein gesellschaftliches Ordnungsprinzip. Ebenso autoritär wird nach der Wahl gegen kritische Rechtsanwälte interveniert, darunter gegen die Frauenrechtlerin Indira Jaising in Mumbai, deren Spezialgebiet Vergewaltigung und sexuelle Belästigung ist. Mit dem klaren Ziel einzuschüchtern, geht die zentrale polizeiliche Untersuchungsbehörde gegen sie vor.

Umkämpfte Inklusion

Der Oberste Gerichtshof stärkt gleichzeitig immer noch liberale Positionen. Im September 2018 entschied er, dass die Anwendung von Artikel 377 des Strafgesetzbuchs zu gleichgeschlechtlicher Sexualität von Erwachsenen verfassungswidrig sei. Dieser Artikel zu Homosexualität wurde 1864 unter britischer Kolonialherrschaft eingeführt und kriminalisierte sexuelle Aktivitäten „gegen die natürliche Ordnung“. Der BJP Führer Subramaniam Swamy vertrat die Auffassung, dass homosexuell zu sein, „nicht normal“ und „gegen *Hindutva*“ sei. Bereits 2009 hatte das Oberste Gericht in Delhi dieses Gesetz außer Kraft gesetzt, aber dieses Urteil wurde 2013 revidiert, bis zu der letztendlichen Entkriminalisierung von LGBTIQ*2018.

Auch im Fall von *Sabarimala*, jenem Tempel in Kerala, der Frauen im Menstruationsalter zwischen 10 und 60 Jahren (erst) seit 1991 den Zugang verweigert, hatte der Oberste Gerichtshof befunden, dass diese autoritär-religiöse Exklusion dem Gleichheitsgrundsatz der indischen Verfassung widerspricht. Im Januar 2019 drangen zwei mutige Frauen im Morgengrauen in den Tempel ein und vollzogen damit das Urteil des Obersten Gerichtshofs. Die Tempeloberen ließen daraufhin das Gelände rituell von der Verschmutzung reinigen – eine weitere Eskalation der Diskriminierung weiblicher Körper. Mehr als drei Millionen Frauen protestierten – unterstützt von der regierenden kommunistischen Partei – für den Tempelzugang aller Frauen und bildeten mit ihren Körpern eine Mauer gegen den religiös-konservativen Angriff. Die BJP nahm die Autorität des Tempels als Vorwand, um als Hüter vermeintlicher Traditionen, sprich: ungleicher Geschlechterverhältnisse aufzutreten, mobilisierte eine große Zahl von Befürworterinnen des Verbots und organisierte einen Generalstreik. Deswegen wurden die Wahlen in Kerala im Wesentlichen zu einer Abstimmung über die Positionen zu Sabarimala und eine hindu-identitäre Ordnung, die Ungleichheiten verfestigt. Das war der entscheidende Grund, warum die BJP in Kerala Stimmen gewann, die Kommunistische Partei aber durch Stimmenverlust abgestraft wurde.

Antifeminismus in Indonesien

Laut der Frauenquote in Indonesien müssen mindestens 30% der Kandidaten*innen auf jeder Parteienliste weiblich sein. Anfänglich führte das dazu, dass die Parteien Frauen aufstellten, die oft nur der verlängerte Arm der männlichen Eminenzen im Hintergrund waren und in den Parlamenten kaum eigene Initiativen entwickelten. Dies hat sich nun geändert, aber nicht zugunsten von feministischen Initiativen. Gerade konservative Frauen haben sich in den letzten Jahren in Parlament und Gesellschaft Gehör verschafft und propagieren zunehmend eine autoritäre Geschlechterordnung. Viele sind in islamischen Parteien und in konservativ-islamischen Netzwerken aktiv und unterstützten den bei der Wahl unterlegenen Kandidaten Prabowo, der mit reaktionären islamischen Organisationen zusammenarbeitet. Diese Frauen waren allerdings schon seit Jahren im Namen der islamischen Werte gegen Feminismus politisch unterwegs.

Frauenrechte und Backlash

1998 entstand in Indonesien die erste staatliche Institution gegen Gewalt gegen Frauen, die 2004 ein Gesetz gegen Gewalt in der Familie initiierte. Zusätzlich forderte 2016 die nationale Frauenkommission (*Komnas Perempuan*) zusammen mit der Rechtshilfeorganisation "Assoziation indonesischer Frauen für Gerechtigkeit" ein Gesetz gegen

sexualisierte Gewalt, das nicht nur verheirateten Frauen Schutz bieten würde. Der Gesetzgebungsprozess ging reibungslos voran, bis sich die Organisation AILA (*Aliansi Cinta Keluarga*, Familienliebe-Allianz) politisch einzumischen begann. AILA forderte eine Revision des Strafgesetzes, das angeblich außerehelichen Geschlechtsverkehr und Homosexualität erlaubt, weil das sowohl religiösen als auch indonesischen Wertevorstellungen widerspreche. Sie legte Beschwerde vor dem Verfassungsgericht ein, diese wurde mit knapper Mehrheit abgewiesen, aber AILA hatte damit viel mediale Aufmerksamkeit erzielt. Seitdem versucht die Organisation, das Gesetz auf parlamentarischem Wege zu erreichen, und macht außerdem mit einer Kampagne Stimmung gegen das von der nationalen Frauenkommission vorangetriebene Gesetz gegen sexuelle Gewalt.

AILA wurde 2013 von konservativen islamischen Vereinen wie dem MIUMI, dem Konzil muslimischer Intellektueller und junger Ulama Indonesiens, und INSISTS (*Institute for the Study of Islamic Thoughts and Civilisation*) gegründet. Ihr Ziel ist der Fortbestand der traditionellen Familie entsprechend der Lehren des Islams. Damit ist AILA der organisierte Ausdruck einer populistischen anti-liberalen Bewegung in Indonesien, die Feminismus offensiv ablehnt und sich gegen feministische Kernforderungen wie Gendergerechtigkeit und Anerkennung von LGBTIQ*-Personen, das Frauenrecht auf sexuelle Selbstbestimmung und den Kampf gegen sexuelle Gewalt stellt.

Sowohl auf der politischen Bühne als auch in sozialen Medien ist AILA die antifeministische reaktionäre Organisation, die in Indonesien die meiste Aufmerksamkeit erzielt. Dabei macht sie sich die Angst der Elterngeneration vor der "großen Welt da draußen" zu nutze. Sie rekrutiert Mitglieder, die bereits in islamischen Gruppen organisiert sind, und wirbt repressiv mit Gruppendruck auch bei Sympathisant*innen für ihre Ideologie. Intensiv nutzt sie soziale Medien wie *Instagram*, *Whatsapp* und *Facebook*, und erreicht so zehntausende Frauen direkt. Diese Strategie hat AILA von anderen islamischen Gruppen übernommen, die meist über eigene starke Cyber-Armeen verfügen, die in Gruppen mit den Namenszusätzen *dakwah*, *tahid* oder *muslimah* organisiert sind. Mit AILA ist der reaktionäre Islam im Bereich des Feminismus angekommen: sie benutzen progressive Konzepte wie Frauenquoten für ihre Ziele und agieren im Namen der Frau, aber mit einem anti-emanzipatorischen Grundkonzept, das sich fundamental von feministischen Ideen unterscheidet.

AILA bedient vordergründig dasselbe Ziel wie Feministinnen, nämlich Frauen zu schützen. Allerdings sieht sie Frauen nur in ihrer Rolle als Familienmitglied sowie für die soziale und biologische Reproduktion. Daher befürworten die Antifeminist*innen Gleichstellung im Bildungswesen, Zugang zur Gesundheitsversorgung für Frauen und Kinder oder Frauenengagement in der Politik. Sie bestehen auf



Blitzeblanke Kochutensilien gegen die Frauenarmut (Foto: Christa Wichterich)

konventionellen Rollenbildern in der Familie. Die traditionelle, islamische Familie gilt ihnen auch als Lösung des Problems der sexualisierten Gewalt. Das Befolgen islamischer Prinzipien scheint der einzige Garant gegen Gewalt gegen Frauen zu sein. Durch Allahs Segen sei dann für die fromme Familie sichergestellt, dass keine Gewalt ausgeübt werde oder die Kinder nicht homosexuell würden. Deswegen lehnt AILA auch die Unabhängigkeit von Frauen ab und propagiert den islamischen Verhaltenskodex für Frauen (*kodrat*).

Stimmungsmache gegen Feminismus in Politik und Gesellschaft

Längst hat AILA Akademikerinnen und Parlamentarierinnen in ihren Reihen. Die Annahme, dass durch Frauenquoten feministische Positionen in der Politik gestärkt würden, hat sich somit nicht bestätigt. Islamische Parteien wie PKS oder PPP erfüllen die Frauenquoten, und zwar nicht nur mit Alibifrauen. Diese Frauen tragen antifeministische Positionen offensiv in die indonesische Politik. Vor den Wahlen 2019 sprachen sich viele Kandidatinnen auf Wahlplakaten für islamische Werte aus und unterschieden sich hier in keiner Weise von den männlichen Mitbewerbern. Frauen mit Kopftuch und islamischer Symbolik schmückten aber auch die Plakate von Parteien, die als weniger religiös gelten. Damit verleihen sie rechtspopulistisch einem Unbehagen Ausdruck, das sich in sozialen Medien in Gruppen wie „Indonesien ohne voreheliche Beziehungen“, „Indonesien ohne Feminismus“ oder der weit verbreiteten Ablehnung gegenüber Homosexuellen artikuliert.

Diese zeigte sich in den letzten Jahren in einer breiten Anti-LGBTIQ*-Debatte. Bisher ist Homosexualität straffrei, aber islamische Gruppen machen bereits seit langem Jagd auf Homosexuelle, die sie strafrechtlich auf Grundlage des Anti-Pornographie-Gesetzes verfolgen. Der einflussreiche Rat der Islamgelehrten Indonesiens (*Majelis Ulama Indonesia*, MUI) forderte im März 2015 Auspeitschungen und in schweren Fällen die Todesstrafe für homosexuelle Handlungen. Die bewusst benutzte westliche Abkürzung LGBTIQ* soll signalisieren, dass LGBTIQ* von außen komme, also kulturell fremd sei. Auch deswegen hat sich so das Bild einer LGBTIQ*-Gefahr in den Köpfen vieler Indonesier*innen etabliert, untermauert durch konservative Medien und Äußerungen einiger Regierungspolitiker.

In das gut ausgebaute zivilgesellschaftliche Netzwerk des politischen Islams sind die Frauen von AILA bestens integriert. Islamische politische Parteien wie die PPP, PAN oder PKS greifen ihre Themen dann auf und versuchen aus ihnen politisches Kapital zu schlagen. Zu allererst erscheint die antifeministische Bewegung allerdings als eine genuin zivilgesellschaftliche und als vorgeblich authentischer Ausdruck der Wünsche von Frauen und der Gesellschaft insgesamt. Die Strategie ist, dass Frauen anscheinend von sich aus handeln, aber nur, um sich immer schon als unter die traditionellen Werte untergeordnet darzustellen. Dieses politische Engagement ist im hohen Maße autoritär, da es alle abweichenden Geschlechterbilder als inakzeptabel, ja gar als Bedrohung ablehnt und bekämpft.

Fazit

In Indien haben die radikalen hindu-nationalistischen Organisationen seit Jahren die Gesellschaft mit autoritären

und gewaltförmigen Herrschaftstechniken penetriert. Seit sie mit der BJP an der Macht sind, gehen sie zunehmend autoritär gegen den starken Feminismus und Gender-Ansätze vor, vor allem an den Unis und jüngst auch in der kritischen Anwaltschaft und Justiz. Anders als der vulgäre sexistische Machopopulismus Trumps und Dutertes, inszeniert Modi sich als moralisch überlegener, zölibatär lebender Identitäts- und Ordnungsgarant. Am Wahltag stieg er in einer safranfarbenen Mönchsrobe zum Gebet auf einen Berg und präsentierte sich, als über allem Irdischen stehend, ohne materielle und sexuelle Begierden, sprich: nicht korrupt. Seine Umgangsstrategien mit den starken indischen Feministinnen gleichen der „Zuckerbrot-und-Peitsche-Methode“: einmal populistische Wohlfahrtsmaßnahmen wie Gaszylinder und auf anderem Terrain ein hartes Vorgehen gegen Intellektuelle und führende Rechtsvertreterinnen.

Da sich in Indonesien offizielle Politik oft sehr reaktiv verhält, also selten von sich aus Themen setzt und Diskurse anstößt, sondern eher auf Diskurse aus der Gesellschaft reagiert, sind zivilgesellschaftliche Akteure hier von großer Bedeutung. Diese können eine autoritäre Politik verfolgen, indem sie entsprechende Gesetze anstreben, aber ihr Autoritarismus entfaltet sich auch besonders über den Druck der Akteur*innen auf *peer groups*. Deswegen geht der Anti-Feminismus in Indonesien eher aus der Zivilgesellschaft hervor. Sie versucht die offensiv anti-feministische Agenda populistisch als frauenfreundlich zu verkaufen. AILA ist außerdem ein Beispiel dafür, dass in einer Gesellschaft, in der reaktionär religiöse Auffassungen immer wichtiger werden, diese auch von vielen Frauen vertreten werden. In Zeiten von raschem sozialen Wandel vermitteln Religion und Tradition Frauen die Illusion von Sicherheit und Stabilität.

Die Strategien in Indien und Indonesien sind jedoch ähnlich, weil die Akteur*innen vorgeben, im Namen der Frauen zu sprechen, sich Errungenschaften der Frauenbewegung wie die Frauenquote zu nutze machen und aus einer Position moralischer Überlegenheit handeln. Autoritär ist das, weil diese Akteur*innen – egal ob Parteien oder zivilgesellschaftliche Organisationen – andere Geschlechterrollen als ihre nicht zulassen und sowohl gesellschaftlichen als auch politischen Zwang aufbauen. Auch sind die antifeministischen Akteur*innen Teil einer größeren autoritären identitätspolitischen Agenda, in Indien des Hindunationalismus, in Indonesien des Projekts der konservativ-islamischen Prägung der Gesellschaft. Solche politischen Projekte wenden sich auch autoritär gegen andere Gruppen wie religiöse Minderheiten.

Zur populistischen Herrschaftslogik des neuen Autoritarismus gehört, dass politische Macht durch die Sicherung nationaler und kultureller Identität, gesellschaftlicher Ordnung und moralischer Überlegenheit populistisch le-

gitimiert wird. Emanzipatorische Positionen werden dadurch in Schranken verwiesen, radikale kritische Kräfte geschwächt. Dafür geben auch viele Frauen ihre Stimme und ziehen als politisierte Akteur*innen in die Parlamente ein.

Die Autorinnen

Nadya Karima Melati hat an der *Universitas Indonesia* Geschichte studiert und war in der nationalen Frauenkommission (*Komnas Perempuan*) aktiv. Sie leitet die NGO SGRC (*Support Group and Resource Center for Sexuality Studies*), die zurzeit ein Projekt gegen Cybergewalt gegen Frauen durchführt. *Übersetzung des indonesischen Teils: Timo Duile*

Christa Wichterich hat an den Universitäten Kassel, Wien und Basel Geschlechterpolitik gelehrt und kürzlich in Indien dazu geforscht. Sie ist als *scholar activist* unterwegs u. a. beim europäischen Netzwerk WIDE+ und im Kuratorium der *Stiftung Asienhaus*.

Kambodscha: „LGBTIQ erfahren immer wieder Diskriminierung“

Von Ali Al-Nasani

Lesben, Schwule, Bi-, Intersexuelle und Transgender (LGBTIQ) werden in Kambodschas Gesellschaft marginalisiert. Das Netzwerk CamASEAN setzt sich mit Informationsarbeit und Veranstaltungen für ihre Inklusion ein und klärt die Bevölkerung über gängige Vorurteile auf. Ein Interview mit Srorn Sroun, Mitbegründer von CamASEAN.

Warum habt ihr CamASEAN gegründet?

Eigentlich sind wir ein loser Zusammenschluss von Aktivist*innen im LGBTIQ-Bereich. Wir sind eher eine Bewegung und weniger eine Institution. Wir organisieren Bildungsveranstaltungen, Kunstausstellungen und Berufstrainings, lobbyieren aber auch die kambodschanische Regierung, um politische Partizipation von LGBTIQ zu erreichen. Da wir auch LGBTIQ in Gefängnissen betreuen, mussten wir uns 2015 als Organisation registrieren lassen, denn ohne eine solche Registrierung erhält man keinen Zutritt zu Gefängnissen.

Wie ist die Lage von LGBTIQ in Kambodscha?

Die Situation ist sehr komplex. Einerseits verkündet die Regierung immer wieder ihre Unterstützung für LGBTIQ. Doch das für Gender-Fragen zuständige Frauenministerium klammert LGBTIQ aus ihren Aktivitäten oder strategischen Planungen aus. Und andererseits erfahren LGBTIQ immer wieder Diskriminierung, wie z. B. willkürliche Verhaftung oder fehlender Zugang zum Gesundheitswesen. Manchmal erhalten wir auch keine Erlaubnis Informationsveranstaltungen durchzuführen.

Wie sieht es mit gleichgeschlechtlicher Ehe aus?

Formal ist die gleichgeschlechtliche Ehe in Kambodscha nicht erlaubt. Daher gibt es keine öffentlichen Hochzeiten, sondern lediglich private Feiern im Haus des Paares. In einigen Gemeinden werden trotzdem zwei Männer oder zwei Frauen gemeinsam ins Familienbuch eingetragen,

dann aber als Geschwister. Eine traditionelle Hochzeit darf auch nicht stattfinden, stattdessen wird es zum Beispiel „Einweihungsparty für das gemeinsame Haus“ genannt. Das mag zwar im Einzelfall als Lösung funktionieren, beseitigt aber nicht das zu Grunde liegende Problem.

Wie ist die LGBTIQ-Bewegung in Kambodscha entstanden?

Der ursprüngliche Zugang kam über HIV/Aids-Projekte, für die die internationale Gemeinschaft in den 1990er Jahren viel Geld zur Verfügung stellte. Das war zwar wichtig, aber wir sehen heute auch, dass viele Nichtregierungsorganisationen von ausländischem Geld gänzlich abhängen und eine Agenda verfolgen, die nicht nachhaltig ist. Wenn Mittelgeber Programme für ein oder zwei Jahre fördern, muss man sich fragen, wie es danach weitergeht. Und leider gibt es auch Konkurrenz zwischen den NGOs, sodass sie zu häufig aneinander vorbei arbeiten, anstatt zu kooperieren.

Was wissen die Menschen in Kambodscha über LGBTIQ?

Wir stellen immer wieder fest, dass in der kambodschanischen Bevölkerung zu wenig Wissen über LGBTIQ vorhanden ist. Viele glauben noch, dass sei ansteckend oder sei die willkürliche Wahl einer Lebensweise, die man auch wieder ändern kann. Und leider ist diese Unwissenheit auch in gebildeten Kreisen vorhanden.

In TV-Shows kommen LGBTIQ als Freaks vor, aber nie als normale Menschen mit einer mehrheitlich akzeptierten Lebensweise. Medien spielen eine große Rolle darin, wie LGBTIQ in der Gesellschaft wahrgenommen werden. Hier ist noch viel zu tun in Kambodscha.

Wir haben versucht, dieser Unwissenheit mit einem Vorschlag zur Änderung der Schulcurricula zu begegnen, damit junge Menschen etwas darüber lernen. Doch das zuständige Ministerium für Erziehung sieht lediglich zwei Stunden pro Schuljahr vor, um darüber zu sprechen.



Srorn spricht bei einer Veranstaltung zu LGBTI bei HBS (Foto: Sam Jam)

Natürlich ist es auch ein großes Problem, das wir zu wenige Daten über LGBTIQ haben. Wir werden immer wieder gefragt, wie viele es gibt. Aber wir wissen es einfach nicht. Wir können lediglich schätzen, dass, wie in anderen Ländern auch, 10-15% der Bevölkerung LGBTIQ sind.

Welche Aktivitäten entwickelt CamASEAN, um die Situation zu verbessern?

Wir haben ein Netzwerk gegründet, das ganz verschiedene Aktivitäten verfolgt, um die Situation von LGBTIQ zu verbessern. Dabei konzentrieren wir uns nicht nur auf Gender-Aspekte, sondern wenden verschiedene Ansätze an, um mit den Menschen ins Gespräch zu kommen. Wir veröffentlichen Podcasts und Kurzfilme, die online abrufbar sind. Darin thematisieren wir Diskriminierung, verbreiten aber auch positive Nachrichten, z.B. über das Transgender-Paar, das in seinem Dorf ein Haus für obdachlose Alte gebaut hat. Das hat natürlich die Akzeptanz für das Paar in dem Dorf deutlich gesteigert.

Wir reden aber auch über Themen, die z.B. Jugendliche im Allgemeinen interessieren, z.B. Berufswahl, Schwangerschaft, Probleme in der Partnerschaft oder IT-Sicherheit.

In Phnom Penh haben wir ein Haus für obdachlose LGBTIQ errichtet, damit sie eine Anlaufstelle haben. Dort leben sie und gehen, soweit möglich, einer Arbeit nach. Wir haben dort strikte Regeln: Da Drogenkonsum unter jungen Menschen ein großes Problem in Kambodscha ist, sind bei uns Drogen verboten. Die Bewohner*innen sollen sich in sozialer Arbeit engagieren.

Mit unseren begrenzten finanziellen Mitteln stellen wir auch Kleinstkredite zur Verfügung, wenn jemand ein kleines Geschäft aufmachen will, z.B. ein Straßenrestaurant oder ein Tuk-tuk-Café. Wir nehmen nur 1% Zinsen und vereinbaren feste Rückzahlungsraten. Bei den Mikrokreditinstituten in Kambodscha zahlen die Menschen oft bis zu 30% Zinsen, und so landen sie in einer Schuldenfalle. Banken wie

die ACLEDA Bank geben keine Kredite an HIV-positive Menschen, was natürlich diskriminierend ist. Die wirtschaftliche Unabhängigkeit ist sehr wichtig für viele LGBTIQ, weil es auf dem kambodschanischen Arbeitsmarkt viel Diskriminierung gibt und die meisten Unternehmen LGBTIQ nicht anstellen.

Wie sieht es mit LGBTIQ unter den ethnischen Minderheiten aus?

Natürlich gibt es wie überall auch bei den Indigenen, den ethnischen Vietnames*innen oder den Muslim*innen LGBTIQ. Wir versuchen, sie im Rahmen unserer finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten zu unterstützen. Dabei beziehen wir uns nicht auf Religion, sondern auf den gesetzlichen Rahmen. In den muslimischen Gemeinden gibt es viele Menschen, die sagen, Gott habe die LGBTIQ so erschaffen, und deswegen sollen sie so akzeptiert werden. Aber auch hier haben wir zu wenige verlässliche Daten, um ein genaues Bild zu haben.

Ihr entwickelt auch viele Aktivitäten in den sozialen Medien.

Ja, Facebook ist sehr wichtig in Kambodscha, um Informationen zu verbreiten. Wir haben verschiedene Online-Auftritte, um die vielfältigen Aspekte von LGBTIQ zu behandeln. Unsere Facebook-Seiten werden von über 300.000 Menschen verfolgt, darunter etwa 6.000 Paare. Das Interesse ist also riesig.

Andererseits ist Facebook leider auch ein Medium, in dem Gerüchte und Unwahrheiten über LGBTIQ verbreitet werden. Wir werden dort oft beschimpft. Daher thematisieren wir über Facebook das Thema Online-Belästigung. Wir versuchen, positive Nachrichten zu senden und die Menschen zu ermutigen, darüber nachzudenken, was sie auf Facebook posten und welche Sprache sie benutzen.

Interview und Übersetzung aus dem Englischen: Ali Al-Nasani.

Endnoten

- 1 CamAsean auf Facebook (<https://www.facebook.com/CamASEAN/>)

Der Autor

Ali Al-Nasani ist seit 2013 Leiter der Heinrich-Böll-Stiftung (hbs) in Kambodscha. Die hbs unterstützt Initiativen und Organisationen, die sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzen, und setzt sich für Minderheitenschutz und nachhaltige Entwicklung ein.

Gewalt. Macht. Widerstand – Gewalt gegen Frauen auf den Philippinen

Von Kathrin Spenna und Hannah Wolf

Die philippinische Gesellschaft ist geprägt von emanzipatorischen Gesetzen und starken Frauen im öffentlichen Raum. Gleichzeitig ist das katholische geprägte Land von patriarchalen Strukturen und hartnäckigen Stereotypen durchzogen, die Präsident Rodrigo Duterte für sich und sein sexistisches Weltbild zu nutzen weiß – nicht ohne Gegenwehr.

Die emanzipatorische Vorreiterrolle

Berichten und internationalen Statistiken zufolge genießen die Philippinen im Vergleich zu anderen Ländern innerhalb Südostasiens eine relative Geschlechtergerechtigkeit. Die Philippinen waren das erste Land in Asien, in dem das Wahlrecht für Frauen im Jahre 1937 implementiert worden ist und das erste Land der Region, das mit Corazon „Cory“ Aquino von 1986 bis 1992 eine Präsidentin an seiner Spitze vorweisen konnte. Und auch im philippinischen Kongress sind Frauen vertreten: Im Jahre 2017 war der Senat zu 25 % mit Senatorinnen besetzt. Das Repräsentant*innenhaus zählte gleichsam 29 % weibliche Abgeordnete. Und auch in der Wirtschaft partizipieren Frauen: Jede dritte Firma wird von einer Frau in Managementposition geleitet. Kurz, die Philippinen gelten als Vorbild in Sachen Emanzipation. Zurecht, möchte man meinen, wenn man bedenkt, dass die Philippinen kontinuierlich unter den 10 bestplatziertesten Nationen im Global Gender Gap Report des World Economic Forums zu finden sind. Aber lassen sich soziale Machtstrukturen allein an quantitativen Merkmalen festmachen?

Die vielen Gesichter der Diskriminierung

Bei genauerem Hinsehen erscheint die Situation in den Philippinen komplexer: Die emanzipatorischen Momente, die zweifelsfrei auch zur gesellschaftlichen Realität gehören werden durch eine patriarchal geprägte Kultur, Verhaltensweisen und politische Interessen begrenzt und untergraben.



Kleinunternehmerin in Kalibo, Panay (Foto: Hannah Wolf)

Demzufolge ist das männliche Selbstbild von Überlegenheit geprägt. Ihm steht in einer streng binären Struktur die Frau als unterlegen gegenüber. Macht formiert sich allerdings nicht isoliert entlang von Geschlechterverhältnissen, sondern intersektional in Verbindung mit den Kategorien Klasse, Sexualität und ethnischer Zugehörigkeit, um nur einige Beispiele zu nennen. So spielt bei der Besetzung von politischen Positionen die ökonomische Einflussfähigkeit der*des Kandidat*in in der Regel eine größere Rolle als das Geschlecht. Frauen, die Teil einer ethnischen Minderheit sind, erfahren hingegen eine dreifache Benachteiligung: aufgrund ihrer ethnischen und regionalen Herkunft werden ihre Teilhabe- und Aufstiegsmöglichkeiten in der Gesellschaft begrenzt, sie sind von Verdrängungen durch sogenannte Entwicklungsprojekte betroffen und ökonomisch stark marginalisiert. Gleichzeitig sind sie als Frauen den gleichen patriarchalen Strukturen

der Gesellschaft ausgesetzt, auch wenn die Praktiken ihrer Gemeinschaft davon abweichen mögen.

Historische Einbettung: der Machismo

Die Erziehung von Mädchen und jungen Frauen folgt weltweit verbreiteten patriarchalen Normen und bleibt mit Attributen wie Zurückhaltung, Bescheidenheit, Fleiß und Hilfsbereitschaft verbunden. Männer genießen im Rahmen der sozialen Erwartungshaltung Privilegien: sie dürfen rauchen, trinken, sexuelle Freiheiten genießen, geben sich emotional distanziert und können die Verantwortung für die Familie an die Frauen in ihrem Leben, seien es Schwestern, Ehefrauen oder Mütter abtreten. Das damit einhergehende gelebte Männlichkeitsbild wurzelt in der spanischen Kolonialgeschichte: Spanische Männer und insbesondere Geistliche und Verwalter etablierten ein sexistisches und erniedrigendes Verhalten gegenüber philippinischen Frauen und trugen so zu einer Normalisierung männlicher Dominanz und sexualisierter Gewalt bei. Seit den 1960er Jahren wird dieses historisch eingebettete Verhalten als „Machismo“ bezeichnet. Darüber hinaus hat die spanische Kolonialzeit auch insbesondere mit dem Katholizismus patriarchale Genderrollen sowie eine katholische Sexualmoral eingeführt, absolute Disziplin und Gehorsam gefordert und so in der über dreihundertjährigen Kolonialisierung die sozialen Strukturen maßgeblich beeinflusst. Auch in der heutigen Zeit kann von „Machismo“ gesprochen werden, allerdings mit dem Unterschied, dass damit vielmehr ein kollektiv männliches Verhalten beschrieben wird, das von Stärke, Mut, Dominanz und Aggressivität geprägt ist.

In der neoliberalen Wirtschaftsstruktur, die durch die Einflussnahme der USA Einzug erhielt, sollen Frauen jedoch nicht nur reproduktive Aufgaben, sondern in einem stark auf Export orientierten System auch eine produktive Funktion erfüllen. So machen Arbeitsmigrantinnen beispielsweise einen Großteil der Überseearbeiter*innen aus.¹ Damit sichern sie das Überleben ihrer Familie und tragen zu einer der wichtigsten Einnahmequellen der staatlichen Ökonomie bei.

Der weibliche Körper als Objekt

Das markanteste Beispiel für ungleiche Machtssysteme ist vor allem der weibliche Körper. Der Weg einer jungen Frau entlang der sozialen Norm scheint für viele klar: Schul- oder Hochschulabschluss, Heiraten, schwanger werden und die Rolle einer fürsorglichen Frau und Mutter einnehmen. Je nach finanziellen Kapazitäten und Bildungsabschluss wird von der Frau, insbesondere dann, wenn sie jüngere Geschwister hat, erwartet, die Versorgungsrolle für ihre Geschwister zu übernehmen. Diese sozial erwartete

Rolle lässt trotz starker und zahlreicher Gegenbeispiele wenig Raum für Selbstbestimmung, sondern begreift den weiblichen Körper traditionell als Objekt gesellschaftlicher und vor allem auch männlicher Erwartungen und Wünsche. Verhütungsmittel werden von der dominanten katholischen Kirche missbilligt, ebenso wie Schwangerschaftsabbrüche, die zudem auf den Philippinen nicht legal durchgeführt werden können. Der soziale Druck wirkt somit ebenso auf Frauen wie kulturell-religiöse Dogmen (z.B. das Ideal der Jungfräulichkeit und absoluten weiblichen Treue), wobei beide Sphären patriarchal-heteronormativ geprägt sind. Schwangerschaftsabbrüche sind aufgrund eines Gesetzes aus der spanischen Kolonialzeit (1870) und eines erneuten Verbots durch die USA im Jahre 1930 illegal. Sowohl Frauen, die die Schwangerschaft beenden als auch alle ausführenden Personen müssen eine Gefängnisstrafe von bis zu sechs Jahren fürchten. Auch Scheidungen sind auf den Philippinen nicht gestattet.

Schutz vor Gewalt?

Gewalt, die sich explizit gegen Frauen richtet, ist auf den Philippinen keine Seltenheit, auch wenn es Gesetze wie den *Anti-Violence Against Women and their Children Act* (VAWC) aus dem Jahre 2004 gibt, die physische, psychische, sexuelle und ökonomische Gewalt gegen Frauen und ihre Kinder verbieten.² Die Philippinen haben in den letzten Dekaden mehrere Gesetze erlassen, welche Frauen Schutz vor sexualisierter Gewalt und darüber hinaus gleiche Partizipationsmöglichkeiten auf wirtschaftlicher, juristischer und sozialer Ebene bieten. Die Fälle körperlicher Gewalt gegen Frauen haben sich jedoch in den Jahren 2010 bis 2014 fast verdoppelt – von 5.132 auf 9.875 –, wobei die Dunkelziffer höher ausfallen dürfte.³ Da die Schuld häufig bei den Opfern gesucht wird und insbesondere häusliche Gewalt als „interne Familienangelegenheiten“ gelten, entscheiden sich rund 70 Prozent der betroffenen Frauen ihre Gewalterfahrungen nicht zu melden. Die Mehrheit der Täter ist den Opfern bekannt und befinden sich im engeren sozialen Umfeld der Opfer. Die Ärztin Dr. Sylvia Claudio bezeichnet Gewalt gegen Frauen als eine „Epidemie“ angesichts der Tatsache, dass eine von 20 Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren auf den Philippinen sexualisierte Gewalt erlebt hat. „Violence against women is a worldwide and national epidemic. The numbers are just too high [...]. It is an urgent situation and it has been going on for so very long“.⁴

Patriarchale Renaissance – Die Rolle Präsident Duterte

Rodrigo Duterte, der 16. Präsident der Philippinen, bettet viele seiner Handlungen und Aussagen in die patriarchale Kultur des Landes, nutzt und befeuert sie. Der von



Proteste am Internationalen Frauentag, 8. März 2019 (Foto: JsrGraphix)

ihm an den Tag gelegte Sexismus richtet sich gegen Frauen aller sozialen Gruppen. Am 4. Juni 2018⁵ küsste er Bea Kim, eine philippinische Migrantin in Südkorea während einer Konferenz auf den Mund. Der Regierungssprecher Harry Roque ließ als Antwort auf diesen Vorfall verlauten, dass Kim sich über den Kuss gefreut habe und geehrt gewesen sei, einen Kuss des Präsidenten zu erhalten. „I believe that an overwhelming majority of Filipinos continue to support the President and found the kiss a light moment that is very accepted in the culture of Filipinos,“ so Roque am 4. Juni 2018. Zudem „scherzte“ Duterte über den Wunsch, die Kandidatinnen des Schönheitswettbewerbs Miss Universe vergewaltigen zu wollen. Militärs, die im Kampf gegen den Islamischen Staat um die Stadt Marawi kämpften, erklärte Duterte, dass sie bis zu drei Frauen vergewaltigen dürften. In diesem Zusammenhang kam es tatsächlich zu der Androhung von Vergewaltigungen gegenüber Frauen, die infolgedessen Zuflucht in Evakuierungszentren suchten. Die Tatsache, dass sein Heimatort Davao zur Provinz mit der höchsten Zahl an gemeldeten Vergewaltigungsopfern gehört, begründete er damit, dass es in Davao nun einmal viele schöne Frauen gebe.⁶ Auf diese Weise bagatellisiert Präsident Duterte sexualisierte Gewalt, entbindet die Täter jeglicher Verantwortung und Rechenschaftspflicht und unterminiert vorherrschende Gesetze. Er macht deutlich, dass nicht nur er, sondern auch seine männlichen Gefolgsleute über dem Gesetz stehen.

Zum Thema Verhütung bekundete Duterte seine Ablehnung von Kondomen. Kondome seien „nicht genießbar“, so der Präsident und sprach sich für die Pille aus.⁷ Diese Aussage reproduziert ein hypersexuelles Bild von Männlichkeit und suggeriert, dass die männliche Befriedigung auch bei einvernehmlichem Sex über der Sicherheit und Gesundheit der Frau steht. Ein fatales Signal in einem Staat, in dem die Anzahl an ungewollten Schwangerschaften und HIV-Erkrankungen drastisch zunehmen.⁸

Seine sexistische Rhetorik stellt Duterte als Befreiung von einer „politisch korrekten Kultur“ dar, die die männliche Freiheit zu untergraben und zu dezimieren suche und in der Männer nicht mehr das sagen dürften was sie denken. Gleichzeitig gelte es Frauen und Kinder vor einer vermeintlichen, physischen Bedrohung durch Drogenkonsument*innen zu schützen. Eine Selbst-Inszenierung als „Befreier“ und schützende patriarchale „Vaterfigur“ (Tatay Digong), der allein die Lösung für komplexe Sachfragen bereithält. Doch dieses Bild entstand nicht im luftleeren Raum, sondern bedient bereits existierende heteropatriarchale Vorstellungen sowie eine konservativ-katholisch geprägte Sehnsucht nach einem Heilsbringer, der alles richtet, schützt, aber auch straft. Unter den euphorischen Unterstützer*innen finden sich Männer wie Frauen.

Feministischer Widerstand

Doch es gibt auch kritische Stimmen. Unter dem Schlagwort #Everywoman wendeten sich vor allem Frauen gegen Sexismus und die patriarchale Renaissance: Sie solidarisierten sich unter anderem mit Senatorin Leila de Lima, die während einer politisch motivierten Hetzkampagne beschuldigt wurde als Justizministerin unter Präsident Aquino in den Handel mit Drogen involviert gewesen zu sein. Mit Fotomaterial und einem Sex-Video, das sich später als konstruiert herausstellte, versuchten Regierungsvertreter*innen und regierungsnahen Senatoren*innen sie mit einer vermeintlichen Affäre moralisch zu diskreditieren. De Lima sitzt seit Februar 2017 in Untersuchungshaft. Ein Fall, der vertretend für alle Frauen steht, die mit vermeintlichen Sex-Videos erpresst werden.

Vor allem männliche Angreifer machen sich die patriarchale und konservativ-katholische Moralvorstellungen zunutze, in denen Frauen „monogam, sittsam und angepasst“ zu sein haben. Sie zielen darauf ab, ein Schamgefühl bei den Frauen hervorzurufen und sie damit, aus Sorge vor Gesichtsverlust und Herabwürdigung, zum Schweigen zu bringen.

Proteste wie unter #Everywoman mögen dabei unbedeutend wirken, legen jedoch immer wieder die heteropatriarchalen Normen offen. Sie enttabuisieren weibliche Sexualität, beleben den gesellschaftlichen Diskurs und werben für Emanzipation und Anerkennung.

Die Kampagne #BabaeAko (Ich bin eine Frau), die ebenfalls in den Sozialen Medien begann und sich nach dem angeblich einvernehmlichen Kuss des Präsidenten und der philippinischen Migrantin in Südkorea formierte, richtete sich gegen Sexismus und sexualisierte Gewalt. Inday Espina-Varona, Mitbegründerin von #BabaeAko, erklärte, dass insbesondere die Vorbildfunktion und die Normalisierung sexistischer Äußerungen durch Duterte problematisch seien: “With every misogynistic statement, he is saying ‘you can do the same because I get away with it’”⁹

Die Gründerinnen der Kampagne wurden von dem Magazin TIME in die Liste der 25 einflussreichsten Menschen des Internets 2018 aufgenommen. Und der Protest weitete sich aus. Am 8. März 2019, dem Internationalen Frauentag, gingen tausende Frauen gegen Frauenfeindlichkeit auf die Straße.

Der Kampf für Frauenrechte ist auf den Philippinen kein Produkt der Moderne. In vorkolonialer Zeit waren *babaylanes*, welche als Heilerinnen und Mittlerinnen zwischen der spirituellen und irdischen Welt fungieren, mit umfassender sozialer und politischer Macht ausgestattet. Diese wurde mit dem Aufkommen der Kolonialzeit unterbunden, nicht jedoch, ohne zahlreiche Widerstandsbewegungen

und anti-koloniale Proteste mit sich zu bringen. Auch heute noch agieren philippinische Frauen weltweit in Anlehnung an die babaylan Tradition und setzen sich für eine gerechte und soziale Gesellschaft auf den Philippinen ein.

Endnoten

- 1 2016 waren 54% der Überseearbeiter*innen (OFWs) Frauen. Philippine Statistics Authority (2017): Statistical Tables Overseas Filipino workers (<https://psa.gov.ph/content/statistical-tables-overseas-filipino-workers-ofw-2016>)
- 2 Philippine Commission on Women (2004): Republic Act 9262 (<https://pcw.gov.ph/law/republic-act-9262>)
- 3 Reese, Niklas (2019): Auf dem Weg zu mehr Emanzipation. In: Werneking, Rainer und Jörg Schwieger (Hg.): Handbuch Philippinen. Berlin: regiospectra Verlag, S. 139.
- 4 Tomacruz, Sofia (2019): Violence against women ‚epidemic‘ in PH – expert (<https://www.rappler.com/nation/225275-expert-violence-against-women-epidemic-philippines>)
- 5 Ranada, Pia (2018): Malacanang defends Duterte’s kiss: OFW was ‘honored’ by it (<https://www.rappler.com/nation/204133-malacanang-defends-duterte-kiss-ofw-south-korea>)
- 6 Ranada, Pia (2018): Duterte explains rape cases in Davao: ‘Many beautiful Women’ (<https://www.rappler.com/nation/210792-duterte-many-rape-cases-davao-beautiful-women>)
- 7 Conde, Carlos (2018): Duterte’s Condom Criticism Imperils Philippine HIV Fight (<https://www.hrw.org/news/2018/02/16/dutertes-condom-criticism-imperils-philippine-hiv-fight>)
- 8 Im Jahre 2008 wurden täglich zwei Menschen mit HIV-AIDS diagnostiziert. Zehn Jahre später waren es 32 pro Tag. Tomacruz, Sofia (2018): ‚32 Filipinos test positive for HIV Aids daily‘ (<https://www.rappler.com/nation/212851-daily-hiv-aids-new-cases-2018-philippines>)
- 9 Time (2018): 25 Most Influential People on the Internet (<https://time.com/5324130/most-influential-internet/>)

Die Autorinnen

Kathrin Spenna ist Studierende der Südostasienwissenschaft an der Uni Bonn und Teil des Vorstands des philippinenbüro e. V.

Hannah Wolf ist stellvertretende Geschäftsführerin und Bildungsreferentin des philippinenbüro e. V. Die gelernte Politik- und Verwaltungswissenschaftlerin hat über sieben Jahre in den Philippinen gelebt und war vor Ort in der Menschenrechtsarbeit und Katastrophen Nachsorge tätig.

Thailand: Wenn gute Menschen Hilfssheriff spielen – Ein Beispiel für Autoritarismus von unten

Von Praphakorn Wongratanawin

In Thailand werden monarchiekritische Personen nicht nur online an den Pranger gestellt und diffamiert. Immer wieder kommt es zu gewalttätigen Übergriffen auf Andersdenkende, auch auf im Ausland lebende Thailänder*innen. Gerade die Diaspora spielt eine wichtige Rolle bei der Identifizierung und Verbreitung der Identität von Kritiker*innen.

Am 13. Oktober 2016 verstarb König Bhumipol Adulyadej im Alter von 88 Jahren. Sein Tod stürzte das Land in tiefe Trauer und Ungewissheit. Ein 30 Tage geltendes Verbot für Unterhaltungsprogramme, Festlichkeiten und Wettbewerbe wurde verhängt. Die Militärregierung ordnete eine einjährige Staatstrauer an und forderte die Bevölkerung dazu auf, sich angemessen zu kleiden.

Doch nicht alle hielten sich strikt an diese Anordnungen. Viele Thailänder*innen empfanden dies als respektlos und sahen sich in ihren Gefühlen für das Königshaus verletzt. Online wie offline versuchten sie, mit aller Härte gegen jene Menschen vorzugehen, die sich ihrer Meinung nach nicht angemessen verhielten.

Hetze, verbale Gewalt und körperliche Übergriffe

Besonders in den ersten drei Wochen nach dem Tod des Königs kam es zu verbalen und körperlichen Übergriffen gegen vermeintliche Kritiker*innen der Monarchie. Ihre persönlichen Daten und Fotos wurden im Internet veröffentlicht und weiterverbreitet. Im Internet entlud sich eine Welle von Hasskommentaren, Beschimpfungen und Morddrohungen. An verschiedenen Orten in Thailand zogen aufgebrachte Mobs vor die Häuser derer, die angeblich respektlose Kommentare gegenüber der thailändischen Monarchie gepostet hatten. Die Opfer wurden aus ihren Wohnungen gezerrt und gezwungen, öffentlich vor dem

Porträt des Königs niederzuknien und sich für ihre despektierlichen Äußerungen oder ihr unangemessenes Verhalten zu entschuldigen.

Neben diesen organisierten Übergriffen kam es zu spontanen Aktionen einzelner Königstreuer. In Bangkok ohrfeigte eine Passantin vor den Augen mehrerer Polizist*innen eine ältere Frau, weil sich diese angeblich beleidigend gegenüber dem König geäußert hatte. Ein mit einer Pistole bewaffneter Mann filmte sich und kündigt an, Menschen zu erschießen, die sich verächtlich über den verstorbenen König äußern. Einige Königstreue machten heimliche Fotoaufnahmen von Personen, die sich nicht in schwarz kleideten, und prangerten sie im Internet an.

Die Diasporagemeinschaften wirken aktiv mit

Befeuert durch den Hass und die Hetze in Thailand, die in den sozialen Medien eine große Reichweite hat, erreichten die Spannungen schließlich auch eine transnationale Dimension.

Ein thailändischer Betreiber eines Restaurants in Australien wurde so unter Druck gesetzt, dass er einen Angestellten, der sich monarchiekritisch geäußert hatte, entließ. Namen und Adressen von in Belgien und Deutschland lebenden Kritiker*innen der Monarchie wurden gemeinsam mit Aufrufen zur Gewalt gegen sie auf *facebook* veröffentlicht. In Schweden folgten drei thailändische Monarchist*innen einer im Internet verbreiteten Aufforderung zu Gewalt und bedrohten eine Thailänderin vor ihrer Wohnung. In Frankreich wurde eine wegen Majestätsbeleidigung angeklagte Geflüchtete in einem Schnellrestaurant von einem königstreuen Thai erkannt und gefilmt. Das auf *facebook* live übertragene Video animierte einige Royalist*innen, zum Restaurant zu eilen, um die Frau zu attackieren.

Selbstorganisierte Gruppen bedingungsloser Verfechter*innen der Monarchie

Es gibt eine Vielzahl von royalistischen *facebook*-Seiten, die während des Interregnums besonders intensiv an der Hetze im Internet beteiligt waren. Sie trugen mit *hashtags* und der Weiterverbreitung von *posts* dazu bei, Cybermobbing und eine wirksame Massenmobilisierung gegen Personen, die als antimonarchistisch gebrandmarkt wurden, zu unterstützen.

Eine zentrale Rolle spielt der Militärarzt Rianthong Nana und seine *Rubbish Collection Organisation* (RCO – Müllsammler-Organisation). In Rianthongs Augen sind Menschen mit kritischer Haltung zur Monarchie „sozialer Müll“. Sie würden Ideen verbreiten, die die nationale Sicherheit und die thailändische Monarchie gefährden. Rianthong gilt den königstreuen thailändischen Cyberaktivist*innen durch seine offenkundig autoritär-monarchistische Haltung als guter Mensch und Vorbild.

Die RCO steht an vorderster Front der Hexenjagd gegen die Feinde der Monarchie. Sie will Thailand innerhalb von zwei Jahren vom „sozialen Müll“ befreien. Ihre Maßnahmen bestehen darin, vermeintliche Majestätsbeleidigungen in den sozialen Netzwerken aufzuspüren, polizeilich zu melden und Personen auf der *facebook*-Seite der RCO an den Pranger zu stellen.

Bereits kurz vor dem Ableben des Königs wurden persönliche Informationen zu Andersdenkenden und deren Helfer*innen auf der *facebook*-Seite der RCO veröffentlicht. Sie wurden beleidigt und dämonisiert und es wurde zu ihrer Verfolgung aufgerufen. Insbesondere wurde an die thailändischen Netzbürger*innen im Ausland appelliert, in ihren Kreisen Monarchie-Kritiker*innen und deren Helfer*innen zu identifizieren und sozial zu isolieren.

Hilfssheriffs erhalten Unterstützung durch die thailändische Regierung

Online wie in der realen Welt waren selbst ernannte Hilfssheriffs unterwegs, die zur Jagd von Kritikern*innen der Monarchie bliesen und ihre Affinität zur Gewalt offen mit extremen Beschimpfungen zeigten. Die sozialen Medien wie auch die sonstige Öffentlichkeit wurden so zu einem rechtsfreien Raum. Viele Thailänder*innen griffen aus Selbstschutz zur Selbstzensur oder versuchten, ihre Trauer deutlich zur Schau zu stellen – zum Beispiel durch das Anbringen eines schwarzen Bands auf ihrer Kleidung.

Gegen die von den Royalist*innen ausgeübte Selbstjustiz unternahm die thailändische Militärregierung nichts. Sie

appellierte vielmehr an die Öffentlichkeit, von monarchiekritischen Äußerungen abzusehen. Die Kompetenzen des *Cyber Security Operating Center*, der nationalen Behörde für Cybersicherheit, wurden erweitert und das Majestätsbeleidigungs- sowie das Computerkriminalitätsgesetz wurden vermehrt genutzt, um Kritiker*innen zu verfolgen und mundtot zu machen. *Facebook*, *YouTube* und *Twitter* wurden fortan nicht nur durch königstreue Privatleute, sondern auch vom Staat überwacht und monarchiekritische Äußerungen zum Beispiel durch das Blockieren von Webseiten sanktioniert.

Die Kontrolle der Militärregierung reicht bis in die Diaspora hinein, so dass es auch aus der Ferne nicht möglich ist, die thailändische Monarchie gefahrlos zu kritisieren. Zur Bekämpfung der Majestätsbeleidigung außerhalb der eigenen Staatsgrenzen hat die Regierung mehrere Länder aufgefordert, Thailänder*innen, die sich der Diffamierung der Monarchie verdächtig gemacht haben, nach Thailand auszuliefern.

Ideologie der thainess als eine Ursache für das Auftreten von Hilfssheriffs

Die Aktionen der Hilfssheriffs lassen sich zum einen als spontane Reaktionen erklären, die sich aus einer tief empfundenen Liebe zum verstorbenen König und der Empörung über – aus ihrer Sicht – unangemessene Reaktionen auf dessen Tod speisen. Entscheidend für ihr Handeln ist die Frustration über die als unzureichend empfundenen Maßnahmen der Militärregierung gegen Majestätsbeleidigung.

Um das Phänomen der Hilfssheriffs verstehen zu können, ist jedoch zusätzlich der ideologische Rahmen, in dem sich die Akteure bewegen, von Bedeutung. Monarchie, Nation und Religion sind die *Drei Pfeiler des Thai-Seins* (*thainess*) und für die Identität thailändischer Bürger*innen unabdingbar. Nach dieser Wertvorstellung bewahren und beschützen gute Menschen diese *Drei Pfeiler des Thai-Seins*. Menschen, die einen Stützpfeiler des *Thai-Seins* anzweifeln oder kritisieren, untergraben die wichtigsten Institutionen des Landes. Sie gelten dann nicht nur nicht mehr als „thai“, sondern vielen gar als „lebensunwert“ und ihnen wird das Menschsein abgesprochen. Diese Auffassung kommt in den zahlreichen Beleidigungen und Aufforderungen zur Gewalt, die seit dem Tod des Königs in den sozialen Medien kursieren, zum Ausdruck. Dort finden sich Wörter wie „Hundezecke“, „Abschaum der Erde“, „hungriger Geist“, „Cholera“, „erschießen“, „zerhacken“, „ausrotten“. Das Vorgehen gegen Kritiker*innen der Monarchie begreifen ‚gute Menschen‘ als ihre patriotische Pflicht.



Trauerzeremonie am Brandenburger Tor in Berlin am 30. Oktober 2016 (Foto: Sorayut Aiemueayut)

Zum ideologischen Rahmen gehört auch der Glaube an starke Führer*innen, die in Krisenzeiten auftreten und die Ordnung wiederherstellen. Diese tief im Denken verwurzelte Vorstellung kann den Erfolg von Rianthong und zahlreichen Organisator*innen von Aktionen gegen vermeintliche Monarchiekritiker*innen erklären. In ihrer radikalen Rhetorik und ihren Aufforderungen zur Gewalt finden viele Thailänder*innen Merkmale der starken Führer*innen, der sich in Abwesenheit einer durchsetzungsstarken Regierung in den Dienst der Wiederherstellung von Ordnung und Gerechtigkeit stellt.

Autoritäre Sozialisation und nationalistische Indoktrinierung tragen Früchte

Ein in Familien gelebter autoritärer Erziehungsstil und eine stark hierarchisch geprägte Gesellschaft begünstigen den Wunsch nach Führerfiguren. Dazu gesellt sich eine autoritär-nationalistische Indoktrinierung durch Bildung und staatliche Medien, welche die Monarchie zum Identitätsträger sowie zum Staats- und Lebensideal erklärt, die es zu bewahren und im Ernstfall zu verteidigen gilt. In ihr werden Andersdenkende als Feinde, die die Fundamente der thailändischen Gesellschaft gefährden, dargestellt.

Zudem wurde in jüngster Zeit eine Liste von zwölf idealen Grundwerten für Thailänder*innen mit der Anweisung

veröffentlicht, dass alle Kinder diese auswendig zu lernen haben. Zur Sensibilisierung der Bevölkerung für diese Werte werden im ganzen Land Jugendcamps gegründet. Diese Indoktrinierung schafft die Voraussetzungen dafür, dass sich gewaltbereite Royalist*innen als gute Menschen stilisieren und eine breite Gefolgschaft aufbauen können.

Von Seiten des Staates werden systematisch Methoden zur Unterdrückung und Überwachung von Andersdenkenden wie das *Lèse-Majesté*-Gesetz und das Gesetz zur Bekämpfung der Computerkriminalität entworfen. Ein im Jahr 2010 eingeführtes Cyberscout-Programm rekrutiert landesweit Schüler*innen zur Ausbildung zum Cyber Scout, zum Spitzel, der die sozialen Medien auf Majestätsbeleidigungen überwacht und bei den Behörden meldet.

Gesellschaftliche Wertvorstellungen und staatliches Handeln tragen dazu bei, dass sich Personen mit nationalistischer Überzeugung leicht radikalieren können. Die autoritäre Haltung in der Gesellschaft und die von Hysterie begleitete Angst vor antimonarchistischen Umtrieben können aus einem royalistisch-patriotischen guten Menschen eine tickende Zeitbombe werden lassen.

Ultranationalistische Diaspora

Diaspora-Thailänder*innen pflegen enge Kontakte mit ihrem Herkunftsland und haben einen starken emotionalen



„Heute habe ich Zeit und mache Schießübungen“ (steht als Kommentar über einem Foto von Aum Neko, Antimonarchistin und Geflüchtete, Screenshot Facebook)

Rückbezug darauf. Das Gefühl, am Wohnort bzw. Zielland nicht akzeptiert zu sein, bewirkt häufig eine Betonung eigener Identifikationsmuster im Sinne einer öffentlich zur Schau gestellten Hinwendung zur eigenen Identität, die sich durch eine nationalistische Haltung und Verehrung des Königs ausdrückt. Es existieren zahlreiche Organisationen, die die thailändische Kultur und Identität in der Diaspora pflegen und lebendig halten. Auch unmittelbar an der Politik in Thailand beteiligen sich Gruppen und Individuen in der Diaspora aktiv, zum Beispiel als Unterstützer*innen von Politiker*innen oder durch öffentliche Demonstrationen und Diskussionen.

Zu den negativen Folgen des Patriotismus von Diaspora-Thailänder*innen zählt die Überwachung der Linientreue ihrer Landsleute in den sozialen Netzwerken und Kommunikationskanälen. Bei abweichenden Meinungen müssen Kritiker*innen und Dissident*innen mit emotionalen Reaktionen ihrer ultranationalistischen Landsleute rechnen, die von Tadel und Kritik bis zur körperlichen Gewalt reichen. Der Tod des Monarchen führte zu einer Situation, in der autoritär erzogene und nationalistisch geprägte Diaspora-Thailänder*innen beträchtliche Energien für die Mobilisierung gegen Kritiker*innen der Monarchie während des Interregnums aufwandten.

„Autoritäre gute Menschen“: der ideale Nährboden für autoritäre Herrschaft

Die Ereignisse nach dem Tod des Monarchen Bhumipol Adulyadej im Jahr 2016 brachten Strukturen innerhalb der thailändischen Gesellschaft zum Vorschein, die für Außenstehende zuvor so nicht deutlich sichtbar waren. Radikale Wortführer*innen machten im Internet wie vor Ort mobil gegen Landsleute, die vermeintlich kritisch zur Monarchie standen. Die starke Befürwortung von autoritären Werten macht die Mehrheit der Bevölkerung für diese Wortführer*innen hochgradig mobilisier- und instrumentalisierbar.

Die autoritären Einstellungen, die sich im Phänomen der Verfolgung von Monarchiekritiker*innen nach dem Tod des Königs zeigen, mögen auch erklären, wieso sich die autoritäre Herrschaft des Militärs keiner ernsthaften Bedrohung durch eine breite Opposition ausgesetzt sieht. Die Ursachen für das Funktionieren des Autoritarismus in Thailand liegen im Zusammenspiel von autoritären Einstellungen von unten und der autoritären Herrschaft von oben. Geprägt von nationalistischer Ideologie und Untertanenmentalität ist die thailändische Gesellschaft empfänglich für starke Führer*innen, die Ordnung und die Einhaltung der Gesetze – um jeden Preis – garantieren.

Viele Thais sehen im Militär weiterhin die einzige Institution, die für Ordnung sorgen kann. Unter dem Vorwand, die thailändische Identität und Einheit zu beschützen, tritt das Militär als Wächter der Nation, des Königs und des Volkes auf. Die Opposition wird systematisch mundtot gemacht. Demokratische Grundrechte und Freiräume werden massiv eingeschränkt. Den tief sitzenden Hass gegen Andersdenkende in der thailändischen Gesellschaft macht sich die Armeeführung zu Nutze, um ihre autoritäre Herrschaft zu konsolidieren.

Die Autorin

Praphakorn Wongratanawin studierte Social Sciences for Development an der Universität Silpakorn in Thailand und Politik und Geschichte Südasiens in Heidelberg. Sie ist Mitglied im Kuratorium und des Arbeitskreises Thailand in der Stiftung Asienhaus.

Indien: Kapital und Hindunationalismus Hand in Hand

Von Dominik Müller

Indien liegt im internationalen Trend: Mit dem Wahlsieg der Indischen Volkspartei Bharatiya Janata Party (BJP) 2019 hat sich auch auf dem Subkontinent wieder eine Partei durchgesetzt, die klar im äußersten rechten Lager zu verorten ist und gleichzeitig von nationalen und internationalen Konzernen und Wirtschaftsgrößen hofiert wird.

Das ist das neue Image: Indien, ein global player auf dem Weg zur Weltmacht. Raumfahrtprogramme, militärische Aufrüstung, Sonderwirtschaftszonen und ganze neue Städte sollen entstehen. Indien als Investitionsstandort. 2018 sogar mit höheren Wachstumsraten als China.

Wahlkampf mit Angst

Seit 2014 regiert die BJP mit absoluter Mehrheit, bei den Wahlen 2019 konnte sie ihre Stimmenanteile sogar noch erhöhen. Der überwältigende Wahlsieg kam überraschend, denn der Modi-Regierung war es in der letzten Legislaturperiode überhaupt nicht gelungen, die gemachten Wahlversprechen unter dem Motto „Ache Dhin“ – „Die guten Tage kommen“ zu erfüllen: Die Entwertung eines großen Teils des indischen Bargeldes, Ende 2016 faktisch über Nacht angeordnet und durchgeführt, stürzte die ärmeren Schichten in große Not. Unter der Einführung der Umsatz- und Mehrwertsteuer hatte vor allem der Straßenhandel zu leiden, nach der Landwirtschaft die bedeutendste Einkommensquelle der Bevölkerung. Die Verschuldung der Landwirt*innen hat weiter zugenommen und gilt als wichtigster Grund für die stetig steigende Zahl der Selbstmorde. 600 Millionen der 1,3 Milliarden Inder*innen sind unter 25 – aber das versprochene Jobwunder blieb aus. 90 Prozent der 58 Kabinettsmitglieder der neuen Regierung verfügt über ein Vermögen von mehr als zwei Millionen US-Dollar. Gegen ein Drittel der Minister*innen sind Ermittlungsverfahren anhängig, u.a. wegen Wahlbetrug, Erpressung, Hassreden und Mordversuch.



Narendra Modi auf einem Berg von Totenköpfen: Wandmalerei auf dem Campus der Jawaharlal Nehru Universität in Neu Delhi (Foto: Dominik Müller)

Auch die Mobilisierung großer Proteste gegen die Regierungspolitik konnte die Wahl nicht entscheidend beeinflussen: Die großen Proteste der Landbevölkerung im Dezember 2018 und der zweitägige Generalstreik im Januar 2019, an dem sich immerhin etwa 180 Millionen Inder*innen beteiligten.

Wie gelang es also der BJP, die Wahlen dennoch für sich zu entscheiden? Das Erfolgsrezept ist vielschichtig: Zum einen war da der stark personalisierte Wahlkampf, zugeschnitten auf Modi, der keinen finanziellen Aufwand scheute. In den letzten Monaten des Wahlkampfes bestritt er etwa 200 Auftritte, in denen er die schlechte Performance mit keinem Wort erwähnte und statt auf „Entwicklung“ und „Ache Dhin“ nun auf „Sicherheit“ setzte.

Modi präsentierte sich dabei als oberster „Wachmann“, stilisierte zusammen mit seinen Gesinnungsgenossen*in-



*Citizensnagar, „Bürgersiedlung“, heißt ein Slum am Stadtrand der Millionenmetropole Ahmedabad im Bundesstaat Gujarat. Es liegt zwischen der städtischen Müllkippe und einer Chemiefabrik. Bewohnt wird es von Muslim*innen, die während der Pogrome von 2002 aus anderen Stadtteilen fliehen mussten (Foto: Dominik Müller)*

nen aus dem Lager der Hindutva („Indien den Hindus“) die hinduistische Bevölkerungsmehrheit als Opfer von Verschwörungen islamischer Kräfte und aus Pakistan gesteuerter Terroranschläge. Die BJP ist dabei nur der politische Arm einer viel mächtigeren Struktur verschiedener hindunationalistischer Organisationen. Dazu zählt der mächtige Weltrat der Hindus als religiöse Vorfelddorganisation, Studierenden- und Jugendverbände, ein Netzwerk von 20.000 Schulen und der mittlerweile größte Gewerkschaftsdachverband. Beim nationalen Freiwilligenkorps Rashtriya Swayamsevak Sangh (RSS) laufen alle Fäden zusammen.

Unter Narendra Modi als Chiefminister des Bundesstaates Gujarat ereignete sich 2002 das schlimmste Pogrom auf dem Subkontinent im neuen Jahrtausend: Niedergebrannte Siedlungen, vergewaltigte Frauen, Massenvertreibung und mehr als 1000 Tote, mehrheitlich Muslim*innen. Modi hatte den hindunationalistischen Mob, bestehend aus Mitgliedern des RSS, des Weltrates der Hindus (VHP) und sogar einigen hochrangigen Politikern der BJP, mehrere Tage gewähren lassen.

Büttel der Konzerne

Ein Jahr später, fast genau zum Jahrestag der Pogrome, lud er zum ersten internationalen Wirtschaftsgipfel „Vibrant Gujarat“, „Dynamisches Gujarat“ ein. Indische und ausländische Konzernchef*innen kamen, darunter Shell und

General Motors. Seitdem findet er alle zwei Jahre statt und konnte auch die japanische und kanadische Regierung als Partner gewinnen.

Bei jedem Gipfel, so heißt es, werden mehr als 10.000 Geschäfte abgeschlossen und dutzende Investoren nach Gujarat geholt, in die zahlreichen Sonderwirtschaftszonen. Hyundai, Ford und Peugeot aus der Autobranche sind dort, die deutschen Chemieriesen BASF, Bayer und Lanxess und ihr US-amerikanischer Konkurrent Dupont, der Maschinenbauer Bosch und der Flugzeug- und Zugfabrikant Bombardier. Auch der deutsche Mittelstand gründet jedes Jahr neue Niederlassungen in Gujarat.

Mit Vibrant Gujarat war es Narendra Modi gelungen, ein neues Bild von sich und dem Bundesstaat Gujarat zu kreieren: Ein Investorenparadies. Zweistelliges Wirtschaftswachstum. Nirgends in Indien wurden Kleinbäuer*innen schneller für Sonderwirtschaftszonen enteignet, nirgends Streiks effektiver im Keim erstickt.

Auch Wirtschaftskapitäne wie Ratan Tata, der eines der größten Konzernkonglomerate aufgebaut hat und lange als liberales Aushängeschild des indischen Kapitals galt, setzt heute auf die Hindunationalist*innen. Narendra Modi zog ihn 2009 auf seine Seite, als er den Großkonzern Tata dazu bewegte, die Produktionsstätte des Nano, des billigsten Autos der Welt, in Gujarat anzusiedeln. Man wäre dumm, würde man als Unternehmer*in nicht nach Gujarat gehen,

meinte damals Ratan Tata, bis Ende 2012 Vorstandsvorsitzender des gleichnamigen Megakonzerne aus Indien.

Während Wirtschaftsreformen in Indien unter der früheren Kongress-Regierung, etwa die Privatisierung öffentlichen Eigentums und staatlicher Konzerne, Mehrheitsbeteiligungsrechte für ausländische Investoren und die Reform der Arbeitsgesetze, vielen Investoren viel zu langsam voran gingen, wurde das „Modell Gujarat“ gelobt: Ende 2013, wenige Monate vor den damaligen Wahlen, aus denen Modi als Premier hervorging, veröffentlichte die US-Bank Goldman Sachs eine Prognose über die Entwicklung der Wirtschaft in Indien. Schon der Titel „Modi-fying our view“ war eine wenig subtile Wahlempfehlung. Modi sei „ein Agent des Wandels, der Indien von einem Leichtgewicht zu einem Marktschwergewicht aufwerten würde. Eine von der BJP geführte Regierung sei „für eine erhöhte Nachfrage nach Investitionen zuträglich“. Es gab kein Presseorgan, das den Goldman-Sachs Bericht nicht zitierte.

Eigentlich wurde im Ausland Modis Aufstieg lange für unmöglich gehalten. Die USA und einige europäische Länder betrachteten ihn wegen seiner Rolle bei den Pogromen 2002 als Persona non grata und verweigerten ihm Einreise-Visa. Doch 2012 sprach ihn eine Sonderkommission, eingesetzt vom Höchsten Gericht in Indien, von jeder Verantwortung frei. Dieses Urteil sei allerdings „durch die Unterdrückung einer großen Menge belastender Beweise durch die Sonderermittlungskommission zu Stande gekommen“, befand die Tageszeitung Times of India.

Nachdem er im September 2013 zum Spitzenkandidaten der Indischen Volkspartei BJP gekürt wurde, rissen die Besuche von Wirtschafts- und Politikdelegationen aus dem Ausland bei Modi nicht mehr ab. Auch der Geschäftsführer der deutsch-indischen Handelskammer, Bernhard Steiner, ist von der Unschuld Modis überzeugt, schließlich sei „Indien eine Demokratie und ein Rechtsstaat“.

Nicht weit entfernt von Steiner's Büro im „Maker Tower“, einem der Hochhäuser der beeindruckenden Skyline Mumbais, steht das größte Einfamilienhaus der Welt, mit 27 Stockwerken, 600 Dienstboten und drei Hubschrauberlandeplätzen. Dort lebt einer der wichtigsten Modi-Vertrauten und Förderer: Mukesh Ambani und seine Familie. Er ist Multimilliardär und Lenker von Reliance Ltd, dem größten indischen Industriekonglomerat.

Schon wenige Tage nach dem Amtsantritt des Premierministers 2014 hatte Ambani das größte Geschäft abgewickelt, das der indische Mediensektor jemals gesehen hatte: Für umgerechnet 700 Millionen US-Dollar kaufte Ambani „Network 18“ mit seinen Fernsehsendern, Magazinen und Internetseiten, die im zurückliegenden Wahlkampf offensiv für die BJP und Modi warben.

Nicht nur der Mediensektor setzt auf Modi: Kohle, Bauxit, Zinn und vor allem hochwertiges Eisenerz lagern in mehreren zentralindischen Bundesstaaten in großen Mengen unter der Erde. Erst ein Bruchteil davon wird abgebaut – unter anderem, weil Adivasi, die indigene Bevölkerung Indiens, die dort in den Wäldern leben, sich gegen ihre Vertreibung zur Wehr setzen. Obwohl in den vergangenen Jahren die Überfälle maoistischer Guerillas auf Militär, Polizei und Industrie stark zurückgegangen sind, hat die BJP-Regierung die Anzahl der Soldaten in der Region auf mehr als 100.000 erhöht.

Als einer der wichtigsten Förderer von Modi gilt neben Mukesh Ambani der Industrielle Gautam Adani und sein gleichnamiger Konzern. Schon während Modi Ministerpräsident in Gujarat war, konnte Adani mit seiner Hilfe im Bundesstaat Großprojekte durchsetzen und z.B. eine Sonderwirtschaftszone mit Containerhafen errichten, auf einer Fläche von 60 Quadratkilometern. Es ist der größte Hafen Indiens und in der Sonderwirtschaftszone steht das größte Kohlekraftwerk des Subkontinents. Mangrovenwälder wurden dafür großflächig abgeholzt, die angrenzenden Fischerdörfer klagen über Wasserverschmutzung und Flugasche. Die Vorgängerregierung in Delhi hatte deshalb von Adani umgerechnet 25 Millionen Euro Strafzahlungen gefordert. Ein Gericht untersagte sogar die weitere Ansiedlung von Unternehmen in der Wirtschaftszone. Im Juli 2014, die Modi-Regierung war kaum an der Macht, da stellte sie Adani ohne weitere Prüfung die lang ersehnte Umwelt-Unbedenklichkeitsbescheinigung aus und stornierte die Forderung.

Repression und Spaltung

Dem Widerstand gegen diese Politik begegnet die Modi Regierung mit harter Repression. Schon in der vergangenen Legislaturperiode wurden viele Menschenrechts- und Umweltaktivist*innen inhaftiert und mit fadenscheinigen Begründungen als „Maoist*innen“ verurteilt. Die Vereinten Nationen und Amnesty International haben deshalb bei der indischen Regierung interveniert – aber Politiker*innen der BJP weisen das Ansinnen als Einmischung in innere Angelegenheiten zurück.

Amnesty International ist in Indien ohnehin in Misskredit geraten. Die Regierung hat die Konten der Menschenrechtsorganisation eingefroren. Ebenso wie die von Greenpeace und zahlreichen indischen Organisationen, die sich für Umweltschutz und Menschenrechte einsetzen. Im Juli 2014, kurz nachdem Narendra Modi erstmals sein Amt angetreten hatte, erschien ein als „geheim“ klassifizierter Bericht des indischen Inlandsgeheimdienstes im Internet. Aus dem Ausland finanzierte indische NGOs würden darauf hinarbeiten, „Entwicklungsprojekte zu verhindern“. Das umfasse „die Agitation gegen Atomkraftwerke, Uran-



Die alten, meist zwei bis dreistöckigen Arbeiter*innen-Mietshäuser in der Altstadt von Mumbai verschwinden zu Gunsten von Hochhäusern mit teuren Eigentumswohnungen für die Mittelschicht (Foto: Dominik Müller)

minen, Kohlekraftwerke, genetisch modifizierte Organismen, industrielle Großprojekte, Staudämme und andere extraktive Industrien“ heißt es dort weiter, und „die negative Auswirkung auf das Wachstum des Bruttosozialprodukts wird auf 2–3 Prozent jährlich geschätzt“. Eine klare Kampfansage.

Die BJP ist heute eine der reichsten Parteien der Welt: Während sie NGOs die Konten einfriert, fließen auf ihre Konten Spenden in nie gekanntem Ausmaß. Dazu beigetragen hat ein 2017 verabschiedetes Gesetz zur Parteienfinanzierung. Nun kann jede/r Bürger*in und jede in Indien ansässige Körperschaft – also auch Unternehmen aus dem Ausland mit Sitz in Indien – der Partei ihrer Wahl große Geldsummen über die Staatsbank zukommen lassen und sogenannte „Wahl-Bonds“ erwerben. Allein in den Monaten März und April 2019 gingen so 500 Millionen US-Dollar ein, fast ausschließlich für die BJP und als Großspenden. Und anders als beispielsweise in den USA bleiben in Indien die Spender*innen für die Öffentlichkeit anonym.

Seit die Regierung im Amt bestätigt wurde, ist es erneut zu Lynchmorden vor allem an Muslim*innen und Dalits gekommen. Viele blieben ungeahndet, in einigen Fällen wurden die Täter*innen von Politiker*innen der BJP sogar anschließend als Held*innen gefeiert. Dabei ist das Ende der Gewaltspirale noch längst nicht erreicht, der Terror wird „institutionalisiert“: Eine regelrechte ethnische Säuberungswelle wird derzeit im nordöstlichen Bundesstaat Assam vorbereitet. Alle 35 Millionen Einwohner*innen müs-

sen beweisen, dass sie oder ihre Eltern bereits vor 1971 in Assam lebten. Sonst verlieren sie ihre Staatsbürgerschaft. Anfang September wurde eine Liste mit 1,9 Millionen Namen veröffentlicht, die ihre Staatsbürgerschaft verloren haben – vor allem Muslim*innen. Die Behörden haben damit begonnen, sie aus ihren Siedlungen zu vertreiben und zu internieren.

Assam ist nur ein Versuchslabor. Innenminister Amit Shah, der die vermeintlichen Einwander*innen auch als „Ungeziefer“ bezeichnet, hat angekündigt, die Staatsbürgerschaft ähnlich wie in Assam überall in Indien zu überprüfen. Die BJP wird auch künftig auf eine Politik des „Teile und Herrsche“ entlang religiöser Identitätspolitik setzen. Eine Politik, die schon die britische Kolonialmacht praktizierte.

Der Autor

Dominik Müller, Journalist und Buchautor, produziert Radiofeatures aus Indien für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten.

Kerzenlicht-Revolution in Südkorea

Erinnerungen an die vergessene Vielfalt in postfaktischen Zeiten

Von Do Youngwon

Als die Präsidentin Park Geun-hye 2017 im Zuge der anhaltenden Proteste ihres Amtes enthoben wurde, war dies ein Sieg der Bevölkerung. Die Kerzenlicht-Revolution war eine friedliche und freiwillige öffentliche Bewegung, die vom Oktober 2016 bis April 2017 stattfand. Dabei protestierten rund zwei Millionen Bürger*innen mit Kerzen gegen die bestehende undemokratische Regierung. Dies führte zwar zu einer neuen Präsidentschaftswahl, doch steckte hinter den Protesten viel mehr als nur eine Kampagne für den nächsten Präsidenten. Das wirklich Revolutionäre an der Kerzenlicht-Revolution war der starke Wille der Bevölkerung, Teil dieser Veränderungen zu sein, jeweils mit unterschiedlichen sozialen Zielen, aber alle gleich in ihren Bemühungen, diese umzusetzen.

Unter den Demonstrant*innen gab es mehr Vielfalt, als dies von Außen – oder auch von Innen – den Anschein hatte. Das Potential der feministischen Gemeinschaft stach dabei besonders hervor. Sie organisierte die Demonstrantinnen, verhinderte potentielle geschlechterspezifische und sexuelle Gewalt gegen diese und startete Kampagnen, um frauenfeindliche Kommentare von den Protesten und Reden zu verbannen. Außerdem waren Aktivist*innen für Studierenden- und Jugendrechte beteiligt, sowie viele weitere junge Protestierende. Diese erinnerten die ältere Generation daran, sie als gleichgestellte Bürger*innen wahrzunehmen und für das Wahlrecht von Jugendlichen einzutreten. Die Regenbogenflagge, die symbolisch für den Stolz der LGBTIQ+-Gemeinschaft steht, sowie Menschen mit Behinderung und obdachlose Personen waren zu sehen. Insgesamt lässt sich die Bewegung als eine der provokantesten politischen Bewegungen des letzten Jahrzehnts bezeichnen, in der die Vielfalt verschiedener sozialer Gruppen nicht nur gezeigt, sondern auch gelebt wurde.

Gleichzeitig führten die inneren Konflikte auch dazu, dass es nicht nur Übereinstimmung gab. Nicht alle teilten die feministische Überzeugung, dass es wichtig ist, dass die Proteste für Frauen sicher sind. Tatsächlich wurden – für

manche überraschend, für andere weniger – viele Fälle von sexueller Belästigung und sexuellen Übergriffen gemeldet. Dies führte unter den Demonstrantinnen zu Konflikten; einige wollten nicht mehr teilnehmen und fühlten sich unwohl bei den Demonstrationen, die zum Großteil aus älteren Männern bestand. Die moderne Geschichte zeigt, dass auch die Arbeiter*innenbewegung in Südkorea überwiegend aus Männern bestand. Andere argumentierten hingegen, dass Frauen gerade deshalb teilnehmen sollten, weil es ihr gutes Recht sei. Diese Diskussionen wurden sowohl innerhalb als auch außerhalb der Proteste geführt. Damit hatten die Frauen ihre eigene Revolution innerhalb der eigentlichen Revolution.

Als das oberste Gericht die Amtsenthebung von Präsidentin Park Geun-hyes verkündete, schienen viele Probleme gelöst – andere blieben jedoch bestehen. Diejenigen Demonstrant*innen, deren Ziel es war, Moon Jae-in, den Oppositionsführer, als neuen Präsidenten zu wählen, gingen davon aus, dass der Protest zu Ende sei. Sie wollten nun Moon Jae-in voll und ganz unterstützen. Auf der anderen Seite wurde jedoch schnell deutlich, dass nicht alle mit diesem Resultat zufrieden waren.

Die politikwissenschaftliche Theorie des „Issue Ownership“ besagt, dass politische Parteien versuchen, die Besonderheiten anderer Parteien zu ‚übertrumpfen‘, sobald diese mit ihrem Programm Aufmerksamkeit erhalten. So gab es einige Jahre vor der Revolution in Südkorea bereits einen beispiellosen Aufstieg des Feminismus auf öffentlicher und politischer Ebene. Feminismus war – und ist immer noch – eines der bedeutsamsten Themen in Südkorea. Die Frauenbewegung kam dabei 2015 an einen Wendepunkt, als feministische Debatten einen Platz in der alltäglichen Politik und Öffentlichkeit erhielten, anstatt lediglich ein akademischer Diskurs zu sein. Moon und seine Assistent*innen hielten es deshalb vermutlich für eine gute Idee, sich selbst als Feminist*innen in Opposition zur Präsidentin Park zu positionieren.

Moon Jae-in hat eine bemerkenswerte Vergangenheit als Anwalt für die Durchsetzung von Menschenrechten. Viele seiner Unterstützer*innen sehen dies als Beweis dafür, dass Moon die nötigen Veränderungen durchsetzen wird, die das Land benötigt. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die vorherige Regierung als rechtsbrüchig angesehen wurde, war dies eine attraktive Gegenüberstellung für Moons Wahlhelfer*innen und seine Wähler*innen. Aber auch wenn Moon die Großzahl seiner Wähler*innen zufriedenstellte, es gelang ihm nicht, den Ansprüchen globaler Menschenrechtsstandards und den Erwartungen der sozialen Minderheiten gerecht zu werden.

Die Queer-Gemeinschaft verweist hierbei insbesondere auf Moons Aussage gegen die Unterstützung von Homosexuellen während der Präsidentschaftsdebatten. Außerdem lehnte Moon das Anti-Diskriminierungsgesetz ab, zog also die Unterstützung zurück, die er in seiner vorherigen Wahlkampagne versprochen hatte. Dies setzte die LGBTIQ+-Gemeinschaft den Mainstream-Medien aus, wie ihre Aktivist*innen ihn aufforderten, sich an sein Wort zu halten. Die feministische und queere Wählerschaft unterstützte deshalb andere Kandidat*innen, was wiederum der Mehrheit der Demokrat*innen einen Vorwand gab, offen homophob und anti-feministisch zu reagieren.

Vielleicht ist es nicht angebracht, zu behaupten, dass die Demokratische Partei, die für ihre progressiven Werte bekannt ist, grundlegende Menschenrechte verletzt. Allerdings hat sie Bedingungen geschaffen, die es für Frauen, geschlechtliche und sexuelle Minderheiten und Menschen mit Behinderung schwieriger machen, für ihre Grundrechte öffentlich einzutreten, die direkten Einfluss auf ihr alltägliches Leben haben.

Hätte man dies voraussehen können? Große Streitigkeiten und die problematischen Machtverhältnisse im Hinblick auf bestehende Bürger*innenrechte während der Kerzenlicht-Demonstration bestanden bereits seit einiger Zeit in konservativen Kreisen. Aber nicht nur die Konservativen bereiteten Frauen, Menschen mit Behinderung und LGBTIQ+ Personen Schwierigkeiten. Auch die Liberalen, die sich selbst als Beschützer*innen der Demokratie bezeichnen, teilten weitgehend ähnliche Ansichten gegen sozial Benachteiligte. Längst ging es nicht mehr darum, eine offene und vielfältige Gesellschaft zu schaffen, um öffentliche Sympathien zu erhalten. Wer darauf hinwies, dass die Situation für Benachteiligte sich wenig verbessert oder sogar verschlechtert hatte, wurde dafür kritisiert, da die Unterstützer*innen Moons davon ausgingen, dass die ideale Gesellschaftsform bereits verwirklicht sei.

Wenn wir an die Kerzenlicht-Revolution zurückdenken, sollten wir uns daran erinnern, dass Revolutionen nicht nur Veränderungen mit sich bringen, sondern dass sie auch als Symbol der Legitimität des Volkswillens nach Verän-

derungen weiterbestehen. Die Demokrat*innen, die den Großteil der Demonstration ausmachten, beanspruchen die gesellschaftlichen Veränderungen für sich allein und untergraben damit die Teilnahme der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen innerhalb und außerhalb der Proteste. Sie sagen: „Wir haben die Revolution ermöglicht, haltet eure eigenen Kerzen, wenn ihr nicht mit uns übereinstimmt“.

Die politischen Machtverhältnisse verändern sich und die Liberalen werden zu den neuen Konservativen. Die sozialen Minderheiten müssen sich also eine eigene Machtbasis aufbauen. Seit die Demokratische Partei bei den Wahlen siegte, erhielten lokale progressive Parteien verstärkt Unterstützung von Minderheiten, die mit der regierenden Partei nicht zufrieden sind. So verändern sich möglicherweise Gesellschaften: liberale Werte werden Standard, werden alt. Andere Ziele innerhalb der Mehrheit rücken dadurch in den Vordergrund und werden zum nächsten gemeinsamen Ziel. Deshalb haben die sozialen Minderheiten die Revolution nicht verloren – sie haben ihre politische Repräsentation vorangetrieben und Solidarität und Bewusstsein innerhalb der Gemeinschaft erzeugt, indem sie Teil der Revolution waren.

Ich hoffe, dass in Zukunft die Bedeutung der Kerzenlicht-Revolution nicht verzerrt wird, um nur die eigenen Interessen zu vertreten, und dass die lebendige Vielfalt als das eigentliche Kernstück und als Antrieb der Bewegung in Erinnerung bleibt. Allerdings wird ohne den notwendigen Widerstand der Tag kommen, an dem die Mehrheitsgesellschaft triumphieren wird und undemokratische Entscheidungen gerechtfertigt erscheinen.

Es handelt sich bei dem Beitrag um die aus dem Englischen von Tabea Stiehl übersetzte Fassung von: Do Youngwon: On South Korea's Candlelight Revolution: Revisiting the Deserted Diversity in the Time of Post-Truth, in: EPRIE - Journal for Regional Integration in East Asia and Europe, 2018, S. 43-45

Die Autorin

Do Youngwon ist eine unabhängige Forscherin, Journalistin und Online-Menschenrechtsaktivistin aus Südkorea. Ihre Hauptinteressen liegen im Bereich Feminismus, Antirassismus, Queer Rights und den Schnittmengen dieser Themen.

Alles beim Alten im „Neuen Malaysia“?

Von Boon Kia Meng

Malaysia – Nach dem überraschenden Wahlausgang 2018 und einem Regierungswechsel gab es große Hoffnungen auf Veränderungen im Land. Eine Analyse beleuchtet die Herausforderungen für die neue Regierung und hinterfragt, ob tatsächlich ein Wandel stattfindet.

Nach mehrheitlicher Auffassung hat Malaysia einen politischen Wandel vollzogen. Doch vielleicht unterliegt Malaysia diesem ‚Wandel‘ gerade, damit die grundlegenden Eigenschaften des Landes erhalten bleiben. Ist ‚Wandel‘ nur ein leeres Schlagwort, um politischen Profit herauszuschlagen und damit alles bleibt wie es ist?

Malaysier*innen haben nach den Parlamentswahlen im Mai 2018¹ erstmals eine elektorale Machtveränderung erlebt. 61 Jahre nach der Unabhängigkeit des Landes von Großbritannien 1957 markiert dies einen Wendepunkt in der Geschichte des Landes. Für viele war dieses historische Ereignis der Gipfel eines 20 Jahre andauernden politischen Kampfes für Reformen des politischen Systems.

Dies gilt besonders für Bürger*innen, die sich seit 1998 in der Reformasi-Bewegung engagierten, um Veränderungen herbeizuführen. Ziel der Bewegung war, Korruption und den Missbrauch staatlicher Gewalt durch die vorherige Regierungspartei *United Malays National Organization* (UNMO bzw. *Pertubuhan Kebangsaan Melayu Bersatu*, in Koalition mit weiteren Parteien als *Nationalfront Barisan Nasional* bekannt), abzuschaffen.

Vom kompetitiven Autoritarismus zum „Neuen Malaysia“

Seit der Unabhängigkeit hatte die UMNO die politische Macht auf nationaler Ebene nie verloren. Daher gingen die meisten politischen Berichterstatter*innen davon aus, dass Malaysia eine Art Einparteienregime sei, das am besten durch

den Begriff kompetitiver Autoritarismus definiert wäre.² In kompetitiven autokratischen Regimen wie Malaysia finden regelmäßige Wahlen statt, die aber unter keinen Umständen substanziell frei und fair sind. Ein Überraschungserfolg bei Wahlen sei möglich, aber sehr unwahrscheinlich, angesichts der Menge gesetzlicher und politischer Hemmnisse für die Opposition.

Natürlich haben viele Berichterstatter*innen diese verblüffende Wende als ‚echten Demokratisierungsprozess‘ beschrieben. Das „Neue Malaysia“ oder *Malaysia Baru* beschrieben sie mit Superlativen und sprachen von einem umfassenden „Regimewechsel“ oder von einer „Wahlrevolution“. Das Schlagwort wurde gleichermaßen von Medien und Politiker*innen populär gemacht, um die vielen Ambitionen oder Werte, mit deren Verwirklichung die neu gewählte Regierung beauftragt wurde, auszudrücken.

Der ‚Pakt der Hoffnung‘ und der Korruptionsskandal 1MDB

Ich möchte drei Problemfelder kommentieren, in denen politische Auseinandersetzungen und Kämpfe stattfinden. Sie sind Nachwirkungen der „Wiederkehr“ einer von Mahathir Mohamad-geführten Regierung (Anmerkung der Redaktion: Mahathir war bereits unter der UMNO von 1981 bis 2003 Premierminister. Er verließ 2016 im Protest gegen Premier Najib Razak die Partei und gründete die *Malaysian United Indigenous Party*, die nun in der Regierung ist), bekannt als der „Pakt der Hoffnung“ (*Pakatan Harapan*). Diese drei Felder mit neuen Entwicklungen erlauben es den Zustand der malaysischen Demokratie einzuschätzen.

Es ist kein Zufall, dass der berüchtigte 1MDB-Korruptionsskandal (*1Malaysia Development Berhad*) das politische Leben des vorigen Premiers Najib Razaks (UNMO) begrub. Die vorige Regierung veruntreute laut 1MDB mutmaßlich über 10 Milliarden US-Dollar, was ihr den beschämenden Ruf



Dicke Luft in Kuala Lumpur: Malaysia hat während des "Haze" eine der schlechtesten Luftqualitäten weltweit (Foto: Yusof Mat Isa)

einer Kleptokratie einbrachte, und das auf der Höhe des Wahlkampfes 2018.³ Die Situation erinnert an die Mahathir Mohamads 1998, als er ums politische Überleben kämpfte – ein Resultat der südostasiatischen Wirtschaftskrise und einer politischen Krise Malaysias. Mahathir hatte damals seinen politischen Widersacher Anwar Ibrahim wegen Korruptionsvorwürfen als Finanzminister entlassen. In der Folge wurde Anwar zu einer Gefängnisstrafe verurteilt. Als Reaktion mobilisierten Anwars Anhänger*innen und demonstrierten auf den Straßen Kuala Lumpurs.

Das Kernproblem, das dem aktuellen „politischen Wandel“ zugrunde liegt, ist heute dasselbe wie damals: Es geht grundsätzlich um die Verteilung von Vorteilen und Lasten in der politischen Ökonomie Malaysias.

Erste Herausforderung: Das *Malay Dilemma* und die neue Wirtschaftspolitik

Die Anschuldigungen gegen Ex-Premier Najib Razak und seine Familie brachten jegliche übrig gebliebene Legitimität, die die UNMO hatte, zum Einstürzen. Sie untergruben im Besonderen das alteingesessene und politisch wirkmächtige Erscheinungsbild der Partei, die als Verteidigerin und Wohltäterin der Malaien (auch als *Bumiputera*, oder „Söhne der Erde“, bezeichnet, Anm. d. Redaktion: der Begriff schließt aber auch die indigene Gruppen Malaysias ein) galt, die rund 60% der Bevölkerung ausmachen.

Seit 1971 ist die Wirtschaftspolitik von staatlicher Interventionspolitik geprägt. Sie sollte die wirtschaftlichen

Ungleichgewichte beseitigen, die es seit der britischen Kolonialzeit gab. Angenommen wurde, dass die Kolonialherrschaft große Nachteile der malaiischen Gemeinschaft besonders gegenüber der recht großen ethnischen chinesischen Minderheit mit sich gebracht hatte. Dieses historische Problem diagnostizierte Mahathir Mohamad in seinem in den 1970ern veröffentlichten Buch *The Malay Dilemma* und suchte nach Lösungen. Folglich wurden Malaien gezielt gefördert, wie etwa durch die beachtlichen Präferenzkontingente im malaysischen öffentlichen Dienst, an öffentlichen Universitäten und vor allem mit dem nationalen Ziel von mindestens 30% Aktienanteilen im malaysischen Unternehmenssektor. Dieses massive Programm an Staatseingriffen in die nationale Wirtschaftspolitik ist bekannt als *New Economic Policy* (NEP).

Seit der Implementierung der NEP in den letzten vier Jahrzehnten gab es einige Kernerfolge, darunter die Schaffung einer erheblichen malaiischen urbanen Mittelschicht. Daneben haben sich aber soziale Polarisierungen und Konflikte verschlimmert, insbesondere die Ausweitung intra-ethnischer Vermögens- und Einkommensungleichheiten innerhalb der malaiischen Gemeinschaft selbst. Diese Konflikte drückten sich aus in Vorwürfen über Vetternwirtschaft und Korruption durch wichtige UNMO-Politiker*innen und ihren Geschäftspartner*innen, von denen der 1MDB-Skandal nur das jüngste und extremste Beispiel ist.

1MDB ist ein klassisches Beispiel für regierungsnahe Unternehmen GLCs (*government-linked companies*). Diese GLCs stellen „ein komplexes Ganzes aus Satzungsorganen, Stiftungen, Treuhandgesellschaften, Investmentfirmen, Staatsfonds sowie Firmen, die in einer großen Vielfalt von Industrien vertreten sind“, dar.⁴

Auf Klientelismus basierende Handelsstrukturen

Die GLCs dominieren die moderne wirtschaftspolitische Landschaft von Malaysia und repräsentieren geschätzte 42% der gesamten Marktkapitalisierung aller öffentlich notierten Firmen der *Kuala Lumpur-Börse* (KLSE). Malaysias einzige Treuhandgesellschaft, *Khazanah Nasional*, behält die Unternehmenssteuerung über viele dieser GLCs bei, wobei der Premierminister dort Vorstandsvorsitzender ist. Die politische Verflechtung in die Wirtschaft ist Sinnbild des Machtspiels, welches bei Wahlen und Kämpfen um die politische Nachfolge ausgetragen wird. So stehen wirtschaftliche Stellungen auf dem Spiel! Denn die ‚Der Sieger gewinnt alles‘-Realität setzt den*die politische Verlierer*innen in die wirtschaftspolitische Wildnis.

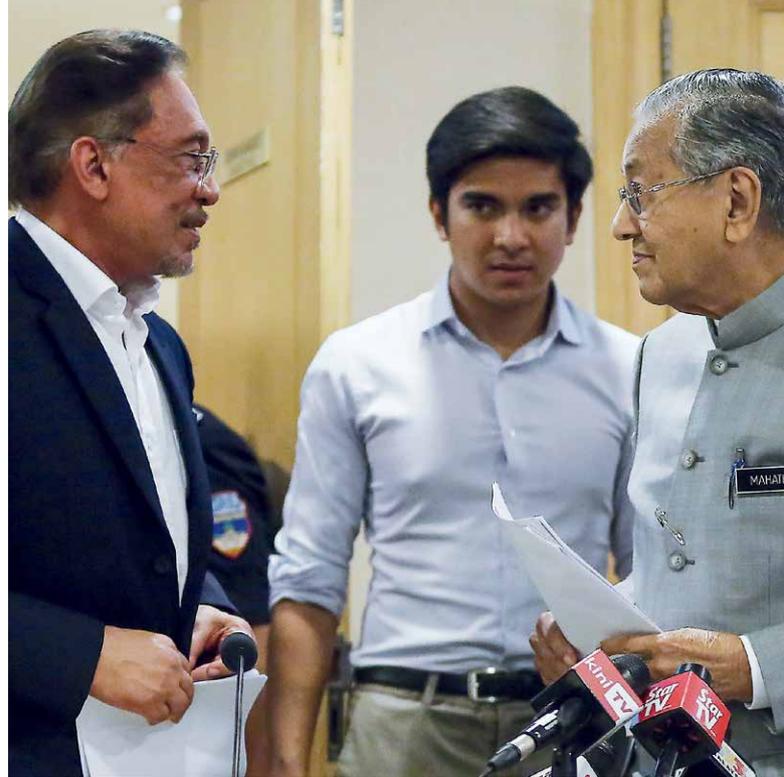
Kürzlich gab es erste Verunsicherungen, ob Anwar Ibrahim tatsächlich erfolgreich von Mahathir als Premierminister übernehmen würde, wie allgemein erwartet wurde. Beide hatte diese, nicht öffentlich gemachte, Vereinbarung vor den Wahlen 2018 getroffen. Dies ist eine der großen Sorgen unter den konkurrierenden Gruppierungen der neuen Regierungskoalition, insbesondere in Anbetracht der wirtschaftlichen Einsätze.

Die Frage nach einer fundamentalen Reform der auf Klientelismus basierenden Handelsstrukturen des Landes hat die neue Regierung unbeachtet gelassen; Medien und Bevölkerung scheinen eher an den sensationellen Enthüllungen und fortdauernden Prozessen von Najib Razak, seiner Ehefrau und anderen Geschäftspartner*innen und Familienangehörigen interessiert zu sein.

Zweite Herausforderung: Die Langlebigkeit von Identitätspolitik

Die Art und Weise, wie sich die politische Neuordnung der neuen malaiisch-muslimischen Opposition um tief verwurzelte Ethnien- und Identitätspolitik herum festigt, ist der zweite Bereich des Wandels.

Der anfängliche Optimismus nach den Wahlen ist langsam in sozialen und politischen Stillstand, wenn nicht sogar in einen Rückschritt, übergegangen. Hier gibt es eine neue Entwicklung: Die Kooperation zwischen der UNMO und ihrem alten politischen Erzfeind, der islamistischen Partei PAS (*Parti Islam Se-Malaysia*). Diese Kooperation erschien noch vor kurzem undenkbar, da beide Parteien aufgrund historischer Gründe und der politischen Realität des Wettkampfs um die Interessenvertretung der malaiischen Bevölkerung kämpften. Wer ‚Malai*in‘ ist, ist konstitutionell definiert: Staatsbürger*innen, die u.a. muslimisch sind und malaiisch sprechen.



Vor Kurzem entstand dieses gemeinsame Foto von Mahathir und Anwar. Anwar soll nach einer nicht offiziellen Vereinbarung nach 2 Jahren das Amt des Premiers übernehmen (Foto: Yusof Mat Isa)

Eine Reihe von Problemen, die die neue *Pakatan Harapan*-Regierung angeht, haben dafür gesorgt, dass Ärger innerhalb der malaiischen Wählerschaft aufkam, was wiederum zur zunehmenden Zusammenarbeit zwischen UNMO und PAS führte. Das Hauptproblem war eine Reihe geplanter Ratifikationen von internationalen Konventionen und Verträgen wie das *Internationale Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung* (ICERD) und das *Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs*.

Eine Großkundgebung gegen das ICERD am 8. Dezember 2018 zog mehr als 50.000 Menschen zu Kuala Lumpurs symbolträchtigem *Dataran Merdeka* (Platz der Unabhängigkeit), wo Demonstrierende ihre Empörung über die Initiativen der neuen Regierung zeigten. Die geplante Unterzeichnung der internationalen Konvention gegen Rassendiskriminierung bezeichnete die Opposition als gleichbedeutend mit einer Abschaffung der verfassungsgegebenen Sonderrechte für die malaiisch-muslimischen *Bumiputera*.

Die *Pakatan Harapan*-Regierung schien überrascht von dieser breiten öffentlichen Protestwelle malaiischer Unzufriedenheit und zog ihre Pläne zurück. Ihre anfängliche Begeisterung für Reformen wurde von einer Reihe politischer Kehrtwenden oder plötzlichem Sinneswandel ersetzt. Dies betraf besonders die Themen, die als nachteilig für Malaien empfunden wurden. Dabei ist interessant, dass weniger als 30% aller malaiischen Wähler*innen 2018 für die neue Regierung stimmten, während ihre Mehrheit die UMNO und PAS wählte.

Seit Beginn des Jahres verlor die Regierung außerdem die drei letzten Nachwahlen, was die Wahrnehmung ver-



Drohnsicht der Demonstrierenden bei einer Großkundgebung gegen das ICERD im Dezember 2018 in Kuala Lumpur (Foto: Wikimedia CC-BY-SA-3.0)

stärkt, dass sie nach nur einem Jahr an der Macht zunehmend Rückhalt unter den Malai*innen einbüßt. UMNO und PAS sind seitdem formell ein strategisches Wahlbündnis eingegangen: als Vorbereitung auf die nächsten Parlamentswahlen, die spätestens 2023 stattfinden werden. Dort wollen beide Parteien nicht um die gleichen Stimmen kämpfen, um ihre Chancen, *Pakatan Harapan*, im strikten Mehrheitswahlssystem Malaysias zu besiegen, erheblich zu steigern. Beobachter*innen zeigen sich besorgt, dass *Pakatan Harapan* dieser glaubwürdigen Wahlgefahr mit Pro-Bumiputera-Wirtschaftspolitik begegnen könnte, um für malaiische Unterstützung zu werben, anstatt ihr Wahlversprechen von 2018, sich von ethnienbasierter Politik abzuwenden, einzulösen.

Dritte Herausforderung: Der andauernde Umweltnotstand

Die Lebensqualität der 32 Millionen starken Bevölkerung von Malaysia wird durch Umweltprobleme zunehmend eingeschränkt.

Luftverschmutzung wird jedes Jahr immer mehr zum nationalen Problem, man kann von einer Krise sprechen. Dies ist ein Phänomen, das 1997 begann, aber in den letzten Jahren immer häufiger vorkam. Weite Teile West- und Ost-Malysias werden durch Rauchnebel, den sogenannten *Haze*, eingehüllt. Der Smog sei Folge der gängigen Praxis von Brandrodungen für Palmölplantagen im benachbarten Indonesien, beklagen Malaysier*innen. Dies ist eine heuchlerische Anschuldigung, da einige der durchführenden Unternehmen Tochtergesellschaften großer malaysi-

scher Palmölkonzerne sind. Auch wird dabei unterstellt, dass absolut kein Abrennen von Wäldern innerhalb Malaysias stattfände.

In den Gebieten, die am meisten von dem Dunst betroffen waren, wurden häufig Schulen vorübergehend geschlossen und betraf bisher mehr als 363.000 Schüler*innen.

Solche andauernden Bedingungen gefährden nicht nur die allgemeine Gesundheit, sondern belasten auch stark die transnationalen Beziehungen zwischen Malaysia, Indonesien und auch Singapur; ein Problem, das der *Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN)* nicht länger ignorieren kann.

Der Fall Lynas im Bundesstaat Kuantan

Die *Pakatan Harapan*-Regierung wurde kürzlich mit zwei weiteren großen Umweltfällen konfrontiert. Beim ersten wurden giftigen Dämpfe durch die Entsorgung von Chemikalien in Flüsse Johors, in die Luft freigesetzt, was im März 2019 zu massenhaften Krankenhausaufnahmen von Schulkindern und Erwachsenen führte.

Noch vernichtender für die neue Regierung ist der Verrat an ihren Unterstützer*innen, die Teil einer Umweltbewegung (*Himpunan Hijau* oder „Grüne Versammlung“, gegründet 2011) sind. Diese drängt die auf die Schließung der australischen *Lynas Corporation*-Verarbeitungsanlage für Seltene Erden in Kuantan, welche von Umweltschutzgruppen und Anwohner*innen als potenziell gefährlich eingestuft



Ex-Premier Najib Razak bei einer Anhörung zu 1MDB (Foto: Yusof Mat Isa)

wurde. Premierminister Mahathir versuchte den Schritt der Regierung folgendermaßen zu begründen: „Wenn wir Lynas aus dem Land jagen, werden die anderen (ausländischen Investoren) nicht (nach Malaysia) kommen ... Investoren, die herkommen wollen, brauchen Sicherheit.“⁵

Der Kurs der malaysischen, oder, wie manche sagen würden, ‚mahathiristischen‘ Entwicklung privilegiert immer noch das Wirtschaftswachstum auf Kosten der Umwelt. Dies stellt ein Haupthindernis für die neuen Formen von ‚grünem Aktivismus‘ dar. Der lokalen Initiative des Globalen Klimastreiks am 21. September 2019 folgten nur einige Hundert Personen in Kuala Lumpur, und das in einem Land mit Malaysias Größe.

Verpasst das „Neue Malaysia“ seine Chancen?

Ich habe mich bemüht, aus der Perspektive eines internen malaysischen Kritikers ein Gespür dafür zu vermitteln, wie das „Neue Malaysia“ im Laufe des letzten Jahres Gestalt angenommen hat. Dies soll kein Versuch sein, die gegenwärtigen sozioökonomischen Entwicklungen in Malaysia als viele Schritte auf dem Weg zur Demokratisierung oder wirtschaftlichem Fortschritt anzusehen.

Stattdessen besteht unsere Herausforderung darin, die aktuellen und historischen Ereignisse ‚gegen den Strich‘ zu interpretieren. Zeiten großer Verheißungen, die viele als das „Neue Malaysia“ anpriesen, können genauso gut zu sehr dunklen Zeiten werden. Insbesondere, wenn solche Momente der Möglichkeiten durch die heutige Genera-

tion malaysischer Führungspersonen verspielt werden, die erpicht darauf scheinen, Lampedusas berühmten Ausspruch in *Der Gattopardo* zu erfüllen, dass „alles sich ändern muss, damit alles bleibt, wie es ist“.

Übersetzung aus dem Englischen von: Katharina Valjak

Endnoten

- 1 Ufen, Andreas (2018): Regimewechsel durch Wahlen? Der malaysische Tsunami im Mai 2018 (<https://www.asienhaus.de/nc/publikationen/detail/blickwechsel-regimewechsel-durch-wahlen-der-malaysische-tsunami-im-mai-2018/>)
- 2 Pepinsky, Thomas (2017): Life in authoritarian states is mostly boring and tolerable (<https://www.vox.com/the-big-idea/2017/1/9/14207302/authoritarian-states-boring-tolerable-fascism-trump>)
- 3 CAN (2018): 1MDB scandal: A timeline (<https://www.channelnews-asia.com/news/asia/1mdb-scandal-a-timeline-10254406>)
- 4 Gomez, Edmund Terence (2019): Business as usual: regime change and GLCs in Malaysia (<https://www.newmandala.org/business-as-usual-regime-change-and-glcs-in-malaysia/>)
- 5 The Star Online (2019): Can't drive out Lynas because foreign investors are watching, says Dr M (<https://www.thestar.com.my/news/nation/2019/08/08/can039t-drive-out-lynas-because-foreign-investors-are-watching-says-dr-m>)

Der Autor

Boon Kia Meng unterrichtet Soziologie und vergleichende Philosophie an der Multimedia University, Malaysia. Er hat einen Dokortitel in Regionalwissenschaften Südostasien von der Universität Kyōto in Japan.

Indonesien: Journalist*innen als Religionswächter oder: Wer definiert ‚Gotteslästerung‘?

Von Andreas Harsono

Journalist*innen sollten aus ihren Fehlern lernen und sich an journalistische Prinzipien halten: Aktuelle Fallbeispiele aus der menschenrechtlichen Arbeit in Indonesien zeigen, dass sensible Themen ihre Professionalität auf die Probe stellen und soziale Medien den Journalismus und das Leseverhalten ändern.

Anfang Januar 2016 befassten sich Dutzende Journalist*innen in der indonesischen Stadt Yogyakarta mit dem Fall einer Ärztin, Rica Tri Handayani, die ihren Mann verlassen hatte, nach Kalimantan gezogen war und sich dort einer Zurück-auf-Land-Bewegung namens Gafatar [Akronym von *Gerakan Fajar Nusantara*, eine Bewegung, die christliche, jüdische und islamische Glaubensgrundsätze kombiniert, d.R.] angeschlossen hatte.

Die für unterschiedliche indonesische Medien arbeitenden Journalist*innen berichteten, dass Handayanis Ehemann eine Vermisstenanzeige bei der Polizei in Yogyakarta abgegeben hatte, und sprachen von einer „Entführung“. Sie stellten Gafatar als eine unheimliche Bewegung dar, die vom Islam abweichende Lehren propagiere, mithin suggerierend, dass Handayani durch die Gruppierung manipuliert worden war.

Journalist*innen trugen zur Hysterie gegenüber *Gafatar* bei

Einige Journalist*innen machten weitere Fälle von vermissten Personen ausfindig. *The Jakarta Post* berichtete von „einem Dutzend Vermissten, die sich Gafatar angeschlossen hatten“ und von regem Zulauf zu geschlossenen Versammlungen der Bewegung. In den Medien wurde zudem behauptet, Gafatar sei eine separatistische Bewegung mit dem Ziel der Schaffung einer unabhängigen Theokratie – ohne dafür allerdings Belege vorlegen zu können. Handayani wurde später auf Kalimantan ‚gesichtet‘. Diese Journa-

list*innen trugen maßgeblich dazu bei, dass es zu einer öffentlichen Hysterie gegenüber Gafatar kam.

Am 15. Januar 2016 bedrohte ein mit Stöcken, Knüppeln und Macheten bewaffneter Mob im Bezirk *Mempawah* in Kalimantan eine zu *Gafatar* gehörende bäuerliche Gemeinschaften mit Gewalt, sollten sie die Gegend nicht verlassen. Regierungsbeamte und Polizist*innen statteten den Gemeinschaften ‚Besuche‘ ab, um den Druck auf sie zu erhöhen und sie zur Aufgabe ihrer Siedlungen zu bewegen. Drei Tage später attackierten malaiische Milizen Gafatar-Farmen in den Ortschaften *Kampung Pasir* und *Antibar* in *Mempawah*. Ein Video zeigt Sicherheitspersonal, das tatenlos am Rand steht und zuschaut, während ein Mob fremdes Eigentum zerstört und acht Gemeinschaftshäuser in Flammen setzt.

Ungefähr 1.600 Gafatar-Mitglieder wurden von Militär und Polizei zu einem Armeestützpunkt in *Pontianak*, der Hauptstadt der Provinz West-Kalimantan, evakuiert. Im Zuge von weiteren Evakuationen aus anderen Bezirken in Ost- und West-Kalimantan wuchs ihre Zahl weiter an.

Eine Gafatar-Sprecherin sprach gegenüber *Human Rights Watch* von einem gewalttätigen Mob, der von Januar bis Mitte Februar 2.422 Familien vertrieben habe, insgesamt 7.916 Personen, einschließlich vieler Kinder. Auf dem Höhepunkt der Übergriffe wurden mehr als 6.000 Mitglieder der Gafatar-Bewegung gewaltsam aus Kalimantan vertrieben und in mindestens sechs inoffiziellen Sammelagern festgehalten.

Fatwa gegen *Gafatar*

Am 3. Februar 2016 erließ der einflußreiche *Rat Indonesischer Islamgelehrter (Majelis Ulama Indonesia, MUI)* eine Fatwa gegen Gafatar, in der die auch unter dem Namen *Millah Abraham* bekannte Bewegung zur häretischen Organisation erklärt wird. „Gafatar weicht vom wahren Glau-

ben ab, da sie in ihrer Ideologie islamische, christliche und jüdische Lehren vereint und damit unter das fällt, was MUI als häretischen Synkretismus bezeichnet”, sagte der MUI-Vorsitzende Ma’ruf Amin [inzwischen Vizepräsident Indonesiens, d.R.] in einer Pressekonferenz in Jakarta.

Am 24. März 2016 wurden durch eine gemeinsame Ministerialverordnung alle Aktivitäten von Gafatar und die Propagierung ihrer Lehre verboten. Bei Widersetzung drohen Strafen von maximal fünf Jahren Haft, basierend auf dem Blasphemiegesetz von 1965.

Kurz darauf began die Polizei damit, Gafatar-Führer in Yogyakarta und Jakarta zu verhaften. Mindestens drei Mitglieder wurden für die ‚Entführung‘ Handayanis und anderer Personen verurteilt, trotz Handayanis Aussage, aus freier Entscheidung nach Kalimantan gezogen zu sein. Ein Gericht verurteilte wegen Blasphemie Ahmad Moshaddeq, den Gründer von Gafatar, sowie den Gafatar-Vorsitzenden Mahful Muis Tumanurung zu fünfjährigen Haftstrafen, den stellvertretenden Vorsitzenden Andry Cahya zu drei Jahren Haft. Die Richter entschieden, die drei Männer hätten „eine der Religionen in Indonesiens vorsätzlich in der Öffentlichkeit beschädigt.“

Die indonesische Regierung untersagte Gafatar-Anhängern, in ihre Häuser auf Kalimantan zurückzukehren, legte aber keine angemessene Kompensation oder andere Wiedergutmachungen für beschlagnahmtes und zerstörtes Eigentum fest. Gegen die Beamten, die Mitglieder des Sicherheitspersonals und die lokalen Bewohner*innen, die für die Gewalt und Vertreibungen verantwortlich waren, wurde seitens der zuständigen Behörden weder ermittelt, noch kam es zu strafrechtlicher Verfolgung der Taten. Die über Gafatar berichtenden Journalist*innen haben keine Richtigstellungen zu ihren vorherigen Berichten veröffentlicht.

Religiöse Intoleranz in Indonesien

Religiöse Intoleranz ist seit dem Ende der Suharto-Diktatur 1998 eines der großen Probleme Indonesiens. Minderheiten wie Christen, Hinduisten, Buddhisten, Ahmadis, Schiiten, ebenso wie Anhänger indigener und neuer Glaubensgemeinschaften wie Gafatar sehen sich immer wieder Diskriminierung, Einschüchterung und Gewalt ausgesetzt. Weit verbreitet ist zudem die Diskriminierung von Frauen und LGBTQI*-Personen. Das reicht von lokalen Verordnungen, die für Frauen das Kopftuch obligatorisch machen, bis hin zur Prügelstrafe für Homosexualität.

Journalismus war während der letzten beiden Dekaden in Indonesien in der Tat keine einfache Aufgabe. Journalist*innen wurden Zeugen von großflächigen sektiererischen und kommunalen Gewaltausbrüchen, bei denen ungefähr insgesamt 90.000 Menschen getötet wurden, so



Verbarrikadierte Moschee der Ahmadiyah in Depok (Foto: Andreas Harsono)

während des muslimisch-christlichen Konflikts auf den Molukken und bei den Unruhen in Osttimor im Anschluss an das von den Vereinten Nationen organisierte Referendum. Und es gibt immer wieder Situationen, in denen sich Journalist*innen mit einem sensiblen Thema wie der Zurück-aufs-Land-Bewegung von Gafatar konfrontiert sehen, das ihre Professionalität auf die Probe stellt.

Der Fall Ahok – eine politisch folgenreiche Blasphemie-Kampagne

Als im Mai 2016 die drei Gafatar-Anführer vor Gericht standen, wurde der ehemalige Gouverneur von Jakarta, Basuki ‚Ahok‘ Tjahaja Purnama, ein Christ, zu zwei Jahren Haft wegen Blasphemie verurteilt. Hunderttausende Muslime waren in den Monaten zuvor Aufrufen zu Protestkundgebungen gefolgt, die seine Verhaftung oder gar seinen Tod forderten – eine Machtdemonstration und unmissverständliche Warnung an nicht-sunnitische Muslime und andere Minderheiten. Der Fall Ahok wurde zur politisch bisher folgenreichsten Blasphemie-Kampagne in Indonesien. Insgesamt wurden seit dem Sturz des Suharto-Regimes mehr als 150 Menschen wegen Blasphemie zu Haftstrafen verurteilt, verglichen mit lediglich acht Fällen während der Zeit unter Suharto von 1965 bis 1998.

Islamismus stellt eine der größten Herausforderungen für Journalist*innen im bevölkerungsreichsten muslimischen Land der Welt dar. Bedrohungen, Diskriminierungen und Gewalt gegenüber religiösen Minderheiten werden durch eine Rechtsstruktur begünstigt, die seit 2006 darauf ausgerichtet ist, ‚religiöse Harmonie‘ zu wahren. In der Praxis untergräbt sie jedoch die Religionsfreiheit. Das Hauptcredo dieses so genannten Prinzips der religiösen Harmonie besagt, dass ‚die Mehrheit die Minderheiten schützen soll und die Minderheiten die Mehrheit respektieren sollen‘.



Religiöse Minderheiten feierten den Unabhängigkeitstag Indonesiens vor dem Staatspalast. Auf den rot-weißen Bannern (Nationalflagge) stehen Forderungen nach religiöser Toleranz (Foto: Andreas Harsono)

Religion und Beruf: Herausforderung für Journalist*innen

Problematisch ist, dass es einigen indonesischen Journalist*innen schwerfällt, zwischen ihrer Religion und ihrem Beruf zu unterscheiden. 2011 zeigte eine Umfrage unter Journalist*innen, dass 64 Prozent der Befragten einem Verbot der *Ahmadiyah* zustimmten. 41 Prozent gaben an, dass muslimische Frauen ein Kopftuch tragen sollten. 37 Prozent befürworteten die Einführung der Scharia, d.h. des islamischen Rechts, einschließlich von Prügelstrafen, wie sie in Aceh auf Sumatra bereits vollzogen werden. "Fundamentalismus wächst still und unbemerkt, aber er kann sich in vielen Sektoren wie z.B. dem Journalismus schnell verbreiten" (*The Jakarta Post* 25.8.2011), so der Islamwissenschaftler Rumadi Ahmad.

Das Gremium von *Journalist*innen zur Verteidigung der islamischen Scharia* rechtfertigt den zunehmenden Einfluss der Scharia in Aceh. Die Medienhistorikerin Janet Steele beschreibt, wie journalistische ethische Standards mit der ‚Menschen gemachten islamischen Scharia‘ in Aceh konfliktieren; ein Fall betraf eine Jugendliche, die 2012 Selbstmord begangen hatte, nachdem sie von der Scharia-Polizei unter Verdacht auf Prostitution inhaftiert und in der Boulevardpresse diffamiert worden war.

Rechte für Frauen und konservativer Islam

2018 und 2019 lehnten konservative Muslime Gesetzesvorlagen gegen sexuelle Gewalt in Indonesien ab, ein weiterer Fall, in dem sie sich gegen den Kampf für die Rechte von Frauen stellten. Die Gesetzesvorlage war von der *Nationalen*

Kommission gegen Gewalt an Frauen (Komnas Perempuan) aus Sorge um den Anstieg von sexueller Gewalt und dem mangelnden gesetzlichen Schutz von Frauen eingebracht worden. Aus Sicht der Konservativen propagiert der Gesetzentwurf jedoch ‚freie Liebe‘ und Homosexualität, da in ihm kein explizites Verbot von einvernehmlichen und gewaltlosen außerehelichen Beziehungen enthalten ist. Sie argumentieren mit Bezug auf den Islam gegen das geplante Gesetz.

Die öffentliche Debatte dauert an. Die zwei *Instagram*-Accounts *Lawan Patriarki* (Widerstand gegen das Patriarchat) und *Magdalene Indonesia* widmen sich unter Verwendung des Hashtags *#wtfmedia* häufig der frauenfeindlichen Berichterstattung in indonesischen Medien, einschließlich derer, die sich einer vermeintlich ‚islamischen Perspektive‘ bedienen, um den Opfern die Schuld an sexueller Belästigung oder Gewalt zu geben.

Seit 2007 hat die *Nationale Kommission gegen Gewalt an Frauen* mehr als 420 Frauen diskriminierende lokale Verordnungen gezählt. Viele dieser Verordnungen verpflichten Frauen zum Tragen eines Kopftuches, worüber Journalist*innen selten berichten. In ihrem 2013 erschienenen Buch *Negotiating Women's Veiling: Politics and Sexuality in Contemporary Indonesia* geht Dewi Candraningrum davon aus, dass "fast 80 Prozent der sich verschleiernden Frauen dies im Namen der Religion tun, dazu genötigt von den Eltern, der Schule und lokalen Gesetzen."

Mainstream-Medien berichten negativ über LGBT

Eine 2016 veröffentlichte Analyse indonesischer Medien, durchgeführt von *Partnership for Governance Reform*,



Abgebrannte und verlassene Gafatar-Farm in Mempawah, West-Kalimantan (Foto: Andreas Harsono)

Arus Pelangi und OutRight Action International, kam zu dem Schluss, dass die indonesischen Mainstream-Medien generell eine LGBTQI*-feindliche Haltung einnehmen. Als einzige Ausnahme der untersuchten Medien wurde die Tageszeitung *Kompas* genannt, in der eine positivere Berichterstattung zu LGBTQI*-Themen zu finden ist, während die sich explizit islamisch verortende *Republika* täglich die negativsten Berichte aufwies.

Ein weiteres Problem ist das schwindende Interesse an den traditionellen Medien in Zeiten von Internet und sozialen Medien. Diese haben die Art, wie in Indonesien Nachrichten verfolgt werden, verändert. Indonesische Konsument*innen müssen noch lernen, zwischen einer vertrauenswürdigen Quelle und einer eigene Interessen verfolgenden Partei zu unterscheiden sowie zu erkennen, wo Fakten aufhören und Falschnachrichten beginnen und wie solider Journalismus eigentlich aussieht.

Journalist*innen sind längst nicht mehr ‚Türsteher‘, die entscheiden, was die Öffentlichkeit wissen soll und was nicht. Heute ist das Individuum sein eigener ‚Verteilungsmanager‘ und Redakteur zugleich. Der *Indonesische Presse-rat* geht davon aus, dass es in Indonesien derzeit 47.000 Medienunternehmen gibt, von denen lediglich 2.400 (ungefähr fünf Prozent) verifiziert und registriert sind. Viele Medien werden dafür kritisiert, dass sie Informationen, die aus den sozialen Medien stammen, ohne Faktencheck übernehmen.

Probleme durch Fake-News

Der Anstieg an Falschnachrichten hat zu sozialen, wirtschaftlichen und politischen Problemen geführt. Präsident Joko Widodo wird häufig als anti-islamisch dargestellt,

ihm wird ‚chinesische Abstammung‘ angedichtet oder er wird als Kommunist ‚entlarvt‘ – alles aufhetzende Anschuldigungen in einem Land, in dem die Kommunistische Partei verboten ist und man misstrauisch ist gegenüber möglicher Einflussnahme aus Peking.

‚Medienberater‘ stehen ihren Kunden stets zur Verfügung – heutzutage gehört mitunter auch die Einrichtung von falschen Accounts und die Verbreitung von Propaganda dazu. Viele dieser so genannten ‚Berater*innen‘ sind ehemalige oder aktive Journalist*innen. Desinformation verbreitet sich auf *Facebook*, über *WhatsApp* und auf *Twitter* über meist falsche Profile.

Internetunternehmen wie *Google* und *Facebook* haben das Anzeigengeschäft von den traditionellen Medien abgezogen, indem die begrenzten Budgets erschöpft und die Reporter*innen gezwungen wurden, mit niedrigeren Honoraren auszukommen. Es ist unter indonesischen Journalist*innen seit der Suharto-Ära gängige Praxis, Schmiergelder anzunehmen.

Der Fall West-Papua

In den Provinzen West-Papua und Papua, in denen seit den 1960er Jahren eine Unabhängigkeitsbewegung aktiv ist, haben sowohl papuanische als auch indonesische Gruppen die sozialen Medien in Verbund mit traditionellen Medien genutzt, um die Kommunikationsschlachten innerhalb wie auch außerhalb Indonesiens für sich zu gewinnen. Das indonesische Militär setzt Dutzende Journalist*innen zur unerlaubten Bespitzelung in den zwei Provinzen ein. Zeitgleich hat die indonesische Regierung den Zugang zu den beiden Provinzen für ausländische Journalist*innen und Menschenrechtsbeobachter der Vereinten Nationen eingeschränkt.



An einigen Orten in Indonesien ist der Hijab Pflicht (Foto: Andreas Harsono)

Das alles sind mächtige Faktoren, die zum besorgniserregenden Niedergang des Qualitätsjournalismus und mithin der Demokratie in Indonesien beitragen. Die Frage bleibt, wie mit diesen journalistischen Problemen umzugehen ist.

Grundsätzliche Prinzipien und Praktiken des Journalismus

Indonesische Journalist*innen sollten sich am indonesischen Rechtssystem orientieren, an den Gesetzen, Verordnungen und Verträgen, darunter – an erster Stelle – der Verfassung von 1945. Eine große Anzahl von Gesetzgebungen ist gleichwohl nicht hilfreich, zum Beispiel das Blasphemiegesetz von 1965 und die Verordnung von 2006 zur religiösen Harmonie. Wie sollen Journalist*innen zu 'toxischen Gesetzen' stehen?

Indonesien hat acht maßgebliche internationale Menschenrechtskonventionen ratifiziert. Diese setzen die Standards, an denen sich indonesische Journalist*innen bei der Suche nach der Wahrheit in ihrer Berichterstattung orientieren sollten. Die Konventionen umfassen nicht nur zivile und politische, sondern auch ökonomische, soziale und kulturelle Rechte.

Zurück zum Fall Gafatar: Die indonesischen Journalist*innen hatten es unterlassen zu berichten, dass Ahmad Moshaddeq, der Gründer von Gafatar, den sie der Blasphemie bezichtigt hatten, am 16. Februar 2019 während seiner fünfjährigen Haftstrafe wegen ‚Blasphemie gegen den Islam‘ in einem Gefängnis in Jakarta gestorben ist.

Dieser Überblick zu exemplarischen Fällen, in denen indonesische Journalist*innen in ihrer Berichterstattung über religiöse Intoleranz versagt haben, führt uns zu der Forderung, Journalist*innen eine bessere Ausbildung mit

Schwerpunkt auf der Verfassung von 1945 und den Menschenrechtskonventionen zukommen zu lassen. Durch eine derartig ausgerichtete Ausbildung sollte sich vermeiden lassen, dass Journalist*innen aktiv zur Aufhebung religiöser Spannungen beitragen, so wie es gegen die Gafatar-Gemeinschaft geschehen ist.

Übersetzung aus dem Englischen von: Bettina David.

Endnoten

- 1 Fanny Potkin und Agustinus Beo Da Costa (2019): Indonesia, Facebook and Twitter are ‚buzzer‘ battlegrounds as elections loom (<https://www.reuters.com/article/us-indonesia-election-social-media-insigh/in-indonesia-facebook-and-twitter-are-buzzer-battlegrounds-as-elections-loom-idUSKBNiQUOAS>)
- 2 Deutsche Welle (2012): Freedom of Indonesian journalists under threat (<https://p.dw.com/p/14wOV>)
- 3 Hans Nicholas Jong (2017): Media in Indonesia biased against LGBT community (<https://www.thejakartapost.com/news/2017/01/13/media-in-indonesia-biased-against-lgbt-community.html>)
- 4 Human Rights Watch (2016): Indonesia: Persecution of Gafatar Religious Group. Thousands Forcibly Evicted, Relocated, Detained (<https://www.hrw.org/news/2016/03/29/indonesia-persecution-gafatar-religious-group>)
- 5 Phelim Kine/Human Rights Watch (2017): Indonesia's Anti-Gafatar Campaign Ends in Blasphemy Convictions (<https://www.hrw.org/news/2017/03/07/indonesias-anti-gafatar-campaign-ends-blasphemy-convictions>)
- 6 Dewi Candraningrum (2013): Negotiating Women's Veiling. Politics & Sexuality in Contemporary Indonesia (<https://books.openedition.org/irasec/981>)
- 7 Wulan Widayari (2019): Populistische Politik und mangelndes kritisches Denken (<https://suedostasien.net/populistische-politik-und-mangelndes-kritisches-denken>)
- 8 Zainal Abidin Bagir (2014): Das indonesische Blasphemiegesetz – Hintergründe und Auswirkungen auf Politik und Gesellschaft im Demokratisierungsprozess Indonesiens. In: südostasien Bd. 30 Nr. 3 (2014): Die (Un)Freiheit des Glaubens: Religionen und ihre Instrumentalisierung in Südostasien (<https://crossasia-journals.ub.uni-heidelberg.de/index.php/soa/article/view/3383>)

Der Autor

Andreas Harsono ist Journalist und arbeitet für die in New York ansässige Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch. Er war in Jakarta an der Gründung der Allianz Unabhängiger Journalisten (AJI), des Institutes für Forschung zum freien Informationsfluss (ISAI), der Pantau-Medienstiftung sowie der südostasiatischen Presse-Allianz (SEAPA) mit Sitz in Bangkok beteiligt.

Timor-Leste: 20 Jahre in Freiheit

Von Monika Schlicher und Maria Tschanz

Zusammen mit internationalen Gästen feierten Osttimores*innen 2019 den 20. Jahrestag des Referendums für die Unabhängigkeit und die Mission der Schutztruppe INTERFET. Sie würdigten den Weg zu Frieden, Stabilität und Demokratie. Monika Schlicher und Maria Tschanz haben in Timor-Leste Stimmen der Reflexion eingefangen.

Am 30. August 1999 stimmten 78,5% der Bevölkerung von Timor-Leste für eine Loslösung von Indonesien. Die Osttimores*innen hatten einen hohen Preis für ihre Unabhängigkeit gezahlt. Fast 200.000 Menschen verloren während des Widerstandes gegen die Besatzung durch Indonesien 1975 – 1999 ihr Leben. Das Wüten der vom indonesischen Militär unterstützten Milizen nach dem von den Vereinten Nationen durchgeführten Referendum erschütterte die Welt. Sie töteten schätzungsweise 1.500 Menschen und vertrieben über 270.000 Menschen ins benachbarte Westtimor.

„Mehr als 80% der Infrastruktur wurde zerstört und in Trümmern zurückgelassen. Eine von Australien angeführte internationale Truppe (INTERFET) intervenierte, um die Sicherheit wiederherzustellen“ erinnert sich Mica Barreto Soares.¹ In vielerlei Hinsicht habe die jüngste Nation Südostasiens seither positive Veränderungen vorgenommen, und in einigen Schlüsselbereichen mehr als nur bescheidene Fortschritte erzielt: Grundlagen für wichtige staatliche Institutionen sind gelegt, Voraussetzungen für Meinungsfreiheit sind geschaffen, ein Plan für die nationale Entwicklung ist aufgestellt und eine Grundversorgung ist aufgebaut worden.

Erfolge in Demokratie und Friedenskonsolidierung

Timor-Leste wird heute nicht mehr als ein fragiles Land in einer Krise wahrgenommen, wie das noch vor zehn Jahren der Fall war. Der Demokratieindex der *Economist Intelligence*

Unit hat Timor-Leste 2018 sogar als das demokratischste Land in Südostasien eingestuft. Die deutlichen Erfolge des Landes in Demokratie und Friedenskonsolidierung sind bemerkenswert. Und es ist unbestritten, dass noch eine ganze Menge an Arbeit zur Konsolidierung der demokratischen Entwicklung zu leisten ist: Weiterhin lehnt Präsident Guterres seit der letzten Wahl 2018 die Einsetzung von elf Ministern und Vizeministern wegen Korruptionsverdacht ab. Gespräche zwischen Präsident und Premierminister haben bislang zu keiner Einigung geführt.

Das schwarze Dreieck in der Flagge von Timor-Leste steht für all das ‚Schlechte und Dunkle‘, das es im Land noch anzugehen und zu beenden gilt. „Wachsende Korruption und Nepotismus gehören zu diesen dunklen Seiten, die Timor-Leste in den heutigen Tagen vehement bekämpfen muss,“ mahnt João Boavida, Direktor von CEPAD, dem *Centre of Studies for Peace and Development*, bei einer Podiumsdiskussion gemeinsam mit der katholischen Kirche in Dili.

Die VIII Regierung zeigt sich seit ihrem Amtsantritt im Juni 2018 schwach. Noch immer lebt ein Drittel der Menschen unterhalb der Armutsgrenze. Hier hat es Verbesserungen gegeben: vor zehn Jahren betraf dies noch die Hälfte der Bevölkerung. Weiterhin sind viele junge Menschen arbeitslos und suchen nach Perspektiven. Die Herausforderungen liegen darin, die Abhängigkeit von Öl- und Gaseinnahmen zu mindern und wirtschaftliche Diversität zu fördern. Außerdem muss der ungleichen sozialen Entwicklung entgegen gewirkt werden.

Die Kraft der Selbstbestimmung

Die einst negative Beurteilung hielt die Osttimores*innen in einem Gefühl von Bedürftigkeit. Das hat sich heute entschieden gewandelt: Mit großem Stolz blicken die Menschen auf die Entwicklung ihres Landes, für die sie mehr und mehr die Verantwortung übernommen haben. Ihr beständiger und erfolgreicher Kampf um Selbstbestimmung



Aus der Asche in die nationale Versöhnung, den Wiederaufbau und die Entwicklung 1999 – 2019 (Foto: Monika Schlicher)

zeitigt Kraft und Selbstvertrauen. Wie zum Beispiel die Unterzeichnung eines neuen Vertrags über die Seegrenze mit Australien entlang der geographischen Mittellinie.

„Stolz bin ich alleine schon auf die Unabhängigkeit“, so Maria José Guterres, Direktorin der Frauenrechtsorganisation *Fokupers*. „Die Regierung hat in vielen Bereichen schon etliches erreicht und wir können wirklich zufrieden mit all dem sein.“ Keineswegs möchte sie damit sagen, dass schon alles erreicht ist. Vielmehr kommt hier eine veränderte Haltung gegenüber Entwicklung zum Ausdruck, wie wir sie häufig vernommen haben: Nicht mehr das Mangelereben steht im Fokus, sondern vielmehr wird der Prozess gesehen und gewürdigt. Guterres fährt fort:

„Im Gesundheits- und Bildungsbereich haben sich viele Dinge verändert, verglichen mit der Situation vor 20 Jahren. Wir haben heute Kliniken, Universitäten, Schulen und Einrichtungen für Kinder. Alle haben Zugang zu öffentlichen Schulen, Mädchen und Jungen gleichermaßen. Die Malaria ist eingedämmt. Die Infrastruktur hat sich verbessert, auch entfernte Gebiete sind etwas leichter zu erreichen.

Langsam hat sich auch die Arbeit des Justizwesens zum Positiven verändert. Wir haben die Menschenrechtskonvention unterschrieben. Kinderrechte, Frauenrechte, und vieles mehr sind in der Verfassung verankert, ebenso die Gleichbe-

rechtigung. Das sind großartige Entwicklungen und Erfolge. Die innere Sicherheit im Land hat sich stabilisiert, auch zeichnet sich eine wirtschaftliche Entwicklung ab.“

Aus dem Widerstand in die Entwicklungsprozesse

Der Widerstand in Timor-Leste war eine breite Bewegung, die von allen getragen wurde. Nach der Invasion durch das indonesische Militär im Jahr 1975 blieben einige Wenige als bewaffnete Guerillakämpfer*innen in den Bergen. Viele Zivilist*innen, die sich Indonesien aufgrund von weit verbreitetem Hunger und Krankheiten ergeben hatten, setzten ihren Widerstand fort. Sie arbeiteten in der geheimen Befreiungsbewegung.

Die Student*innen fanden ihre Identität im Kampf um ihr Land (“*mate ka moris – ukun rasik aan*” = übersetzt aus Tetum: “Tot oder lebendig – Selbstbestimmung”). Sie waren sogar bereit, ihr Leben für dieses Ziel hinzugeben, wie zum Beispiel beim Santa Cruz Massaker 1991. Junge Menschen spielten eine entscheidende Rolle im Widerstand. Heute gibt es ein großes Denkmal vor der Motael Kirche im Herzen der Hauptstadt Dili, das ihren Beitrag zum Unabhängigkeitskampf würdigt.

„Es gibt auch Proteste gegen die Regierung“

„Viele der jungen Aktivist*innen im Widerstand engagierten sich später im unabhängigen Timor-Leste in der NGO-Arbeit, die zum Entwicklungsprozess der Gemeinschaft beiträgt und die Nation von der Basis her aufbaut. Andere sind der Regierung beigetreten oder aktiv in Parteien. Wieder andere haben es sich zur Aufgabe gemacht, die Arbeit der Regierung kritisch zu begleiten. Ebenso schauen Journalist*innen der Regierung auf die Finger. Es gibt auch Proteste gegen die Regierung“, resümiert Rui Muakandala, SJ, Direktor von Casa *Produsaun Audiovisual* (CPA), einer NGO, die seit 16 Jahren Einheit, Identität und Frieden in Timor-Leste durch Medienarbeit fördert.

„In vielen Bereichen ergänzen NGOs, die in der Gemeindeentwicklung tätig sind, die Arbeit der Regierung, wie zum Beispiel in der Sozial-, Bildungs-, Gesundheits-, Jugend- und Kulturarbeit. Aber das ist nur ein Aspekt. Weitergehend engagieren sich NGOs für marginalisierte Gruppen und sind aktiv in der Empowerment- und Advocacy-Arbeit für Frauen und Mädchen. Der Geist, der die jungen Aktivist*innen in der Vergangenheit verbunden hatte, war der Wunsch nach Unabhängigkeit. Jetzt verbindet sie der Wille, Timor-Leste konstruktiv zu einem besseren gemeinsamen Wohl zu entwickeln.“

Junge Generation fordert ihren Platz

Timor Leste ist nicht nur eine junge Nation, das Land hat auch eine sehr junge Bevölkerung: 53% der Osttimores*innen sind unter 17 Jahren alt. Inzwischen ist eine neue Generation herangewachsen, die den Kampf für die Unabhängigkeit nur aus den Erzählungen ihrer Eltern kennt. Noch vor wenigen Jahren suchten junge Menschen ihre Identität und ihre Rolle in einer Gesellschaft, die von Held*innen und Kämpfer*innen der Vergangenheit bestimmt war. Wo blieb da Platz für sie? Heute nehmen sie sich ihren Raum mit einem neuen Selbstvertrauen.

„Ich bin ein Kind Timors. Meine Identität als Timoresin definiert sich durch meinen Beitrag, den ich für die Nation leiste. Timor-Leste gehört auch mir: Das heißt, ich bin mitverantwortlich für dieses Land und seine Entwicklung. Ich identifiziere mich mit meiner Kultur, unserem Handwerk und Traditionen. Das sind die äußeren Gegebenheiten. Aber für mich persönlich ist die Identifikation mit Timor-Leste, dass es MEIN Land ist. Ich muss dieses MEIN fühlen, und damit bin ich verantwortlich für mich in diesem Land und für das Land selbst“, erläutert uns Maria Filomena Soares Abrantes, 21 Jahre alt und Mitglied im Jugendparlament.

„Die letzten 20 Jahre waren für uns junge Menschen wie eine Suche nach uns selbst“, ergänzt Oktavianti Maria Nunes, 23 Jahre alt. „Es ist wichtig zu erfahren, was in der Geschichte unseres Landes wirklich passiert ist. So können wir einschätzen, was bis heute schon alles erreicht wurde. Und nur aus diesem Verständnis heraus können wir unseren Beitrag zur Entwicklung leisten.“

Umgang mit der belasteten Vergangenheit: Versöhnung und Frieden

Ihre Fragen nach der Geschichte trugen die jungen Menschen in viele Veranstaltungen rund um den 20. Jahrestag hinein. Sie drehten sich um Gerechtigkeit, Versöhnung und Frieden. Respekt und Anerkennung für die Beiträge der internationalen Solidaritätsbewegung wurden uns Aktiven nicht nur von den alten Weggefährten gezollt, sondern auch von der jungen Generation. Diese nutzten die Veranstaltungen ausgiebig, um in Dialog zu treten. Und zwar durchaus kritisch.

Eines dieser umstrittenen Themen ist der Umgang mit der belasteten Vergangenheit. Während manche internationale Aktivist*innen es als ein Versäumnis ansehen, dass Timor-Leste nicht auf die Strafverfolgung für die Generäle aus Indonesien gepocht hat, brachten junge Menschen einen anderen Blickwinkel ein. „Ich bewundere unsere politische Führung dafür, dass sie 1999 sogleich in einen Aussöhnungsprozess mit Indonesien getreten ist“, betont Matheus dos Santos, der aktiv im Jugendrat ist.

„Die Versöhnung zwischen Indonesien und Timor-Leste war ein Weg, um den Konflikt zu beenden und Frieden in Timor-Leste für die kommenden Generationen zu schaffen. Damit haben Xanana Gusmão, José Ramos-Horta und andere das Überleben unseres Landes gesichert. So konnte das Land wieder aufgebaut werden. Wir, die junge Generation, können nun die Chancen nutzen, unser Land weiter zu entwickeln, und die Unabhängigkeit genießen.“

Fehlende Gerechtigkeit – fehlende nationale Einheit

Auch in anderen Zusammenhängen haben wir den Stolz auf den Versöhnungsprozess zwischen Timor-Leste und Indonesien vernommen. Gerade anlässlich der 20 Jahres-Feierlichkeiten ist vielen nochmals bewusst geworden, wie gewichtig dieser für Timor-Leste war. Dennoch fügte sich ein ‚Aber‘ an: Viele der Straftäter von damals seien in Timor-Leste bis heute nicht zur Rechenschaft gezogen und viele Opfer noch nicht berücksichtigt worden. Dieser Prozess sei begonnen, doch mitten auf dem Weg abgebrochen worden. Dieses Ungleichgewicht bleibe bestehen.



Osttimors verdiente Frauen: Mana Lu & Mana Kasian (Foto: Monika Schlicher)

Immer wieder wurde betont, dass eine noch fehlende Verständigung zwischen den Unabhängigkeitsbefürworter*innen und den Pro Autonomie Kräften der Einheit der Nation noch entgegenstehe. Es bleibt ein unbearbeitetes Thema. „Im Prozess des Aufbaus einer Nation muss sich der Identifikationsraum von einem „Ich und meine Gruppe“ zu einem einschließenden „Wir“ öffnen, um dem Kreislauf, immer jemand anderem die Verantwortung zuzuschieben, zu entkommen“, mahnt Hugo Fernandes, Direktor des Centro Nacional Chega! (CNC), der Nachfolgeinstitution der Wahrheitskommission.

Solidarität mit den Opfern

Das berührt auch die Fragen nach der Solidarität mit den Opfern und Überlebenden. „Bis zur Einrichtung des CNC 2017 gab es in der Regierungspolitik keinerlei Erwähnung der Opfer von Menschenrechtsverletzungen. Beachtung fanden nur die Veteran*innen.“, fährt er fort. „Solidarität mit den Opfern ist eine unserer Aufgaben beim CNC, und es liegt noch ein langer Weg vor uns. Welchen Sinn macht es, die Wahrheit ans Licht zu bringen, wenn wir dann nicht darauf reagieren?“ Auch er verweist auf das Ungleichgewicht im historischen Narrativ, das seit 20 Jahren bestehe: „Während die Veteran*innen als Held*innen gefeiert werden, bleibt die vergewaltigte Frau, die drei Kinder von drei verschiedenen indonesischen Soldaten hat, ausgegrenzt.“

Adelia Guterres leitet die Abteilung für Konfliktprävention im Innenministerium. Sie arbeitet an der Umsetzung des Nationalen Plans zur UN Resolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit. Am Rande der internationalen Konferenz „Strengthening Solidarity for Justice and Peace“ sitzen wir mit ihr im Park Borja da Costa. Die Beziehung zur Basis hat die alte Widerstandskämpferin und Aktivistin nie verloren. In diesem Geiste engagiert sie sich nun in der Regierungsarbeit, immer zum Wohle aller, insbesondere für diejenigen, die Hilfe brauchen.

Ihr Traum für die Zukunft ist, dass die Frauen, die Opfer von Menschenrechtsverletzungen wurden, endlich auch Gerechtigkeit erfahren. Damit meint sie zum Beispiel die Frauen, deren Männer im Dschungel kämpften, und die deshalb vom indonesischen Militär gefangen genommen, ins Gefängnis gebracht, gefoltert und vergewaltigt wurden. Nicht selten waren sie gezwungen ihre Peiniger zu heiraten.

„Früher sind sie Opfer von Menschenrechtsverletzungen geworden, nach der Unabhängigkeit werden sie schon wieder zum Opfer. Sie erfahren Verurteilungen und Verletzungen durch das Verhalten der Regierung, der Gesellschaft, ihrer Familie und Gemeinde. Die Menschen wollen einfach nicht verstehen, dass sie zu einer Heirat gezwungen wurden. Damit haben sie womöglich sogar das Leben ihrer Väter, ihrer Ehemänner, ihrer Familien gerettet. Es war keineswegs ihr Wunsch, diese indonesischen Militärs



Die internationale Solidarität für Gerechtigkeit und Frieden stärken – über die Grenzen von Timor-Leste hinaus (Foto: Maria Tschanz)

zu heiraten. Genauso verhält es sich, wenn Frauen vergewaltigt wurden. Heute wird ihnen vorgeworfen, dass sie dies ja selbst so gewollt hätten. Sie werden als Huren beschimpft und sind geächtet.“

Frauen haben einen enormen Beitrag zur Befreiung geleistet

So kam es auch, dass viele der Frauen über diese Vergehen nicht öffentlich Zeugnis ablegten, zum Beispiel bei den Anhörungen der Wahrheitskommission. Erst heute wagen sie diese Anklagen öffentlich zu machen.

„Dieser Schritt ist so wichtig, damit die Gesellschaft diese Verbrechen auch als Straftat begreift. Diese Frauen haben einen enormen Beitrag zur Befreiung geleistet. Es wäre ein Heilungsprozess für sie, dieses Verständnis zu bekommen. Während der Besatzungszeit war es unser Traum, frei zu sein. Das haben wir erreicht. Die soziale Gleichheit ist mein Traum für die Zukunft.“

Der Wiederaufbau eines Landes ist eine schwierige Aufgabe, unabhängig von seiner Größe und seinen Ressourcen. Zwanzig Jahre sind keine lange Zeit. „Aber es ist genug Zeit, um die Menschen in den Mittelpunkt der Entwicklung zu stellen“, fasst Mica Barreto Soares die Aufgabe zusammen.

Endnoten

- 1 Barreto Soares, Mica (2019): Timor-Leste, 20 years on (<https://www.lowyinstitute.org/the-interpretor/timor-leste-20-years>)

Die Autorinnen

Monika Schlicher ist Geschäftsleiterin der *Stiftung Asienhaus* und zudem dort verantwortlich für das Programm Focus Timor-Leste. Seit Ende der 1980er-Jahre steht die Politologin, Historikerin und Menschenrechtsaktivistin solidarisch an der Seite von Timor-Leste. Sie engagiert sich mit Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit im lebendigen Austausch mit Osttimores*innen aus dem Widerstand, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Politik.

Maria Tschanz war von 2003-2007 als Fachkraft der AGEH im Zivilen Friedensdienst in Timor-Leste bei der Frauenorganisation Fokupers für psychosoziale Beratung, Coaching und Organisationsentwicklung tätig. Sie ist seither dem Land und seinen Menschen verbunden.

Über diese Publikation

Nicht nur im Westen beherrschen Nachrichten von Wahlsiegen rechter, autoritärer und populistischer Parteien die Medienlandschaft. Auch in vielen Ländern Asiens ist der Autoritarismus auf dem Vormarsch. Militante Royalist*innen in Thailand und reaktionäre islamistische Bewegungen in Indonesien und Malaysia sind mittlerweile ebenso Bestandteil der politischen Landschaft Südostasiens wie der Populismus Dutertes oder die fest etablierten Einparteienherrschaften in Vietnam und Kambodscha. Nicht zuletzt die ‚Riesen‘ China und Indien verstärken den autoritären Trend. Der Spielraum progressiver Akteur*innen aus Politik und Zivilgesellschaft bleibt klein oder wird in einigen Ländern nach Jahren der Öffnung und Hoffnung wieder eingeengt.

Unter die Räder kommen dabei nicht nur die Rechte von Minderheiten, die für autoritäre Akteure dankbare Sündenböcke darstellen. In Indonesien polarisieren religiöse Gruppen gegen angeblich abtrünnige Sekten und die LGBTIQ+-Gemeinschaft. In den Philippinen richtet sich Dutertes Rhetorik gegen politische Gegner*innen und in Myanmar stehen muslimische Gruppen im Fadenkreuz fanatischer Nationalist*innen. Generell werden aber fundamentale Menschenrechte wie das Recht auf Meinungsäußerung im Zuge autoritärer Politiken eingeschränkt – Autoritarismus betrifft somit alle.

Auf der anderen Seite gibt es in Asien viele Menschen, die autoritäre Politik nicht einfach hinnehmen und Widerstand organisieren. In dieser Broschüre beschäftigen wir uns nicht nur mit den Folgen autoritärer Politik, sondern auch den Gegenbewegungen: Umweltschützer*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen, Gewerkschaften, soziale Bewegungen, Minderheiten und Oppositionelle, die sich mutig für den Ausbau und die Stärkung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards engagieren, sollen vor allem im Fokus stehen.

Über die Herausgeber*innen

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Das philippinenbüro e. V. ist ein unabhängiges, soziopolitisches Informationszentrum. Unsere Aufgabe ist es, Interessierten aktuelle gesellschafts- und entwicklungspolitische Hintergründe und Zusammenhänge zu den Philippinen aufzuzeigen. Neben der Informations- und Bildungsarbeit zu aktuellen Entwicklungen in den Philippinen, vermittelt das Büro Kontakte in die Philippinen.